

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis primum: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitung-Preisliste für 1896 unter Nr. 277.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgepatente Petizelle oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Zentralredaktion: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 1. Dezember 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Die Arbeiter in den Zuckerfabriken.

In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Berliner Organ der Agrarier, bringt Prof. Dr. Märcker einen Aufsatz über den Einfluß der Zuckersfabrikation auf die Entwicklung des Bauernstandes und der Arbeiterbevölkerung.

Dieser Artikel sei zwar ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen; da indessen in sozialdemokratischen Kreisen von Zeit zu Zeit die Behauptung auftritt, daß sich die Arbeiterbevölkerung gerade in der Zuckersfabrik-Wirtschaft besonders schlecht befände und schlechter gehalten würde, dürfte die Veröffentlichung dieses Berichts nicht uninteressant sein.

Uninteressant ist sie auch wirklich nicht, zeigt sie doch, was alles ein Unternehmer noch als gut genug für die Arbeiter erklärt, und wie ein als Chemiker hochverdienter Gelehrter wie Prof. Märcker für die soziale Berechtigung der Arbeiter nicht das geringste Verständnis hat.

Der Bericht sagt nicht, in welcher Provinz Preußens die geschilderte Fabrik liegt, aber wie es scheint, ist es Mittel-sachsen. Zur Feldarbeit werden polnische Sachsendänger herangezogen, wie hoch oder wie niedrig ihr Lohn ist, davon sagt der Bericht kein Wort. Dagegen schildert er uns das idyllische Heim der Sachsendängerinnen auf dieser Musterwirtschaft:

„In der Regel wohnen 6 bis 8 von ihnen in einer gefunden, gehörig großen, warmen und sauber gehaltenen Stube; in dieser stehen die eisernen Bettstellen, zu denen passende Matratzen, Kissen und wollene Decken gehören, je zwei übereinander.“

Wie groß diese „geräumige“ Stube ist, sagt der Bericht schlaner Weise nicht; er läßt uns ihre Kleinheit nur daraus ahnen, daß je 2 Betten übereinander stehen — beinahe eine Art des Wohnens, die vom gesundheitlichen Standpunkte aus zu verwerfen ist. Natürlich haben diese armen Mädchen auch ihre Kleider und gewiss auch Schvorräthe in diesem Zimmer — jede hat dazu einen verschließbaren Wandschrank — und man kann sich dann vorstellen, welche ungesunde Luft in diesem Haupte herrschen muß.

Ähnliche Wohnräume schildert der Gewerbe-Aufsichtsbeamte für Magdeburg, aber mit mehr sozialem Verständnis als der Gewährsmann des Prof. Märcker; deswegen ist er auch von diesen übereinander stehenden Bettstellen nicht nur nicht erbaut, sondern sagt: „Es handelt sich hier um landwirtschaftliche Arbeiter; da aber ihre Arbeitgeber gleichzeitig die Besitzer der Zuckersfabrik sind, so ist klar, daß von ihnen auch in bezug auf die Fürsorge für die Fabrikarbeiter nicht das geringste Verständnis erwartet werden kann. Hier hilft nur Zwang. Eine scharfe Polizeiverordnung, die das Wohnen der landwirtschaftlichen Arbeiter regelt, erscheint nun auch wegen ihrer Rückwirkung auf die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter auf dem Lande dringend notwendig.“

Eine Polizeiverordnung allein würde ja auch nicht helfen; es müssen zu ihrer Ueberwachung auch ländliche Wohnungs-Inspektoren vorhanden sein, wie sie auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongresse schon im Interesse der Sittlichkeit gefordert wurden, damit es nicht, wie Pastor Wagner-Prigern so zutreffend sagte, noch weiter heißen müsse: „ländlich-schändlich!“

Der Gewährsmann des Professors Märcker findet aber auch noch eine andere schändliche Einrichtung sehr lobenswerth, nämlich das Nebenziehen der Kinder. Er schreibt:

„Denjenigen, welche die Heranziehung der Kinder bemängeln, mag gesagt sein, daß diese von ihren Eltern freiwillig im Interesse des Verdienstes zur Arbeit geschickt werden; die Kinder kommen zu dieser Arbeit gern, und man muß nur einmal eine solche Schaar von Kindern, wie sie zur Arbeit geht und von derselben zurückkehrt, gesehen haben, um sich selbst an der Lustigkeit und dem hellen Vergnügen der Kinder, die bei der leichten und gesunden Arbeit im Freien wohl gedeihen, zu erfreuen.“

Die reine Idylle! Und zu solchem Vergnügen werden die Kinder auch noch, wie der Berichtschreiber hervorhebt, „gefährdet“. Man denke nur: Proletariatskinder dürfen sogar in einem Wagen fahren! Womöglich in einer herrschaftlichen Kutsche?!

Es fehlt nur noch, daß auch das noch behauptet worden wäre; an der Unrichtigkeit der gesammten Schilderung hätte das nicht viel geändert. Denn so wenig der Leiterwagen, auf dem die Kinder dichtgedrängt sitzen, eine Kutsche ist, so wenig ist auch ihre Beschäftigung beim Nebenziehen eine körperlich, geistig und sittlich dienliche. Daß die Kinder sich freuen, wenn sie zu solcher Arbeit, Knaben und Mädchen zusammen, ohne genügende Aufsicht, aufs Feld geschickt werden, kann schon möglich sein. Wer wissen will, wodurch diese Freude erweckt wird, der werfe einen Blick in den Abgrund stülpischer Verwahrlosung, den Pastor Wagner-Prigern in seinem Vortrage „Die Sittlichkeit auf dem Lande“ aufgedeckt hat. Und wer wahrheitsgetreu wissen will, wie das Nebenziehen körperlich und geistig auf die Kinder wirkt, der frage nicht einen am Profit interessirten Unternehmer, sondern die am Wohl der Kinder interessirten Lehrer. So schrieb die „Preussische Schulzeitung“, daß die Kinder von diesem Nebenziehen „dünn und stumpf und geistlos“ in die Schule zurückkehren, und die Lehrerschaft der Stadt Richersleben hat 1888 bei der Regierung zu Magdeburg eine Eingabe gemacht, in der sie auf die trassen Uebelstände hinwies, welche durch die Verwendung der Kinder beim Nebenziehen entstehen.

Ueber die Höhe der Löhne schreibt der Gewährsmann des Prof. Märcker kein Wort, gewiß nur deshalb, um nicht den Reich aller übrigen Arbeiter-Europas wahrzunehmen. Die Arbeiter werden weder zu Ueberstunden noch zur Sonntagsarbeit gezwungen, sie kommen aber freiwillig und gern, da sie in vollkommenem Einvernehmen mit ihren Arbeitgebern stehen.

Welche bodenlose Unkenntniß der sozialen Zustände spricht sich allein in diesen Zeilen aus! „Freiwillig und gern“ arbeitet kein einziger Arbeiter mehr als sein ohnehin schon reichliches Maß ihm auferlegt; er muß aber zur Arbeit kommen, weil er sonst entweder zu wenig verdient oder Gefahr läuft, entlassen zu werden.

Daß diese Umstände alle „freiwillige“ Ueberarbeit veranlassen, gestehen jetzt sogar schon die Mehrzahl der Berichte zu, welche die deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten darüber geben. Möge nur Prof. Märcker sich diese Berichte einmal ansehen — seinen Gewährsmann fordern wir dazu nicht auf, der muß den Kuchzettel studiren. Die Zustände in den Zuckerfabriken,

wie sie von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten seit Jahren geschildert werden, sind derart miserabel, daß die sozialdemokratische Presse, gestützt auf dieses amtliche Material nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, immer wieder darauf hinzuweisen. So hat die „Mecklenburgische Volks-Ztg.“ von 30. Oktober 1896 und 22. November 1896 die Zustände in den Zuckerfabriken zu Waren und Gästrow geschildert und dasselbe ist von unseren Bräutigamsbrüdern auch wiederholt im Reichthage geschehen — und nicht eine einzige der vielen schweren Anklagen, die dort erhoben wurden, konnte widerlegt werden. Die Reichsberichte für 1894 und 1895 bieten reichliches Material. Die Unsauberkeit und ungenügende Größe der Schlafräume, Mangel an Lüftung, ungelungenen Aufenthalt in einzelnen Arbeitsräumen finden wir Jahr für Jahr getadelt; dazu kommt oft völlige Gleichgültigkeit der Unternehmer gegen die Gefahren, denen der Arbeiter beim Betriebe ausgesetzt ist. In einigen Bezirken waren Jahre lang gar keine besondere Unfallverhütungsvorschriften erlassen, in anderen werden sie ganz und gar nicht beachtet; dazu kommt, daß, wie mit recht in diesjährigen Bericht aus der Provinz Posen hervorgehoben wird, die Unfallgesetzgebung noch veraltet ist, „weil in jeder Kampagne wechselndes Arbeitspersonal verwendet wird“, ungelernete Leute, die nun in einen mit Maschinen überfüllten Betrieb hineingerathen und mit Ueberarbeit, schlechter Wohnung und erbärmlicher Kost geistig wie körperlich noch tiefer herabgedrückt werden, als sie schon ohnehin sind.

Wie ekelhaft unsauber aber es in solchen vielgelobten Zuckerfabriken zugeht, wie die Unternehmer weder für Wäsche noch für Bade-Einrichtung sorgen, das melden ebenfalls Jahr für Jahr die Berichte und am allerappetitlichsten der für 1895, wo aus North ein gemeldet wird:

„Eine höchst schmutzige Arbeit ist das Entleeren des Syrupbassins in den Rohzuckerfabriken. Die Arbeiter müssen vollständig nackt in dieselben hineinsteigen und die zähflüssige Masse durch das Mannloch hinausarbeiten. Zum Waschen nach Beendigung ihrer Arbeit wird ganz allgemein irgend ein anderes weitig nicht mehr gebrauchtes eisernes Bassin aufgestellt. Einen abgetrennten Raum für diesen Zweck und Schränke zum Aufbewahren der Kleider fand ich in keiner Zuckerfabrik. In einer derselben stand das Wadbassin sogar neben dem Wege, welcher vom Zuckerboden nach dem Ausgange führte und von den Arbeiterinnen, die mit dem Füllen von Säcken daselbst beschäftigt waren, benutzt werden mußte.“

Und der Magdeburger Bericht sagt: „Ein Verständnis für die Nothwendigkeit von Bädern und ausreichenden Wascheinrichtungen ist bei manchen bäuerlichen Besitzern schlechterdings nicht zu erzielen.“

Was sagt Professor Märcker zu den Berichten dieser amtlichen Gewährsmänner, die durch keinen Dividendenantheil daran interessirt sind, die billige und schlechte Lebenshaltung und Entlohnung der Arbeiter in den Zuckerfabriken zu beschuldigen? Wenn er nur mit einem Hundertstel der Verstandeschärfe, die er bei Beobachtung der technischen Vorgänge in Brennerien, Stärke- und Zuckerfabriken bewiesen hat, die Lage der Arbeiter in jenen Industrien selber beobachtet und dabei nicht auf Interessentvertreter hören wollte, so würde er nicht mehr die Schloerungen unserer Presse als unrichtig bezeichnen können.

182] Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Der Gegensatz zwischen Vergangenheit und Gegenwart fiel Adrian, als er so dahinzog, gewaltig auf; und trotz seines Standes fühlte er, daß die Zivilisation auf seinen Rienszi's zu suchen sei und nicht auf der des Hauses Colonna.

Adrian ließ sein Gefolge in dem Hofe der Zitabelle und verlangte vor seinen Better geführt zu werden. Er hatte bei seiner Abreise von Rom Stefanello als ein Kind verlassen und trotz ihrer Verwandtschaft konnten sie daher nur wenig mit einander bekannt und vertraut sein.

Lautes Gelächter tönte ihm entgegen, als er einem der Diener Stefanello's durch mehrere Zimmer folgte. Endlich wurde eine Thüre aufgerissen, und Adrian befand sich in einem großen Saal, dem man in der Schnelligkeit ein prächtiges Ansehen zu geben sich bemüht hatte. Kostbare Tapeten bedeckten nur unvollständig die rauhen steinernen Wände, und die weichen Sitze und kostbar gearbeiteten Tische, welche die zunehmende Zivilisation der nördlichen Städte Italiens bereits in die Paläste der italienischen Patrizier eingeführt hatte, bildeten einen seltsamen Gegensatz zu dem vernachlässigten Fußboden, auf dem man überall Waffen unordentlich aufgethürmt sah. An dem einen Ende des Saales bemerkte Adrian schauernd alle Vorbereitungen und Werkzeuge, die zur Tortur damals erforderlich waren.

Stefanello Colonna saß mit zwei anderen Baronen um einen kleinen runden Tisch, der an ein Fenster gestellt war, von welchem man die herrliche Landschaft überschaute, die am Horizont durch die Thürme und Kuppeln Roms begrenzt wurde, und welche zu erblicken Hannibal und Pyrrhus auf denselben Punkt gestiegen waren.

Stefanello selbst, obgleich in der ersten Blüthe der Jugend, trug bereits in seinem unbärtigen Gesicht jene Spuren von Abspannung und Erschlaffung, die gewöhnlich

nur das Werk der Leidenschaften und Laster des reiferen Mannesalters sind. Seine Züge glichen denen des alten Stephan. Zu ihren scharfen und edeln Unrissen fand man jene regelmäßige und annuthige Symmetrie wieder, welche das Blut in Menschen wie in Thieren oft durch Generationen wiederholt, aber sein Gesicht war bereits abgefallen und abgelebt. Seine Stirne war mit Ringeln umzogen, seine dünnen und bleichen Lippen hatten jenen Ausdruck unverschämten Hohnes, der besonders bei der Jugend so widerwärtig und abstoßend erscheint, und seine hestigenden, mit blauen Rändern umgebenen Augen deuteten Ausschweifungen und Erschöpfung an. Neben ihm saßen (durch den Haß, der sich miteinander vereinigt) die erblichen Feinde seines Geschlechts; die schlaun und hinterlistigen Züge des Luca di Savelli bildeten einen auffälligen Gegensatz zu dem wilden Blick und dem leeren Aeußern des Drini.

Das junge Haupt der Colonna erhob sich, um seinen Better zu empfangen. „Willkommen!“ sagte er, „theurer Adria! Ihr kommt zur rechten Zeit, um mit Eurer anerkannten kriegerischen Erfahrung uns zu unterstützen. Glaubt Ihr nicht, daß wir eine lange Belagerung aushalten können, wenn der unverschämte Plebejer es wagen sollte, sie zu unternehmen? Ihr kennt unsere Freunde, die Drini und die Savelli? Dem heiligen Petrus oder dessen Abgeordneten müssen wir es Dank wissen, daß wir jetzt die Kehlen gemeinerer Burschen abzuschneiden haben, und nicht mehr unsere eigene.“

Stefanello warf sich jetzt wieder nachlässig auf seinen Sitz, und die weibliche Stimme des Savelli nahm theil an der Unterhaltung.

„Ich wünschte, edler Herr, Ihr wäret einige Stunden früher gekommen. Wir müssen noch lachen, wenn wir denken.“

„Ah, vortrefflich,“ rief Stefanello, in das Gelächter einstimmend.

„Wißt, Adrian, daß dieser gemeine Mensch, den der Paps die Unverschämtheit gehabt hat, zum Senator zu er-

nennen, es noch gestern wagte, uns einen Burschen zu schicken, den er seinen Gesandten nannte.“

„Ich wollte, Ihr hättet seinen Mantel sehen können, Signor Adria,“ fiel der Savelli ein, „Purpur sammt, so wahr ich lebe, und das Wappen Roms in Gold gestickt. Wir haben ihn aber bald seines Plüsterstaates beraubt.“

„Was?“ rief Adria, „verlehtet Ihr die Gehege der Ritterchaft, indem Ihr einen Herold beleidigt?“

„Herold sagst Du?“ rief Stefanello, indem er die Augenbrauen so zusammenzog, daß seine Augen kaum noch sichtbar waren. „Nur Fürsten und Barone haben Herolde, und wäre es nach meinem Willen gegangen, so hätte ich dem Urrupator den Kopf dieses Burschen zurückgeschickt.“

„Was thätet Ihr denn?“ fragte Adria in ruhiger Tone.

„Wir beauftragten unseren Schweinehirten, den Burschen in die Pfütze zu tauchen und gaben ihm ein Nachquartier in unserem Gefängnisse, damit er sich wieder trocken konnte.“

„Und heute Morgen — ha! ha! ha!“ — fügte der Savelli hinzu, „hatten wir ihn hier vor uns und zogen ihm die Zähne einen nach dem andern aus, ich wollte, Ihr hättet den Burschen um Gnade winseln gehört.“

Adria stand schnell auf und schlug wild mit seinem eisernen Handschuh auf den Tisch.

„Stefanello Colonna,“ sagte er, indem die Röthe edlen Jornes ihm in die Wangen stieg, „antwortet mir, waget Ihr es, den Namen, den wir gemeinschaftlich tragen, so schändlich zu brandmarken? Sagt nur wenigstens, daß Ihr diesen schändlichen Verrath gegen alle Gehege der Ehre nicht gutgeheißen habt! Ihr antwortet nicht? Haß der Colonna, kann dieses dein Haupt sein?“

„Mir diese Worte!“ rief Stefanello, vor Wuth zitternd. „Nimm Dich in Acht! Mich dünkt, Du bist der Verräther, vielleicht in geheimem Einverständnis mit jenem elenden Pöbel. Ich erinnere mich noch, daß Du, der Verlobte der Schwester des Demagogen, Dich früher meinem Onkel und meinem Vater nicht angeschlossen, sondern die Stadt ihrem plebejischen Tyrannen verrätherisch überlassen hast.“

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage. Der erste Tag der Etatberatung zählt nach altem Herkommen im Reichstage sonst zu den „großen Tagen“, an denen sich die Bänke unten im Saale füllen und der Jubel an den Tribünen groß ist. Dieses Mal war es anders. Die Abgeordneten haben sich an den wochenlangen Streitigkeiten der Juristen über den Inhalt der Justiznovelle den Appetit an der parlamentarischen Arbeit so gründlich verlorben, daß sie auch heute nur in sehr geringer Zahl anwesend waren und vor Weihnachten wohl überhaupt nicht mehr kommen werden. Aber auch die Tribünen blieben leer. Ein Beweis dafür, daß das Publikum, nach der Erörterung über die Bismarck'schen Enthüllungen und die Brüsselerlei gelegentlich der betreffenden Interpellationen, keine sensationellen Zwischenfälle beim Etat mehr erwartet.

Was nun die erste Rede heute betrifft, nämlich die Wiederholung der Ziffern und der dazu in den einzelnen Etats beigegebenen Bemerkungen durch den Grafen von Posadowsky, so kann man sich kaum etwas Langweiligeres denken. Nicht viel interessanter war der Speech des Centrumsbredners Frihen. Das Centrum will Regierungspartei bleiben und ist thätig auch ausschlaggebende Partei im Reiche. Da es aber auch seine oppositionelle Vergangenheit nicht ganz abstreifen kann und darf, so müssen seine Redner sich in der Regel auf einen Ciertanz einlassen, der von dem einen besser, von dem anderen weniger gut aufgeführt wird. Herr Dr. Bachem ist lehthin bei der Duell-Debatte arg hereingefallen, Herr Frihen ist es heute besser gegangen. Wer sich noch die nötige politische Unschuld bewahrt hat, kann aus der heutigen Rede des Abgeordneten Frihen sogar schließen, daß das Centrum für die „maßlosen Flottenpläne“ nicht zu haben ist. Wir zählen freilich zu diesen naiven Gemüthern nicht, und Herr Richter, welcher noch Frihen zum Worte kam, scheint dem Centrum auch nicht mehr über den Weg trauen. Anders wenigstens konnten wir seine Ausführungen über die Bewilligungen der ersten Raten zu den Schiffsbauten im vorigen Jahre und die Folgen dieser Bewilligungen nicht verstehen.

Sonst war die Rede des freisinnigen Führers wieder eine treffliche Leistung. Richter glaubt, daß es gelingen werde, den Etat zu balanciren, ohne die geplante neue Anleihe von 50 Millionen notwendig zu haben und ohne die Matrifularbeiträge wesentlich zu erhöhen. Sollte aber wirklich eine geringe Erhöhung der Beiträge der Einzelstaaten notwendig sein, so könnte das gar nichts schaden, sondern würde wohl nur die Wirkung haben, daß dann die Vertreter der Kleinstaaten im Bundesrathe mit dem Bewilligen etwas vorsichtiger würden.

Den Glanzpunkt der Richter'schen Ausführungen bildeten seine Kritik der Vorgänge im Kolonialamt — Dr. Kayser, Arendt, Peters — und seine Bemerkungen über die Gründe, welche zum Abgange des Kriegsministers Brouart v. Schellendorf geführt haben und die Rolle, die das Militärkabinet bei diesem Ministerwechsel und den damit verknüpften Vorgängen gespielt hat. Richter erlaubte sich da theils Anspielungen, theils aber nannte er auch Personen und Ereignisse so offen, daß dieser Theil seiner Ausführungen wohl noch weitere Erörterungen im Gefolge haben muß, als die paar nichtsagenden Bemerkungen, welche heute der Reichskanzler zu erwidern mußte.

Es würde unseren Procentpatrioten und Staatsmoralisten schlecht anstehen, in Zukunft auf unsere „verkommenen Nachbarn“ jenseits der deutschen Grenzen hinzuweisen, wenn es nicht gelingen sollte, die Angaben Richter's in das Reich der Fabel zu verweisen. Wir wollen abwarten, ob morgen gelegentlich der Fortsetzung der Debatte dies geschieht.

Der Gesamtausschuß des Bundes der Landwirthe war am 27. und 28. November im Reichstagsgebäude zu Berlin versammelt und beschloß einstimmig zwei Resolutionen. Die erste befaßt sich mit dem Antrag des Bundes auf Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe — gemeint ist der Kanth-Antrag — und erklärt: die

Wiedereinbringung dieses Antrages im Reichstag in der jetzigen Session sei unangebracht, weil diese Session nur die Fortsetzung der Session des letzten Winters sei. Um so mehr aber müsse von den verbündeten Regierungen erwartet werden, daß sie andere, durchgreifende Mittel für die Rettung der deutschen Landwirtschaft zu ergründen und durchzuführen suchen. In der zweiten Resolution wird gegen die „einseitige Zusammenfassung“ des provisorischen Vorkensauschusses Einspruch erhoben, und die Erwartung ausgesprochen, daß die verbündeten Regierungen in geeigneter Weise mit den Regierungen des Auslandes zwecks Aufhebung der Vorkensuntergeschäfte für Getreide an den Auslandsbörsen in Unterhandlung treten sollen. — Das Ganze steht einer Insolvenzklärung verzwweifelt ähnlich. Der Bund hat den Kanth-Antrag nicht durchzubrüden vermocht und er verzweifelt daran, dies in absehbarer Zeit erreichen zu können. Jetzt sei die Regierung an der Reihe, ein Mittel vorzuschlagen, das die Landwirtschaft rette. So wägt man die Last des Mißerfolges auf andere Schultern. Wenn die bisherigen Anhänger nur glauben. Noch raiver ist die Geschichte mit den Auslandsbörsen. Warum sagen die Agrarier nicht gleich dem Kaiser von China, was er zu thun und zu lassen hat? — Die „Deutsche Tages-Zeitung“ hat sich übrigens von dem Schrecken, der ihre die Sprache verschlingt, noch immer nicht erholt.

Der Ueberfall der Sozialisten in Carmaux. Die 111er-Clanbal-Praktiken haben sich in Frankreich zu einer vollständigen Methode und Taktik ausgebildet. Zuerst organisierte man den „patriotischen“ Clanbal gegen die „Ausländer“. Dann wandte man ihn gegen die einheimischen Sozialisten an. Erst im Norden, und bald darauf auch im übrigen Frankreich. Die Arbeitgeber, verbündet mit den Beamten und dem Klerus, organisierten überall den Mob gegen die Sozialisten. Früher hatten das die Herren „Anarchisten“ zu besorgen, die zu allen, von den Sozialisten anberaumten Versammlungen unentgeltlich befordert wurden — wie seinerzeit von unserem Gallus, Korrespondenten dargelegt ward. Die „Anarchisten“ sind aber inzwischen aus der Mode gekommen und jetzt müssen die Herren Reaktionen selber die schmutzige Arbeit verrichten. Und wo hätten die Herren ein Interesse an der Ausführung solcher Kabalomedien, als in Carmaux, wo der französische Stamm, Herr Mességuier, seit Jahren mit wachsendem Eifer und Mißerfolg die Rolle des Sozialistenführers spielt. Herr Mességuier mußte sich für seine Niederlage im Glasarbeiter-Streik rächen. Wie er vorigen Monat, als die Glasbläser überfallen und säubern ließ, ist in frischem Gedächtniß und hat jüngst den Anlaß zu stürmischen Kammerdebatten gegeben, die um ein Haar den Sturz des Ministeriums Meline bewirkt hätten. Diese Stände sind, wie wir telegraphisch vernehmen, gestern in verstärkter Maße wiederholt worden. Die Schödinge des Herrn Mességuier haben unter dem Schutz der Polizei und unter dem Segen der Pfaffen unsern Genossen Jaurès und die andern sozialistischen Abgeordneten ausgepöbeln, die rohesten Straßenszenen verursacht und das Abhalten der geplanten Volksversammlung verhindert. Wenn man bedenkt, daß Jaurès mit überwältigender Majorität in Carmaux gewählt worden ist, so erkennt man sofort die Mache.

Die französischen Sozialisten werden sich durch derlei Praktiken nicht abschrecken lassen, sondern im Gegentheil aus ihnen neue Waffen gegen die reaktionäre Regierung zu schmieden wissen.

Aus den zahlreichen eingetroffenen Depeschen lassen wir die nachstehenden folgen:

Unser Korrespondent telegraphirt:

Die mit Abzeichen versehene Ordnungsbände von Carmaux hat unter Polizeischutz Kundgebungen gegen Jaurès veranstaltet. Ein kleines Häuflein Pfeiler gab dem Polizeikommissar den erwünschten Anlaß, unsere Versammlung anzuführen. Ein Gendarm, der in den Saal trat, schlug den früheren

Bürgermeister, den Genossen Calvoigne, blutig und verhaftete ihn, auch der Abgeordnete Chauvin wurde verhaftet.

Daß die ganze Polizei-Attaque vorher abgekartet war, geht aus folgender Herald-Meldung aus Paris vom 29. November hervor:

Anlässlich der heutigen kollektivistischen Demonstration in Carmaux werden blutige Schlägereien erwartet. Der Polizeipräsident ließ die Gendarmerie durch zwei Eskadrons Dragoner verstärken.

Wolff's Bureau meldet u. a. folgendes:

Carmaux, 29. November. Der Abgeordnete Jaurès ist, begleitet von zehn anderen sozialistischen Abgeordneten, heute Mittag hier eingetroffen, um Rechenschaft über die Verwaltung seines Mandats abzulegen. Es waren umfassende Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter Leitung des Präfekten getroffen. Als die Abgeordneten den Bahnhof verließen, wurden sie von der Menge mit lautem Pfeifen empfangen, nur vereinzelt wurden Rufe laut: „Es lebe Jaurès!“ Einzelne Individuen warfen sogar mit Schmutz nach dem Wagenzuge, der, von Truppen geleitet, sich nach dem Kasino begab, in dem ein Frühstück stattfand.

Unter den Personen, welche vor dem Saale, in dem der Abgeordnete Jaurès sprechen sollte, warteten, entstand ein Tumult, bei dem es zu Unzuchtigkeiten kam. Die berittene Gendarmerie machte die Zugänge zu der Eingangstür frei. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der frühere Bürgermeister Calvoigne, dessen Gesicht ganz blutig war.

Carmaux, 29. November. Sobald der Versammlungssaal geöffnet war, drängte die Menge hinein. Es kam zu lärmenden Kundgebungen, wobei gepfiffen und gerufen wurde: „Es lebe Jaurès!“ „Es lebe die Soziale!“ Jaurès versuchte vergeblich, sich Gehör zu verschaffen, und mußte von der Tribüne herabsteigen. Ein Versuch Pelletan's, zu sprechen, war ebenfalls vergeblich. Es entstand nunmehr ein großer Tumult im Saal. Der Polizeikommissar erklärte die Versammlung für aufgelöst. Die Gendarmen räumten den Saal. Berittene Gendarmerie hielt die Ordnung am Ausgang aufrecht. Als die sozialistischen Abgeordneten auf die Straße traten, wurden sie mit Rufen des Beifalles und des Mißfallens empfangen.

Carmaux, 29. November. Nach der Auflösung der Versammlung begaben sich die sozialistischen Abgeordneten nach dem sozialistischen Kasino, wo heute Abend ein Banquet veranstaltet wird. Zahlreiche Patrouillen bewegten sich in den Straßen.

Carmaux, 29. November. Der Deputierte Jaurès richtete an seine Wähler ein Manifest, in welchem er gegen die Hindernisse protestirt, die seiner Absicht, über die Ausübung seines Mandats Rechenschaft abzulegen, entgegen gestellt wurden. Der Pariser Deputierte Chauvin wurde verhaftet und wird von dem Gericht in Albi wegen Schlägerei abgeurtheilt werden. Zahlreiche andere Sozialisten sind wegen Mißthaten in Anklagezustand verfaßt.

Paris, 30. November. Die Zahl der Verhafteten in Carmaux beträgt 50, dieselben wurden jedoch alsbald wieder freigelassen.

Begnadigungen. Die „Leipziger Volkszeitung“ bringt eine durch die Tagespresse bekannt gewordene Liste der Begnadigungen, die seit Juni erfolgt sind. Das Blatt bemerkt gleichzeitig, daß ihre Liste auf Vollständigkeit keinen Anspruch mache. In 7 von den 12 mitgetheilten Fällen handelt es sich um Schulden. Sie waren verurtheilt worden: weil sie ohne Veranlassung von der blanken Waffe Gebrauch gemacht, oder Gefangene mißhandelt und in einer Untersuchung Zwangsmittel angewandt, sich verschiedene Ueberschreitungen im Amte hatten zu schulden kommen lassen, wegen Körperverletzungen und Mißbrauchs der Amtsgewalt. Einer von ihnen war ein Polizeiwachmeister, zwei waren Polizeiergeanten. In zwei Fällen wurden Fabrikanten begnadigt, die wegen fahrlässiger Tödtung verurtheilt worden waren, in zwei weiteren Fällen Duellanten, in einem Falle handelt es sich um einen Gemeindevorsteher, der Wahlfälschungen vorgenommen hatte. Die höchste Strafe hatte wegen Erpreßung eines Gehalts eines Polizeiwachmeisters getroffen, ein Jahr Zuchthaus. Die Strafe wurde auf vier Monate Festungshaft gemildert.

Deutsches Reich.

Die Zurückziehung der Handwerker-Vorlage aus dem Nachlaß des Herrn von Berlepsch wird nun auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigt: Sie schreibt:

Dem Vernehmen nach hat sich in den Ausschüssen des Bundesrathes die Mehrheit gegen den preussischen Entwurf für

Ein ungedrucktes Gedicht

von Georg Herwegh.

In dem Nachlaß eines mit Herwegh befreundeten gewesenen Schweizer Patrioten hat sich ein Gedicht der „Eisernen Reihe“ gefunden, welches weder in den „Neuen Gedichten“ enthalten, noch unseres Wissens sonstwie bekannt geworden ist. Es scheint aus dem Anfang der fünfziger Jahre zu stammen; Inhalt und Gefüge haben noch nichts von der Schärfe, welche den späteren Gedichten in der deutschen Arbeiterschaft einen Namen verschafft hat. Wir geben es wieder als ein poetisches Werk aus einer Zeit, wo die Behandlung religiöser und legendärer Gegenstände noch nicht zur Sache derer geworden war, die Ordnung, Religion und Sittlichkeit in Erbpacht genommen haben. Hier ist das Gedicht:

Ein Brief aus dem himmlischen Jenseits.

Als Christus einst den Himmel inspizierte,
Wie mir mein Freund aus jenem Jenseits schrieb,
Kam auch der Herr mit Jüngern und Aposteln
Zu einer Schaar, bei der er stehen blieb.
In langen Reihen stand hier durcheinander
Ein buntes Korps, theils mit gelentem Blick,
Und als der Herr im Strohlenglanz nahe,
Da wichen viele ängstlich schon zurück.
Wer seid Ihr? fragte Christus mit Erstaunen,
So jung gestorben, von der Welt schon hier?
Wo kommt Ihr her, warum so schächtern, Leute?
Sprecht hier im Himmel offen frei zu mir.
Als ich zur Zeit noch auf der Erde weilte,
Im Reich Judäa gab's kein solches Kleid,
Doch lassen mich die röm'schen Hauden schließen,
Daß Ihr vom Stand der Kriegsgesellen seid.
Und einer trat hervor aus diesen Reihen,
Griff an den Helm und sprach mit freiem Muth:
Reichstruppen find wir aus den deutschen Landen,
Für Recht und Vaterland gab ich mein Blut.
Hier stehen viele meiner Kameraden,
In Schleswig-Polstein sanden wir den Tod.
Wir sochten muthig für die gute Sache,
Der Freiheit Hort vom Feinde hart bedroht.
Franz sprach ein zweiter mit gelentem Blicke:
Ich diene treulich meinem Fürstenthum,
Ging auf Kommando pflichtgetreu, beständig,
Zog auf Befehl nach jeder Richtung aus.
Ich diene stets der Kirche wie dem Kaiser,
That meine Schuldigkeit in mancher Schlacht,
So fiel ich denn mit meinen Kameraden,
Eh von uns einer nur an was gedacht.
Ein Dritter trat hervor aus diesen Reihen
Und sah den Meister an mit scheelem Blick,

Ich sprach er barsch, socht gegen Demokraten,
Dem frechen Schwindelvolk der Republik.
Ich kam dem Allchristlichen zu Hilfe
Vetämpfte scharf die stolze Kegerbrut,
Die strech den Felsen Petri sprengen wollte
In frevelhaftem falschen Glaubensmuth.
Ich half den Russen, Ungarn zu bezwingen,
Schlug Fortschrittsmänner, Wähler jeder Art,
Doch mußte ich dem Kampfe unterliegen
Und habe diesen Reichen mich geschnart.
Ein Glück, sprach Christus, sich zu Petrus wendend,
Ein Glück ist's, daß wir von der Erde sind,
Wir würden wahrlich wiederum gekreuzigt,
Noch Tausende sind wie vor Zeiten blind.
Drauf wandte freundlich sich der Herr zum Ersten
Und sprach: Geh ein zu meiner Herrlichkeit,
Nimm Platz am Heldenische mit den Heinen,
Euch sei der Vorderer um die Stirn gerecht,
Denn ich und diese hier sind Freigeisterte,
Und jeder erste Christ war ein Rebel.
Wir alle waren einstens Fortschrittsmänner
Und sah'n für Fürst und Priester viel zu hell.
Zum Zweiten sprach der Herr: Du starrst im Glauben,
In dumpfer Einfaß ohne große Schuld,
Dir sind vergeben alle Deine Sünden,
Auch mit dem Schwachen hat der Herr Geduld;
Geh hin und setze Dich zu den Genossen,
Die einst im Glaubenskrieg gefallen sind,
Sie sochten unter Tilly tren dem Wahne
Des wahren Rechts, für alles Andre blind.
Zum Dritten sprach der Herr: Ich muß bedauern,
Um Dich und Trinesgleichen thut's mir leid,
Indessen kann ich Euch im Himmel nicht behalten,
Ihr hört am Ende noch die ew'ge Heiligkeit.
Drum links um lehr, fort aus des Himmelsräumen,
Ihr sollt' fortan die Hölle'schildwacht sein,
Doch gebt hübsch Acht, laßt keinen Freigeisterten
Durch Pfaffenstrug zum Hölle'stor hinein,
Dort wohnt ein Fürst, der alles Heil'ge weidet,
Ein Freund des Hasses und ein Feind des Lichts,
Dort wacht als gleiche, geistverwandte Knechte,
Im großen Reich der Liebe laßt Ihr nicht.
So sprach der Herr und es geschah sein Wille,
Und alle Engel lobten Jesus Christ.
Der reinen Geistesrichtung hier auf Erden
Uns unverfälscht ein hohes Vorbild ist.
Drum nehme Jeder sich daraus die Lehre
Und kämpfe unverzag zu jeder Zeit,
Bedenket, daß auch Christus einstens wollte,
Daß alle Welt vom Seelenjoch befreit.

(Fortsetzung folgt.)

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Unser Spezial-Berichterstatter schreibt uns aus Hamburg unterm 29. November:

Alle „Rheder“ stehen still. Wenn dein starker Arm es will!

Dieser Scherz wird hier vielfach kolportiert. Und in der That: alle Rheder! Auch am heutigen Sonntag ruhte alle Arbeit im Hafen, während sonst beim Börsen und Laden der großen Dampfer Tag und Nacht, Wochentags und Sonntags mit allen Kräften gearbeitet wird. Eine heute Morgen unternommene Rundfahrt im Hafengebiet zeigte uns überall die Physiognomie des Streiks, und überall Sympathien für den Streik; auch bei den seefahrenden Mannschaften, die angemeinert haben und dadurch nach der Seemanns-Ordnung am Weiterarbeiten verhindert sind. Auf einem großen Südamerika bestimmten Dampfer wurde mit einigen Streikbrechern und der Schiffsmannschaft gearbeitet. Am Mast, am Kajütthaus u. s. w. lebten die Jettel des Streikkomitees, durch welche die Streikbrecher zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert werden und ihnen das Geld für die Rückreise zugesagt wird. Auf unsere Frage, ob denn die Jettel nicht abgerissen würden, erklärte uns ein Matrose lachend, die Jettel wären nicht ihr Eigenthum; wer sie angelegt habe, werde sie ja auch wohl wieder abreißen. Diese Stimmung herrscht überall.

Der Streik ist absolut aussichtslos. Die Rheder und die Stauer wissen einfach nicht mehr aus noch ein. Die Schuppen auf den Quais sind mit Waaren überfüllt, die nicht expedirt werden können; die Eisenbahn-Direktion fordert die Exporteure auf, die aus dem Inland zur Verschiffung angekommenen Waaren zu übernehmen, — was sie doch nicht können. Andererseits fordern die inländischen Industrien, die überseische Rohstoffe verarbeiten, von den Importeuren die Lieferung, die ebenfalls nicht erfolgen kann, weil die Schiffe ungeladelt im Hafen liegen. Unter dieser Kalamität leiden namentlich auch die Industrien Hamburgs und der nächstgelegenen Städte, die Guanoabriken, Petroleumraffinerien, Edelmetallschmelzen, Zementwerke, Palmöl-Fabriken u. s. Das alles drückt auf die Rheder- und Stauerkreise. Dazu hat der Winter eingeseht und droht, schon in kurzer Zeit eine Reihe von Häfen und die ganze Binnen-Schiffahrt zu versperren.

Der Streik selbst wächst immer noch an Ausdehnung. Sonnabend Abend haben die Kornarbeiter den Ausstand beschlossen; die Maschinisten, auf deren Vertheiligung es sehr viel ankommt, haben heute Abend Versammlung; ebenso wollen sich die Elb-Schiffs-Maschinisten anschließen. Nach der heutigen Schätzung der Streikenden sind jetzt mindestens 13 000 Mann, davon sind 8000 verheiratet und haben etwa 17 000 Kinder zu ernähren. Das ergibt 38 000 am Streik theilnehmende Menschen! Die Streikzahlen der einzelnen Branchen schätzt man wie folgt: Schauerleute 6000, Ueberführer 3500, Schiffsfreier 900, Kohlenarbeiter 1500, Seeleute 700, Getreide-Arbeiter 500, Schiffsmaler 300, Quai-Arbeiter 600, Kesselreiniger 450, Gesellschaft Kette 120.

Die Streikorganisation, die anfangs nicht klappte, weil die Bewegung ganz unvorbereitet und in ungeheurer Ausdehnung hereingebrochen war, funktioniert jetzt gut. Für alle streikenden Branchen bestehen eigene Kontrollbüreaus, welche fortwährend durch hunderte und tausende von Streikenden belagert werden, die sich Streikkarten ausstellen oder die schon früher bekommenen absteampeln lassen. Daneben besteht ein Zentralbureau, wo die Gesamtabrechnung erfolgt, und ein Korrespondenzbureau, wo das Nachrichtenwesen langentzweit ist. Das Sammelstellenwesen und die Postenorganisation ist gut geordnet. Alle Bahnhöfe, die Zugänge zu allen Quais sind Tag und Nacht mit Posten besetzt, die regelmäßig abgelöst und selbst wieder durch eine Kommission kontrollirt werden. Ferner wird auf Dampfbarkassen (kleine offene Dampfboote) das Hafengebiet befahren, um festzustellen, auf welchen Schiffen gearbeitet wird, und um event. die Streikbrecher von den im Strom liegenden Schiffen herunter zu holen. Etwa angemeldeten Streikbrechern werden Leute auf dem Eisenbahn- oder Wasserweg entgegen geschickt, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Erst heute lag wieder die Nachricht der Verschickung von 400 Uppischen Ziegeleiarbeitern und der bevorstehenden Ankunft eines britischen Dampfers mit 150 englischen Streikbrechern vor.

Von den Unternehmern werden unausgesetzte Anstrengungen gemacht — freilich vergeblich — um Ersatz für die Streikenden zu beschaffen. In den Anschlagssäulen prangte gestern ein Plakat: „Tausend Hafenarbeiter gesucht. Meldung in den Passagier-Hallen. Für Schutz der Arbeiter ist gesorgt.“ Eine hiesige Firma hat sich an die Marineverwaltung in Kiel gewandt wegen Lieferung von dreihundert Marinesoldaten, ist jedoch an das Reichs-Marine-Amt in Berlin gewiesen worden. Die Behörden stehen mit ihren Maßnahmen vielfach auf Seite der Rheder und Stauer. Zahlreiche Verhaftungen, Geldbeschlagnahmen u. s. werden gemeldet. Die Eisenbahn-Direktion fährt die Wagen mit Streikbrechern unter Anwendung vieler Hin- und Herrangerei von den Bahnhöfen direkt auf die Quais, um die Leute der Einwirkung durch Streikende zu entziehen.

Eine geradezu köstliche Rolle spielt ein Theil der hiesigen bürgerlichen Zeitungen. Die Wismarschen „Hamburger Nachrichten“ riefen, wie schon berichtet, alle patriotischen, gebildeten jungen Leute auf, aus den Komptoiren zu eilen und die Schiffe zu löschen, „um Hamburgs Ehre und Hamburgs Handel zu retten“. Inzwischen scheinen die opernmüthigen jungen Herren schon ein Haar in der Sache gefunden zu haben. Denn heute schreibt dasselbe Blatt: „Eine vernünftige Oberleitung sollte dafür sorgen, daß die tapferen jungen Leute, die gewis im Anfang sich auf die Waarenkisten und Kohlenlade stürzen wie die Sperlinge auf den Hafer, nicht durch Ueberanstrengung in der ersten Zeit entmüthigt werden. Das Wehweh des guten körperlichen Arbeiters ist: Festina lento: (Eile mit Weile.)“ Sonst hat es beim Löschen der Schiffe anders gesehen!

Unterm Montag berichtete unser Spezial-Berichterstatter:

Der Streik wächst noch immer an Ausdehnung. Heute haben etwa 1000 Speicherarbeiter die Arbeit niedergelegt. Dadurch ruht zum größten Theil auch die Arbeit auf den vom hamburgischen Staat im Freibafengebiet erbauten großen Speichern. Nicht unmöglich ist, daß noch etwa 1800 Quai-Arbeiter von den Staats-Quais hinzukommen. Diese haben beschlossen, unter keinen Umständen den Schauerleuten dadurch in den Rücken zu fallen, daß sie die Schiffe selbst löschen. Vorläufig ruht die Arbeit auf den Quais, ohne daß die Quai-Arbeiter ihrer Weigerung wegen entlassen worden wären. Ebenso wollen die Werftarbeiter streiken, wenn sie gezwungen werden sollen, Schauerleute zu thun. Die ganze Arbeiterschaft sympathisirt in dieser Weise mit den Streikenden und unterstützt sie. Die staatlich geprüften Maschinisten, auf deren Haltung viel ankommt, haben ihre Forderungen den Rhedern und Ueberführern unterbreitet. Wenn die Forderungen bis heute Nachmittag 4 Uhr nicht akzeptirt werden, wird die Arbeit eingestellt. Eine heute Morgen wieder unternommene Hafenrundfahrt auf einer speziell dazu gecharterten Dampfbarkasse bestätigte uns aufs neue, daß that-sächlich fast überall gestreikt wird. In den verschiedenen großen Häfen, dem Hansahafen, Segelschiffhafen, Indiahafen, im Bakenhafen (wo die Schiffe der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Gesellschaft liegen), im Grasbroothafen, Sandborthafen u. s., überall liegen theils an den Quais, theils auf dem Strom die Schiffe, die entweder nicht gelöscht werden, oder keine Ladung bekommen. Soweit auf einigen wenigen ein kleiner Betrieb aufrecht erhalten wird, geschieht es von der Schiffsmannschaft mit wenigen Streikbrechern. Es schafft aber nicht.

— Zum Gouverneur von Ostafrika ist nach übereinstimmender Wählermeinung Oberst Liebert ernannt worden. Für die Ernennung des genannten Offiziers soll die Erwägung maßgebend gewesen sein, daß man einen Mann an die Spitze der ostafrikanischen Kolonie stellen zu müssen glaube, der mit rücksichtsloser Energie gleichzeitig die Gabe besitze, durch seine Persönlichkeit wie durch sein konzilianthes Wesen sich Einfluß und Achtung zu verschaffen.

Oesterreich.

— Etatsüberschreitungen. Der Zentralschneidungs-Abschluß für das Jahr 1893 ergab, daß die etatsmäßigen Ausgaben die bewilligten Kredite um 22 004 293 Gulden 30 Kreuzer überstiegen haben. Trotzdem schließt das Budget mit einem Ueberschuß von fast 30 Millionen ab, da die Steuererträge die veranschlagte Summe um 48 929 190 Gulden überschritten. Man hat also die Steuervorausläge abschließend niedrig angelegt, um mit Tausenden von Millionen frei von der Verfügung und Kontrolle des Parlaments wirtschaften zu können.

— Wien, 30. November. Gestern fand unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. v. Billiak eine mehrstündige Berathung der Sachverständigen der Zuckerindustrie statt. Dem „Fremdenblatt“ zufolge legte der Minister dar, daß die Beibehaltung der hohen Ausfuhrprämien durch die Kartelle erschwert werde. Der Erlaß eines allgemeinen Kartellgesetzes sei als möglich in betracht zu ziehen. Die Sachverständigen bemühten sich, die Kartelle als ein Lebensbedürfnis der österreichischen Zuckerindustrie hinzustellen und erklärten sich bereit, demnachst Vorschläge zu erstaten, um die Bedenken gegen die erhöhten Ausfuhrprämien und gegen die Kartelle zu beseitigen. — Kartelle Lebensbedürfnisse? Ja wohl, für die — Unternehmer. —

Ungarn.

— Budapest, 28. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilte der Alterspräsident mit, daß fünfzehn Wahlen durch Petitionen angefochten werden. — Das Abgeordnetenhaus wählte in der heutigen Sitzung Desider Silagyi zum Präsidenten.

— Wie in Ungarn Wahlen gemacht werden. Vor den letzten ungarischen Reichstagswahlen ver sprach der Pfarrer von Tisza-Görs seinen Wählern Nachlaß der Trauungsgebühren, wenn sie für seine Kandidaten stimmten. Die Wähler bissen auf den Köder, aber der Kandidat fiel durch. Nun wollte auch der Pfarrer nicht seine Gebühren fahren lassen und schickte den Gefolter. Die Bauern rückten darauf dem Hochwürdigsten mit Heugabeln und Dreschflegeln auf den Leib, und er mußte sein Verprechen schriftlich wiederholen. Als die Bauern abgezogen, verhandelte der Pfarrer den Oberstuhlsrichter, der sandte ein Bataillon Soldaten, und die „Ordnung“ wurde wieder hergestellt. —

Schweiz.

— Reform des Hypothekensystems in Basel-Land. Die Volksabstimmung in Sachen der Hypothekarreform ist auf den 19. Dezember angelegt. —

Frankreich.

— Paris, 28. November. (Sig. Ver.) Die Ruhe der Budgetberathung wurde zwei Tage lang unterbrochen durch einen heftigen Kampf um die Verweltlichung der staatlichen Primar-Mädchenschulen. Während seit dem Schulgesetz von 1886 sämtliche Primarschulen für Knaben verweltlicht worden sind, bleiben mehr als 8000 Mädchenschulen bis heute unter der Leitung des Klerus. Der Staat bestreitet mit Ausnahme der Ausgaben für Unterhalt des Schulgebäudes, da wo derselbe Stützgegenstand ist, alle Ausgaben, wie für die sonstigen Schulen, der Unterricht wird aber von — Nonnen erteilt. Das liegt nicht nur daran, daß das Schulgesetz für die Verweltlichung der Mädchenschulen keine bestimmte Frist angelegt hat (die Frist für die Knabenschulen betrug 5 Jahre), sondern auch daran, daß die opportunistischen Ministerien immer mehr und mehr in ihrem Verwaltungseifer erlahmen. Aus der Kammerdebatte ging hervor, daß das Gesetz vielfach umgangen wird, indem die angewandten Namen ihren Platz an eine jüngere Schwester abtreten, um so die Verweltlichung auf dem Wege des Ausweichens der frommen Lehrkräften zu verhindern. Tagesgen wird von dem Rechte, die Nonnen durch weltliche Lehrerinnen zu ersetzen, niemals Gebrauch gemacht.

Während der Berathung des Budgets des Unterrichtsministeriums stellte nun die Opposition den Antrag auf Verweltlichung der Mädchenschulen binnen zwei Jahren. In der gegenwärtigen parlamentarischen Situation mußte die Frage eine scharfe politische Spitze bekommen, da ja das Kabinet vor allem auf seine liberalen Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen hat. Der oppositionelle Antrag wurde zwar von der Regierung mit juristischen und finanziellen Gründen bekämpft, die wahren Motive aber lagen nur allzu deutlich in der schlotternden Angst Meline's, die Liberalen zu verstimmen. Das trat namentlich zu tage, nachdem die Opposition ihre Forderung auf die Verweltlichung derjenigen Mädchenschulen beschränkt hatte, welche in kommunalen, nicht in Stützgebäuden untergebracht sind. Damit wurde der finanzielle Vorwand entkräftet. Meline lehnte aber auch das ab und dieselbe opportunistisch-liberale Majorität, die das liberalfreundliche Kabinet in der Interpellation Mirman gerettet hatte, stimmte nun auch gegen die ernsthafte Anwendung des Schulgesetzes. Was diesem Votum eine Bourgeoisrepublikaner besonders entwürdigende Bedeutung giebt, ist der Umstand, daß sie unmittelbar vorher mit den Radikalen und Sozialisten das Prinzip der sofortigen Verweltlichung, entgegen der juristischen Auslegung des Ministerpräsidenten, votirt haben. —

— Marseille, 28. November. Der Kolonialminister Lebon, welcher heute bei der zwanzigjährigen Gedächtnisfeier der geographischen Gesellschaft den Vorstoß führte, betonte in seiner Rede mit großem Nachdruck die Nothwendigkeit, gegen den englischen und deutschen Wettbewerb außerhalb Europas anzukämpfen. —

Rumänien.

— Bukarest, 28. November. Der frühere Bürgermeister von Bukarest, Filipesco, und der Bruder des früheren konservativen Ministers Jonesku riefen an der Spitze von etwa 400 Individuen Straßenunruhen hervor. Die Polizei wurde beim Einschreiten mit Steinwürfen empfangen, zerstreute die Ruhestörer jedoch mit leichter Mühe.

Bulgarien.

— Die Parlamentswahlen haben mit dem üblichen überwältigenden Siege der Regierung geendet. Die Oppositionsparteien erhielten von 160 Mandaten bloß 15. Alle der Regierung feindlichen Parteiführer sind unterlegen. In Sofia und einigen Provinzorten kam es zu ersten Ausschreitungen, bei denen ebenso wie bei den Wahlen in der Regierung dank der bewaffneten Macht Sieger blieb. —

Türkei.

— In Stambul sind neuerdings Verhaftungen von Sofias vorgenommen worden. —

— Armenisches. Aus Triest wird gemeldet, die Direktion des österreichisch-ungarischen Lloyd leitete gegen den Propaganten von Rhodus und einen Lloyd-Dampfer-Kapitän eine Untersuchung ein, weil dieselben dringend verdächtig sind, eine Anzahl an Bord befindlicher armenischer Flüchtlinge den türkischen Behörden ausgeliefert zu haben.

Diese Schiffahrtsgesellschaft besitzt eine hohe Subvention von der österreichisch-ungarischen Regierung. Es ist abzuwarten, wie sich diese Regierung gegen diesen unerhörten Bruch des Völkerrechts verhalten wird.

Aus Konstantinopel wird noch gemeldet: Die deutsche Wochenschrift ließ auf dem armenischen Kinderhospital, um dasselbe vor der Wuth der türkischen Soldaten zu schützen, die deutsche Flagge hissen.

Die Zwangsorganisation des Handwerks ausgesprochen, und ist nunmehr ein Sonderausschuß eingesetzt worden, welcher sich mit den von süddeutscher Seite gemachten Vorschlägen beschäftigen soll.

Der gleichfalls offiziöse „Hamburger Kor.“ schreibt:

Die Vorschläge des Bundesraths dürften sich vor allem durch eine Vereinfachung der Organisation gegenüber dem preussischen Entwurf auszeichnen. Als wahrscheinlich kann bezeichnet werden, daß die Mittelklasse, die Handwerksausschüsse, völlig fortfallen und man nur Innungen und Kammerer schaffen wird. Aber auch die Innungen zu Zwangsinnungen zu machen, spürt man wenig Neigung; man dürfte die jetzigen Innungen bestehen lassen und sie nur da obligatorisch machen, wo eine Mehrheit der Handwerker das selbst verlangt. Nicht ausgeschlossen ist ferner, daß man die Organisation überhaupt auf die Städte beschränkt, dagegen das flache Land ganz ausschließt. Betreffs der Kammeren herrscht anscheinend die Meinung vor, daß keine Handwerkskammern zu bilden, wenig empfehlenswerth ist, da, abgesehen von Schlächtern, Bäckern und Barbieren, eigentlich kein Handwerk vorhanden ist, das sich auf sich selbst beschränkt, nicht vielmehr in Gewerbe und auch Handel übergreift. Kammeren nach dem Vorbilde der württembergischen Gewerbelammern haben im Bundesrath zweifellos warme Befürworter. Wie weit die angeführten Aenderungs-vorschläge Gestalt gewinnen werden, entzieht sich selbstverständlich unserer Beurtheilung; sollte der Entwurf des Bundesraths sich aber ziemlich eng an sie anlehnen, so würden wir nach dem, was wir aus Bundesraths-Kreisen hören, nicht überrascht sein. —

— Die Aufgabe des Liberalismus, so schreibt der liberale „Hann. Cour.“ gegenüber dem konservativen Delegirten, ergibt sich von selbst. Je rücksichtsloser man dort für die reaktionären Ziele eintreten wird, um so schärfer werden auf unserer Seite die liberalen Ideen gegen jede Beeinträchtigung zu vertheidigen sein. Bei etwas Schamgefühl würde das Organ des Herrn Bennigsen die nationalliberalen Wähler, die schon zahllose Male von den Nationalliberalen genasführt wurden, mit solchen Versprechungen nicht behelligen. Heißt es bei der Partei Dreifache nicht mehr schreiben und schreiben, sondern stimmen und Farbe bekennen, dann findet man diese traurige Gesellschaft stets im Gefolge der äußersten Reaktion. Es giebt wenige, die daran zweifeln, daß bei den Verhandlungen und Abstimmungen über das neue preussische Vereinsgesetz die nationalliberale Fraktion gegen der Auslegungspraxis im Machtbereich des Herrn v. Bennigsen mit den Radikalen, Jedlig, Lumburg-Strum an einem Strange ziehen wird. Herr Müller-Brackwede wird dann Wortführer seiner Partei sein. —

— Noch ein Oesterreicher preussischer Gesandter. Die ungeheuren Güter des eben verstorbenen Karl Egon Fürsten zu Fürstberg erbt der österreichische Oberleutnant Maximilian Egon Fürst zu Fürstberg. Derselbe war bisher erbliches Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsraths. Da er nun in sämtliche Rechte seines verstorbenen Vaters tritt, wird er nicht nur Haupt des fürstlichen Gesamthauses Fürstberg, sondern auch erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses, der württembergischen Kammer der Standesherren und der badischen ersten Kammer, ohne seine Rechte als Mitglied des österreichischen Herrenhauses zu verlieren. Der Mann hat es gut, er kann in vier Parlamenten gegen die „Internationalen“ weitem! —

— Zum Prozesse Lühow-Decker. Die Gesuche um Inhaftung zum Prozesse Decker und Genossen haben einen solchen Umfang angenommen, daß seitens der leitenden Stelle gestern noch eine dankenswerthe Umänderung getroffen worden ist. Die Verhandlungen, für welche fünf Tage — der 2., 3., 4., 5. und 7. Dezember — in Aussicht genommen sind, werden im kleinen Schwurgerichtssaale stattfinden. —

— Nachen, 28. November. (Nat.-Ztg.) Der Kriminalkommissar Brand, der am Sonntag Abend sich, wie wir mitgetheilt, hier als Beschuldigter II aufgespielt und die bekannten Erzehe im Haus verübt hatte, stand, da er Offizier war, heute vor dem Offizier-Gehorhath. Er hat, soviel über diese Verhandlung in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, wegen seiner Aufführung eine ernste Rüge erhalten. Der von ihm mißhandelte Kellner soll einen Strafantrag gegen ihn nicht gestellt, die Staatsanwaltschaft soll sich aber der Sache ex officio bereits angenommen haben.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß Bräsewicz II vom Amte suspendirt sei. —

— Braunschw. Die „W. Landes-Ztg.“ schreibt unterm 28. November: Wegen Freiheitsberaubung ist heute vom Kaufmann H. Bistorius beim Landgerichts-Präsidenten Bedekind mündlich Beschwerde erhoben worden. Wie wir bereits berichteten, wurde nach Schluß der gestrigen Verhandlung gegen den Redakteur Jaech die Thür des Sitzungssaales im Amtsgerichte auf Veranlassung des Gerichtsvorstehenden, Oberamtsrichter Begmann, verschlossen und damit die noch in dem Saale befindlichen Personen auf einige Zeit der Freiheit beraubt. Die Angaben des Beschwerdeführers wurden vom Landgerichts-Präsidenten zu Protokoll genommen und es sollen, wie wir hören, demnachst in dieser Angelegenheit umfassende Zeugenvernehmungen erfolgen. —

Ueber die Verhandlung gegen den Genossen Jäch wird uns noch geschrieben: Als Jäch gefesselt durch die Stadt geführt wurde, sah ihn seine Frau und sagte: „Sehen Sie doch nur, Herr Alendörf, er hat meinen Mann an die Kette gefesselt.“ Der erstorrende Gen darm drehte sich um und sprach: „Jawohl, ich habe ihn gefesselt.“ Im Gerichtssaal ließ der Gerichtspräsident den Genossen Jäch, der Soldat gewesen war, durch den Gen darm in Postur stellen. Als die Verhandlung zu Ende war, erhob die Stimme des Präsidenten: „Herr Gen darm, führen Sie den Mann ab, das Publikum bleibt hier. Schließen Sie die Thür!“ Die Einschließung der Zuhörer dauerte etwa 5 Minuten. —

— Saalfeld a. d. Saale, 30. November. (Privatepseche des „Vorwärts.“) Bei der Gemeinderathswahl in Lauscha (Meiningen) unterlagen trotz großen Stimmenzuwachses unsere Kandidaten. In Lehesten wurden ein Genosse und zwei Gegner gewählt. —

— Zur Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus München: Diefle und sonstige Zeitungen berichten über eine protestirende Stellung, die Bayern im Bundesrathe betrefss der Militär-Strafprozess-Ordnung eingenommen habe. Thatsächlich haben bisher weder der Bundesrath noch die Ausschüsse sich mit der Materie beschäftigt. Die Münchener Berathungen mit den Vertretern einzelner Ministerien bezwecken die Feststellung der auf die Militär-Strafprozess-Ordnung bezüglichen Befehle für die bayerischen Bundesrathsbevollmächtigten. Der Ministerath hat inzwischen diese Befehle gebilligt; die Genehmigung durch den Bundesrath steht noch aus. Die „Köln. Ztg.“ sagt, über den Inhalt dieser Befehle werde strengstes Stillschweigen beobachtet; indeß werden Bayern, nachdem der Reichstanzler die Vorlage einer Militär-Strafprozess-Ordnung versprochen, Entgegenkommen zeigen und unter gewissen Kautelen dem obersten deutschen Militärgericht nicht widersprechen. — Das heißt, die Sache ist noch gar nicht so weit. Uebrigens haben wir gegen einen obersten Militärgerichtshof im Grunde genommen gar nichts. Aber wie steht es denn mit der Oeffentlichkeit des Verfahrens? Geht Bayern Preußen nach? Ja oder nein?! Das Spiel der Offiziere ist immer das gleiche. Wenn sie gerade nicht dementiren, und nicht anders können, gestehen sie die Wahrheit, aber nur tropfenweise. Sie meinen, das thut dann nicht so weh. —

Morgen-Dienstag beginnt die Auszahlung der Streikunterstützung. Verarbeitete bekommen pro Woche 9 M., pro Kind 1 M. mehr, und ledige Arbeiter 8 M. die Woche. Nach den verschiedenen Gegenden, aus denen Streikbrecher erwartet werden, gehen Abgesandte der Streikleitung ab. So hält sich einer in Schleswig, einer in Lippisch auf, wo Ziegelstreicher geworden werden sollten. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt rund 14 000. Der ganze gewaltige Hamburger Weltmarkt ist brach gelegt.

Das Hafen- und Eisenbahn-Gebiet ist von den Posten der Streikenden vollständig zernirt. Vereinzelt Wagenladungen Streikbrecher wurden auch heute wieder direkt auf die Quais rangirt. Die lippischen Streikbrecher werden von Uelzen an in geschlossenen Wagen befördert.

Der Kaiser hat sich, wie der „Hamburgische Korrespondent“ meldet, während seines Aufenthaltes beim Grafen Waldsee in Altona über die Auslandsbewegung Bericht erstaten lassen. Weiter wird mitgeteilt, daß der Staatssekretär v. Bötticher von den hamburgischen Behörden Bericht erbeten habe.

Das Komitee der Lagerhaus- und Speicherarbeiter erklärt, ein Gesuch an die Handelskammer seitens dieser Branche um Vermittelung sei abgelehnt worden, da nur ein Antrag beider Parteien berücksichtigt werden könne.

Der hamburgischen Turnerschaft mußten die „Hamburger Nachrichten“ — das Organ der „alten Katenliste“ im Sachsenwalde — die Rolle des Streikbrecherthums zu. „Es ist der Augenblick gekommen, wo Ihr zeigen könnt, daß die Hamburgische Turnerschaft ihre Kräfte nicht bloß zum Vergnügen betreibt, sondern daß diese auch unter Umständen der Vaterstadt zum Segen gereichen können.“ So heißt es in dem betreffenden Aufsatz, den ein „74-jähriger Patriot“ unterzeichnet hat, „der bereit ist, seine schwachen Kräfte in den Dienst zu stellen.“

Aus Bremen liegt folgende Wolff'sche Depesche vom Montag vor: Heute findet eine von dem Vorstand der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft veranstaltete Versammlung statt, behufs Aussprache zwischen dem Vorstand und den Streikenden. Heute früh erschienen 130 Mann zur Arbeit, etwa der vierte Theil der in normaler Zeit Beschäftigten. 20 Strähe sind in Betrieb.

Aus Westmünde wurde uns am Montag deponiert: Der Hamburger Dampfer „Adria“ kam heute hier an und wollte löschen. Die Arbeiter verweigerten einmüthig die Löschung. Morgen Dienstag ist große Versammlung.

Die Getreidebrüder Stettin kündigen an, daß wenn das Träger-Rent fortfährt, die Zahl der Mannschaften zu färzen wie jetzt, so daß 3. B. 5 Mann fortel leisten sollen wie sonst 6 und 7, sie gezwungen sind, im Frühjahr Schritte dagegen zu unternehmen.

Die Hafenarbeiter-Versammlung in Kiel, die, wie schon in der Sonntag-Nummer des „Vorwärts“ berichtet wurde, die moralische und pekuniäre Unterstützung der Hamburger beschloß, wählte eine Kommission mit dem Auftrage, einen Lohnzitat anzufragen und denselben einer im Laufe dieser Woche einzubringenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Für ständige Ueberwachung des Hafens und des Wahnhs seitens der Arbeiterschaft ist Sorge getragen.

Die Magdeburger „Volkstimme“ erfährt, daß die Elb-Schiffahrts-Gesellschaft „Kette“ die Verladung von Gütern in Hamburg vollständig einstellen mußte. Die „Kette“ theilte den Hamburg-Handlungshäusern mit, daß sie keine Güter nach den oberelbischen Plätzen annimmt, da die Verladung wegen der Arbeitseinstellung ganz unmöglich sei.

Die Differenzen zwischen der Firma Nathan, Philipp u. Co. und ihren Arbeitern, welche Schaurmannsarbeiten verichten sollten, sind geschlichtet, da die Firma auf ihr Verlangen Verzicht geleistet hat.

Auf dem städtischen Arbeitsnachweis in Frankfurt a. M. wurde, wie die „Volkstimme“ berichtet, einem Arbeitslosen ein Schreiben der Elb-Schiffahrts-Transport- und Lagerhaus-Gesellschaft zu lesen gegeben, wonach diese mehrere hundert Arbeiter für Hamburg sucht. Der betr. Schalterbeamte gab dem Arbeitslosen auch die genaue Adresse der genannten Gesellschaft an, damit er sich dort melden könne.

Der Frankfurter Arbeitsnachweis ist einer von denen, die bei Streiks oder Aussparungen ihre Thätigkeit für die betreffende Firma oder die betreffende Branche nicht einstellen. Zu welchen Ungünstigkeiten das führt, zeigt der eben mitgetheilte Vorfall. Die natürliche Folge ist, daß ein solcher Gemeinde-Arbeitsnachweis sich nicht einleihen kann, denn ohne das Vertrauen der Arbeiterschaft hängt er sozusagen in der Luft.

In Stockholm, der Hauptstadt Schwedens, hat eine Versammlung sämtlicher Transportarbeiter-Genossenschaften beschlossen, kein Schiff aus Hamburg zu löschen, welches dort von nicht-unionistischen Arbeitern geladen ist, und beauftragte die Vorstände, zu untersuchen, ob dies bei dem in Stockholm erwarteten Dampfer „Gesse“ der Fall ist. Die übrigen Transportvereine Schwedens werden aufgefordert, dieselbe Haltung einzunehmen.

Aus Rotterdam meldet das „Kleine Journal“, 6000 Dockarbeiter wollten am Dienstag die Arbeit einstellen. Aus Antwerpen berichtet dasselbe Blatt, daß dort vier Engländer wegen Aufforderung zur Theilnahme am Hamburger Streik ausgewiesen worden seien.

Aus London wird uns von unserem Korrespondenten geschrieben: Die Exekutive des Hafenarbeiter-Verbandes hat angefündigt, daß die Entlassung von Arbeitern, die Hamburger Schiffe nicht ausladen wollen, mit Streik beantwortet werden würde. In Bristol und Hull werden solche Schiffe erwartet und demgemäß Konfiskate befürchtet. Daß auch hier die Situation ernst ist, beweist ein Leitartikel der „Times“, der gütige Ausfälle auf Tom Mann enthält. Die „Times“ sind das Mundstück des Schiffherren-Verbandes.

Tom Mann, der am Sonnabend in Grimby eintraf, äußerte sich zu einem Vertreter der „Central News“ über seinen Hamburg-er Aufenthalt dahin: Er sei in Hamburg gerade lange genug von der Polizei unerkannt und unbehelligt geblieben, um seine Mission zu erfüllen. In einem Cafe habe er sich mit einem Vertreter des „Dismard-Organs“ über die Situation des Streiks unterhalten. Seine Rundfahrt im Hafen habe guten Erfolg gehabt. Schon da sei die Polizei auf seiner Spur gewesen; durch Vertrauensleute der Hülfe mit seinem Begleiter habe er ihr jedoch ein Schnippen geschlagen. Nachdem hätte er noch einer Sitzung des Streikkomitees in Altona beigewohnt.

Wilson, Mitglied des Parlaments, hat mit der Direktion der Lincolnshire-Eisenbahn-Kompagnie konferirt und von dieser das Versprechen erhalten, daß die angeordnete Entlassung der Matrosen ihres Dampfers „Lincoln“, die das aus Hamburg kommende Schiff zu löschen sich geweigert hatten, nochmals in Erwägung gezogen und eventuell rückgängig gemacht werden soll.

Am Sonntag nahen eine Versammlung von 700 Arbeitern der Londoner Dock einmüthig zwei Resolutionen an, von denen die eine gegen die Ausweisung Tom Mann's aus Hamburg Einspruch erhebt, die andere sich für Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der Ausständigen in Hamburg ausspricht.

Mißgeschick eines Hamburger Werbers in Basel. Freitag und Sonnabend versuchte ein Agent der Hamburger Rheder in Basel Erfahrung anzunehmen. 50 arbeitslose italienische Maurer und Handlanger gingen ihm auch auf den Leim. Ein jeder erhielt 10 Frcs. Vorschuss, mußte aber seine Ausweisungskosten aufsteuern. Dann wurde abgedampft. Bis Strahburg kam die Reisegesellschaft. Nachdem man gestrichelt hatte, sollte die Reise weitergehen. Aber kurz vor Abgang des Zuges erklärten die Italiener, sie gingen nicht als Streikbrecher nach Hamburg. Der Agent schrieb,

und die Italiener schrien noch mehr. Schließlich fuhren die Arbeiter nach Basel zurück, der Agent blieb mit den Ausweis-papieren in Strahburg. Und wenn er nicht weitergefahren ist, so ist er dort noch heute.

Die englischen Rheder werden von der Kapitalistenpresse benutzt, um die öffentliche Meinung gegen die streikenden Hamburger Hafenarbeiter aufzubringen. Im Bunde mit den „Hamburger Nachrichten“ suchen das „Berliner Tageblatt“ und die Unternehmerblätter aller Schattirungen die von Rhedern er-fundenen Lügen zu kolportiren. Allerdings haben die englischen Rheder Verbindung in Hamburg gesucht und gefunden. Im September d. J. berichtete das „Senatoren- und Rhederorgan“ „Hamburgischer Korresp.“: daß die englischen Rheder für ihren Verband, mit dem sie das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten wol-len, Mitglieder im Ausland suchen; ferner mußte das Rhederblatt damals hinzuzufügen, daß die Hamburger Rheder sich diesem Verbands angegeschlossen haben. Im Interesse des englischen Rhederverbandes lag auch die Ausweisung Tom Mann's. Damals haben die Hamburger Rheder wohl nicht geglaubt, daß die Bundesgenossenschaft der englischen Rheder als verruchte That verschrien werden soll, sonst hätten sie ihren Beitritt zum Ver-bande nicht publizirt. Der Appell an den Patriotismus wird sich in seinen Folgen gegen die Unternehmer richten.

Die „Germania“ erklärt, daß sie die Berechtigung des Streikes nicht anerkennen vermöge. Das begründet sich schon deshalb, weil die Hamburger Hafenarbeiter und Seelente für die lutherische Kirche nicht zu haben sind. Ob die Hamburger Hafenarbeiter und Seelente ihre Hoffnung auf etwas anderes als den Streik setzen konnten, ergibt sich aus einer Mittheilung der „Volkstg.“, wonach 3. B. der Verein der Seelente, um bessere Bezahlung und Behandlung der Seelente zu erreichen, seit seiner Gründung im Jahre 1891 unterhandelt hat:

- 1891 dreimal mit den Rhedern,
- mit der Seebereitschaftsgesellschaft,
- 1892 mit dem Seemannsamt,
- mit der Deputation für Handel und Schifffahrt,
- 1893 durch den Reichstags-Abg. Meißner mit dem Reichstage zu Berlin,
- mit dem Reichsamt des Innern,
- mit dem Hamburger Senat,
- mit dem Reichs-Berufungsamt zu Berlin,
- 1894 mit der Polizeibehörde,
- mit den Hamburger Rhedern.

Von allen diesen Unterhandlungen und Bemühungen ist keine einzige von Erfolg gekrönt gewesen, und als jetzt der Streik ausbrach und sich der Verein an den Vor-sitzenden des Vereins Hamburger Rheder, Herrn Laeß, wandte, ist ihm wieder eine abschlägige Antwort zu theil geworden.

Die im Stumm'schen Fahrwasser segelnde „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ thut fürchterlich fittlich entrüstet darüber, daß die Hafenarbeiter international handeln und daß die englischen Arbeiter die Zeitung haben. Das doch gewiß reichliche Geschimpfe der bürgerlichen Presse über die schrecklichen Engländer genügt der genannten Korrespondenz noch nicht. Worum ist denn — fragt sie — in diesem Falle jene Presse so kleinmüthig, die doch sonst so bereit gegen das perfide Albion zu donnern versteht? Lohnt es sich etwa gar nicht, der Frage näher zu treten, was angesichts der Thatsache zu geschehen hat, daß international die Transportgewerbe eines Landes lahm zu legen versucht werden?

Dieselbe Korrespondenz, die so mörderlich über das inter-nationale Vorgehen der Arbeiter schimpft, hat nichts dagegen ein-zuwenden, daß sich die deutschen Schiffahrts-Gesellschaften und Rheder mit denen anderer Länder verbinden, um die Passagier- und Gütertransport-Tarife ringmäÙig in die Höhe zu schrauben. Das ist die „Volkswirtschaft“, die man im Stumm'schen Lager treibt.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission nahm am Montag nach einem Besat des Genossen Wolfenbüt über den Streik der Hamburger Hafenarbeiter folgende Resolution an: Die Delegirten der Berliner Gewerkschafts-Kommission fordern die Berliner Arbeiter auf, ungesäumt Sammlungen für die Hafenarbeiter Hamburgs in die Hand zu nehmen und die Gelder an das Gewerkschaftsbureau Altonastr. 16 abzuliefern. Die Ver-öffentlichung der Sammlungen findet durch den „Vorwärts“ statt. Gleichzeitig ersuchen die Delegirten, daß die Gewerkschaften geeignete Schritte thun, um den Zuzug von Hamburg fernzuhalten.

Weitere Depeschen lauten: Hamburg, 30. November. (B. G.) Jetzt sind 15 500 Mann ausständig. Heute sind 3000 Speicherleute in den Streik ein-getreten. Morgen wird der Generalstreik proklamirt. General Schleiß, der heute den Hafen einer Inspektion unterzog, wird dem Kaiser darüber Bericht erstatten. Die Haltung der Aus-ständigen ist musterhaft.

Hamburg, 30. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heutigen elf Versammlungen verliefen ausgezeichnet, die Stimmung war überall eine gehobene. In einer Frauen-versammlung kamen polizeiliche Zwischenfälle vor, die Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Im Hafen liegen heute 237 Schiffe, aber fast überall ruht die Arbeit. Für die Auszahlung der Streik-unterstützung, die morgen beginnt, liegen 75 000 M. bereit. Tom Mann telegraphirt aus London, er werde für Sammlungen sorgen und die Abreise englischer Streikbrecher ver-hindern. Eine Anzahl englischer Streikbrecher ist heute zurück-gereist. Der Reichstags-Abgeordnete von Elm erhielt heute ein Schreiben des Senators und Polizeichefs Bachmann, in dem dieser seine Genehmigung kundgibt, zu vermitteln.

Hamburg, 30. November. (B. G.) Die Maschinen der Hafen- und Schlepdpumper haben heute Mittag 1 Uhr einen wesentlich erhöhten Lohnzitat an die Kapitäne verhandelt und hinzugefügt, die Arbeitgeber möchten sich bis heute Nachmittag 4 Uhr entschließen; sollte der Tarif am Dienstag, 1. Dezember, nicht bewilligt sein, würde die Arbeit eingestellt werden. Hierzu bemerkt der „Hamburgische Korrespondent“: Die Frist von drei Stunden, der Anfang der Wehrforderungen und der Ton des Schriftstückes werden zur Folge haben, daß eine Antwort über-haupt nicht erteilt wird.

In einer von etwa 3000 ausständigen Erwerbslosen besuchten Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Staatsqual-Arbeiter den Beschluß gefaßt hätten, sofort die Arbeit einzustellen, sobald die Anforderung an sie gestellt wird. Schiffe der Hamburg-Ameri-kanischen Packetschiff-Aktiengesellschaft zu löschen oder zu beladen. Heute Abend findet eine Versammlung von oberelbischen Schiffherren statt, um der Frage näher zu treten, ob sie sich am Streik betheiligen wollen. Diejenigen Streikenden, welche im Besit eines Zweirades sind, werden auf-gefordert, sich dem Komitee zur Verfügung zu stellen, da die zur

Zeit disponibeln 16 radfahrenden Kouriere einer Verstärkung bedürfen.

Ein Schlepdpumper ist vom Streik-Komitee geschortert worden zum Zwecke besserer Agitation und Verbreitung von Flug-blättern im Hafen. Ein Bäckermeister hat dem Unterstützungs-Komitee 100 Karten für ein Brot zur Verteilung an bedürftige Streikende gegeben. Von den streikenden Erwerbslosen ist die Resolution gefaßt worden, im Falle eines eintretenden Schnee-gebüßers keine Arbeit zur Fortschaffung des Schnees anzunehmen.

Der Vorsitzende des Vereins Hamburger Quartierleute von 1886 hat der Lohnkommission der Speicherarbeiter mitgeteilt, daß der Verein nicht in der Lage ist, den Lohnzitat anzunehmen, auch die jetzigen Zeitverhältnisse es nicht gestatten, mit der Lohn-kommission in Unterhandlung zu treten. Die Segelmacher in Hamburg-Alton haben zu dem Streik der Hafenarbeiter und See-leute ebenfalls Stellung genommen.

Sonnabend Abend fand zu diesem Zwecke eine Versammlung statt, worin ebenfalls beschlossen wurde, daß die Segelmacher sich verpflichten sollen, keine Matrosenarbeiten zu verrichten und keine Segel um- und abzuschlagen, sowie sich nicht als Segel-macher oder Matrosen resp. Deizer oder Zimmer auf Schiffen anmestern zu lassen, bis die Arbeitseinstellungen der Seelente ihr Ende erreicht haben. Die Versammlung erklärte sich mit den ausständigen Hafenarbeitern und Seelenten solidarisch und ver-spricht, denselben mit allen gesetzlich erlaubten moralischen und materiellen Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Hamburg, 30. November. (B. G.) Ein heute an den Vorsitzenden des Rhedervereins, Laeß, und an den Reichstags-Abgeordneten v. Elm gerichtetes Schreiben lautet: „Im Dienste des öffentlichen Friedens unserer Stadt und zur Fernhaltung schweren Unglücks erbieten sich die Unter-zeichneten zu dem Versuche, die zu weitgehenden Arbeits-einstellungen gediehem Lohnifferenzen auf dem Ge-biete der Hafenarbeiten durch scheidsamliche Vermittelung beizulegen. Der Vorschlag geht auf Einsetzung eines Schieds-amtes, das außer den Unterzeichneten aus einer von den Arbeit-gebern zu bezeichnenden Persönlichkeit und aus 4 von den Ar-beitnehmern zu erwählenden Mitgliedern, demnach im ganzen aus 8 Personen zu bestehen und seine endgiltigen Beschlüsse mit einer Mehrheit von mindestens 6 Stimmen zu fassen hätte. Die so eventuell zu stande kommenden Be-schlüsse müßten im voraus als von allen Be-theiligten verbindlich anerkannt sein. Die Unterzeichneten betonen ausdrücklich, daß sie diesen Vorschlag lediglich aus eigenem Antriebe und ohne über denselben mit der einen oder der anderen Partei in Fühlung getreten zu sein, der weiteren Entschlieung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterbreiten. Hamburg, 29. November. Senator Dr. Bachmann, Präsident der Bürgerschaft, Sigmund Hinrichsen, Vorsitzender des Gewerbe-gerichts, Dr. Roas.“

Hamburg, 30. November. (B. G.) Der Ausstand der hiesigen Hafenarbeiter und Erwerbslosen dauert unverändert fort. Am Hafen wird nur wenig gearbeitet.

Bremen, 30. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die gestrige Versammlung hat 8000 M. zur Unterstützung der Streikenden bewilligt. Heute Abend haben 900 Streikende das Angebot der Lagerhaus-Gesellschaft abgelehnt. Es wird weiter gestreikt.

Bremen, 30. November. (B. G.) Der Vorstand der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft bestätigte der abends erschienenen Lohnkommission seine heute Mittag in öffentlicher Besprechung vor der gesammten betheiligten Arbeiterschaft abgegebenen Erklärungen: 1. daß er bereit sei, die gesammten Oberarbeiter, Krahnführer, Vorarbeiter, Hilfskrahnenführer und ständigen Arbeiter in ihr früheres Vertragsverhältnis zurücktreten zu lassen, sofern diese sich bis heute Abend 7 Uhr hierzu einfinden oder morgen früh pünktlich zum Dienst zur Stelle sind; 2. daß er ferner bereit sei, diese Arbeiter nach Ablauf der Kündigungsfrist gemäß seinem Angebot vom 27. d. M. im ständigen Verhältnis zu beschäftigen. — Mit bezug auf die Oberarbeiter und Krahnführer soll die in der Vorlage der Lohnkommission vom 26. d. M. enthaltene Forderung (2 Lohnklassen, die niedrigste mit 22,50 Mark pro Woche) nach Ablauf der Kündigungsfrist maßgebend sein; 3. daß er bereit ist, von morgen früh 7 Uhr ab die bisher im nichtständigen Verhältnis gewesenen Arbeiter ohne Rücksicht darauf, ob sie im Ausstand gewesen sind oder nicht, nach Punkt 2b seines Angebots vom 27. d. M. einzustellen, soweit die Anforderungen des Betriebes es zulassen; seine übrigen Erklärungen vom 27. d. M. hält der Vorstand aufrecht.

London, 30. November. (B. G.) Ueber 1000 Arbeiter der Schiffswerft Gray u. Co. in West-Portlepool stellten heute die Arbeit ein, um die Entfernung der auf dieser Werft hattenirten, ihnen mißliebigen Polizeikonstabler zu erzwingen. Die Arbeit auf dieser Werft ruht gänzlich.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Reichenberg in Böhmen, 30. November. (B. G.) Im Mai d. J. fanden aus Anlaß eines Arbeiterausstandes in Dörsel Kundgebungen statt, die zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Arbeitern führten. Infolge dieses Zusammenstoßes wurde gegen 45 Personen Anklage wegen Vergehens des Auslaufs erhoben. Das hiesige Kreisgericht verurtheilte heute 36 der Angeklagten und zwar zwei zu Kerkerstrafen von 12 bezw. 6 Monaten, die übrigen zu Arreststrafen von 5 bis 14 Tagen. 9 Angeklagte wurden freigesprochen.

Paris, 30. November. (B. G.) Der sozialistische Abgeordnete Jourde hat heute Nachmittag in der Kammer einen Antrag ein-gebracht auf sofortige Freilassung des verhafteten Abg. Chauvin. Der Antragsteller führte aus, daß der Abgeordnete nicht auf frischer That ertrappt worden und deshalb die Verhaftung ungesetzlich sei. Der Justizminister sagte, die Verhaftung werde beibehalten. Wenn die Kammer indeß die Freilassung beschließe, werde die Regierung sich fügen. Der Antrag wurde mit 175 gegen 63 Stimmen angenommen. Die Regierung hat telegraphisch den Befehl erteilt, den Abgeordneten sofort freizulassen.

Paris, 30. November. (B. G.) Deputirtenkammer. Jourde (Sozialist) brachte einen Antrag ein, nach welchem die Deputirten-kammer die sofortige Freilassung des gestern in Carmaux fest-genommenen Deputirten Chauvin verlangte. Jourde erklärte, es handele sich hierbei nicht um eine Parteifrage, sondern um die Würde des Parlaments. Der Ju-stizminister Darlan erwiderte, die Justizbehörden hätten die gerichtliche Verfolgung angeordnet, weil der Thäter auf frischer That ertrappt worden sei; wenn die Kammer indeß die Freilassung des Festgenommenen und die Einstellung der gericht-lichen Verfolgung verlange, so werde sich die Regierung vor der Entscheidung der Kammer beugen. Der Antrag wurde mit 295 gegen 75 Stimmen angenommen.

Rom, 30. November. (B. G.) In der heutigen Kammer-sitzung brachte Rudini einen Gesetzentwurf ein, wonach der Prinz von Neapel eine Apanage von 1 200 000 Lire erhalten soll. Rudini rief: „Das ist eine Dummheit!“ Rudini erklärte, der König werde in diesem Jahre die Summe von seiner Zivilliste streichen.

Wien, 30. November. (B. G.) Der gestern verhaftete Deputirte Chauvin ist heute in Freiheit gesetzt worden.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 281.

Dienstag, den 1. Dezember 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

136. Sitzung vom 30. November 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Pofadowsty, Hollmann, von Götter.

Die erste Beratung des Etats und des dazu gehörigen Anleihegesetzes wird eingeleitet von dem

Staatssekretär des Reichsschatzamt Graf Pofadowsty: Als ich im vorigen Jahre den Etat für das laufende Jahr einbrachte, schätzte ich den voraussichtlichen Ueberschuß aus der eigenen Finanzwirtschaft des Reiches für das vergangene Jahr auf etwa 11 1/2 Millionen; diese Schätzung ist absolut richtig gewesen; netto so viel hat der Ueberschuß betragen. Bereits 1894/95 waren die Ausgaben gegenüber dem Etats-Eoll geringer gewesen; im Jahre 1895/96 waren sie höher als im Etat veranlagt war. In den Ausgaben befindet sich aber eine gesetzliche Überschreitung von 2 1/2 Millionen, die durch das Invalidengesetz vom 22. Mai v. J. auf den Reichs-Invalidenfonds angewiesen sind, ohne daß man darüber einen besonderen Nachtragsetat aufgestellt hat. Zieht man dies von der Gesamtansage im Jahre 1895/96 ab, so hat der Etat für 1895/96 mit einer Minderausgabe abgeschlossen. Die gesammelten Etatsüberschreitungen des vorigen Jahres haben nur die Summe von 14 1/2 Millionen betragen. Auch diese Summe ist noch immer unerfreulich, aber es ist immerhin ein geringer Betrag. Die Ueberweisungen übersteigen den Etatsansatz um 30 Millionen, namentlich infolge gesteigerter Zolleinnahmen. Man hat in der vorigen Tagung von einer Schädigung der Zolleinnahmen durch die Handelsverträge gesprochen. Mein finanziell betrachtet ist zwischen damals und jetzt längst eine Ausgleichung eingetreten. Denn 1895/96 haben unsere Zolleinnahmen 94 Millionen mehr betragen wie 1890/91 und 15 Millionen mehr wie 1890/91. Welche Wichtigkeit die territoriale Veränderung unseres Zollgebietes im Jahre 1889 für die Gehaltung unserer Handelsbilanz haben mußte, ergibt sich daraus, daß infolge des Zollanschlusses von Hamburg und Bremen unsere Handelsbilanz sich günstiger gestaltet hat, wenngleich unsere Mehreinfuhr infolge der gesunkenen Waarenpreise an sich gestiegen ist. 1895 ist unsere Mehreinfuhr von Rohstoffen der Menge und dem Werte nach gesunken, während unsere Mehrausfuhr der Menge und dem Werte nach gestiegen ist: ein klarer Beweis für die Prosperität unseres Handels. Allerdings hat die Mehreinfuhr von Nahrungsmitteln und Genussmitteln und Vieh gegen 1889 wesentlich zugenommen. Derjenige Teil der Zolleinnahmen, welcher auf die fünf Hauptgetreide-Arten fällt, betrug 25 pCt. unserer gesamten Zolleinnahmen. Über diese Mehreinfuhr von Nahrungsmitteln und Vieh erklärt sich einfach aus der steigenden Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung und aus der steigenden Bevölkerungszahl überhaupt. Betrachten wir nun den Abschluß des abgelaufenen Etatsjahres in seinen Wirkungen für die Bundesstaaten, so erhalten diese nach Deckung der etatsmäßigen Spannung noch einen Reinerüberschuß von 17 1/2 Millionen seitens des Reiches. Es scheint nun, nachdem wir zehn Jahre gehabt haben, in welchen die Bundesstaaten Ueberschüsse von dem Reiche erhalten und zwei Jahre, in welchen sie Zuschüsse an das Reich zu zahlen hatten, jetzt wieder eine Periode der Zuschüsse und Ueberschüsse gekommen zu sein. Es liegt darin eine erste Mahnung, daß sich das hohe Haus mit den verbündeten Regierungen einigen möchte über eine anderweitige Gehalt des finanziellen Verhältnisses des Reiches zu den Einzelstaaten. 1888/84 bis 92/93 haben wir 486 Millionen an Reinerüberschüssen an die Bundesstaaten ausgezahlt, während wir in demselben Zeitraum 1349 Millionen Schulden gemacht haben für solche Zwecke, bei denen eine Verzinsung nicht vorauszusetzen war!

Redner wendet sich nun der voraussichtlichen Gehaltung des laufenden Etats 1896/97 zu und hebt hervor, daß eine Etatsüberschreitung von 1/4 Million bei den Kolonien stattgefunden hat. Die Schutztruppe wird nicht vermindert werden können, weil sie für die Absperzung gegen die immer weiter um sich greifende Rinderpest gebraucht wird. Bei dem Militär-Etat werden Ausgaben für die Verpflegung gespart wegen der niedrigen Brot- und Getreidepreise. Daß nach der Zuckersteuer-Novelle eine erhöhte Verbrauchsabgabe schon im Mai in Kraft trat, während die erhöhten Prämien erst im August in Kraft treten, verursacht eine Mehreinnahme bei der Zuckersteuer, die noch vermehrt wurde durch die Vorauversteuerung. Es ergibt sich ein Mehr von 10 Millionen. Diese Mehreinnahme wird sich aber im zukünftigen Jahre nicht wiederholen, weil die Ausfuhr von Raffinade gegenüber der Ausfuhr von Rohzucker steigt. Bei den übrigen indirekten Steuern ergeben sich Mehreinnahmen, ferner bei der Post- und Eisenbahn-Verwaltung je drei Millionen mehr. Das ganze Reich hat einen Ueberschuß von 21 Millionen. Bei der Maissteuer ergiebt sich eine Mindereinnahme, bei der Brennsteuer aber eine Mehreinnahme. Im ganzen ergiebt die Finanzwirtschaft des Reiches einen Mehretrag von 28 Millionen. Was die Ueberweisungen betrifft, so dürften die Zölle und die Tabaksteuer 61, die Verbrauchsabgabe von Branntwein 2 1/2 Millionen Mark mehr ergeben. Die Branntweinsteuer-Novelle hat die Erwartungen erfüllt, welche an sie geknüpft wurden. Aus der Stempelsteuer von Wertpapieren werden wir ein Mehr von 1 Million erzielen. Die Ueberweisungen würden im ganzen das Etats-Eoll um 63 Millionen übersteigen; es würden nach Abrechnung von 26 Millionen Mark für Schuldentilgung den Einzelstaaten noch 37 Millionen zuehen. Die Anleihe beträgt diesmal 35 1/2 Millionen; sie wird sich aber durch die Mehreinnahmen und Minderausgaben auf 26 1/2 Millionen ermäßigen. Es wird also jetzt das erste Etatsjahr sein, wo das Reich nicht mit neuen Schulden belastet wird. (Sehr gut! links.)

Im Reichsamt des Innern sind die Zuschüsse zur Alters- und Invaliden-Versicherung um 8 1/2 Millionen Mark erhöht worden. In der Heeresverwaltung findet sich eine Mehrausgabe von 7 Millionen, darunter die Ausgabe für die Umformung der vierten Bataillone. Im übrigen beruhen die Mehrausgaben auf gesetzlichen Verpflichtungen, namentlich rühren sie her von der Heeresvermehrung von 1893. Einmalige Ausgaben werden bei der Heeresverwaltung in Höhe von 6 1/2 Millionen verlangt, während 4 1/2 Millionen vorbehalten sind. Für die Marine und zwar für Schiffsbauten u. werden mehr gefordert 50 1/2 Millionen, aber für Neubauten nur zehn Millionen, und die Zukunftsbelastung ist geringer als die für den laufenden Etat. Abgesehen von einem Waiso wird nur Ersatz gefordert für abgegangene oder in Verlust gerathene Schiffe, und außerdem zwei neue Kreuzer auf Grund einer früheren Denkschrift. Der Staatssekretär geht auf die Einnahmen des Etats für 1896/97 ein, erwähnt dabei auch die Postbauten und spricht die Hoffnung aus, daß nunmehr ein gewisser Beharrungszustand hinsichtlich der Neubauten eintreten werde. Die Einnahmen aus der Reichsbank sind niedriger veranschlagt worden und zwar statt nach dem dreijährigen nach dem zweijährigen Durchschnitt.

Das Anleihe-Eoll ist um 21 Millionen höher angenommen; das tatsächliche Plus beträgt aber 30 Millionen. Die größte Mehrausgabe beruht auf der Verbesserung der Beamtenbesoldung. Es lag für die verb. Regierungen ein formaler Grund vor. Preußen hat seine Beamten besser gestellt; bei der nachbarlichen Thätigkeit der Reichsbeamten könnten diese nicht ausgeschlossen werden, schon deswegen nicht, weil die preussischen Offiziere ihre Besoldungen vom Reiche beziehen. Die Resolution, welche der Reichstag in seiner letzten Tagung angenommen hat, ging dahin, die Ungleichheiten der Besoldungen auszugleichen, welche 1890 nicht an der Besoldungsbesserung beteiligt sind. Die Besoldungsbesserungen fahren also da fort, wo sie 1890 ausgeführt haben. Es werden ja vielleicht nicht alle Erwartungen erfüllt sein. Vom Standpunkte einzelner Beamtenklassen aus mag es subjektiv berechtigt sein, daß sie ihre Verwaltung für eine bessere, ihre Arbeit für eine schwierigere halten. Aber wir müssen dahin streben, daß Besoldungssystem zu vereinfachen und die Zahl der Klassen zu vermindern. Ich gestatte mir zum Schluß die Bitte, den Etat wohlwollend zu prüfen. Der Reichstag wird dadurch beitragen, daß in die beteiligten Kreise das Gefühl wirtschaftlicher Beruhigung getragen und ein neuer Anreiz zur richtigen Erfüllung der Pflichten gegeben wird. (Beifall rechts.)

Abg. Frigen (H.) Der Herr Staatssekretär hat nachgewiesen, daß die Handelsverträge eine gute Wirkung gehabt haben auf unsere Handelsbilanz und darauf, daß die Ausfälle infolge derselben beglichen sind. Wenn man an die Empfinde denkt, mit welcher die Ausfälle infolge der Handelsverträge verwendet werden sollten, um neue Steuervorlagen zu begründen, so wird der Reichstag sich beglückwünschen, daß er damals den Wünschen der Regierungen nicht gefolgt ist. (Sehr richtig! links.) Der Etat des Jahres 1897/98 hat sich sehr verschlechtert gegenüber dem laufenden Etat. Wenn man die Matricularbeiträge, Ueberweisungen und Auerien gegen einander aufrechnet, so bleiben Matricularbeiträge in Höhe von 7-8 Millionen Mark; dazu kommen 10 Millionen für die Besoldungsbesserung und 1 1/2 Millionen für die Dampfer-Subventionen. Die Veranschlagung der Einnahmen ist aber nicht ganz vorsichtig gemacht, denn neue Effekten werden nicht in dem Maße emittiert werden, wie im vorigen Jahre und die Unlastersteuer wird angeht die Befreiung des Zermingewerks erheblich weniger als früher ergeben. Die Anleihe ist um so bedenklicher, als nur 4 1/2 Millionen Mark auf die Eisenbahnen, also auf verbundene Anlagen, entfallen, während alles andere auf die unproduktiven Ausgaben für die Marine und für das Heer kommen.

Redner wendet sich den einzelnen Etats zu. Die Mehrausgabe für die Invalidenversicherung beruht auf Gesetz. Ich möchte dabei betonen, daß wir erwarten, daß die Berücksichtigung, die Sozialreformen werden durch den Rücktritt des Herrn v. Berlepsch in's Stocken geraten, sich nicht erfüllen wird. Es sind noch manche Dinge durchzuführen, so der Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter in der Hausindustrie, die Ausdehnung der Unfallversicherung, die Schaffung der Berufsvereine für die Arbeiter u. s. w. Die Industrie wird sich den Opfern nicht entziehen können, die hierfür erforderlich sind. Eine Minderausgabe ergibt sich beim Nord-Ostsee-Kanal, der nicht einmal seine Betriebsausgaben deckt. Wir wollen hoffen, daß der Kanal eine bessere Rentabilität gewährt nach Ermäßigung der Tarife. Erreulich ist die Bewilligung von 34 000 M. zur Bekämpfung der Maul- und Klauenpest, welche aus Dänemark eingeschleppt sein soll, weil die dänische Grenze nicht vollständig abgesperrt ist. Die Einfuhr geschlachteten Fleisches aus Holland soll auch dazu beigetragen haben. Auch über die Ausgabe für die Weltausstellung in Paris kann ich mich nur freuen. Sowie ich es früher für einen Fehler gehalten habe, daß wir uns an der Pariser Ausstellung früher nicht beteiligt haben, kann ich es mit Freude begrüßen, daß dieser Fehler jetzt nicht gemacht werden soll.

Durch die im vorigen Etat beschlossene Schuldentilgung haben wir eine Vermindernng der Schulden verhindert. Ein gewisses Mißbehagen besteht nicht bloß in der Bevölkerung, sondern auch unter den Militärs darüber, daß mit Pensionierungen in den letzten Jahren so sehr zahlreich vorgegangen ist. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die Mehrausgabe des Reichsheeres für Natural-Verpflegung kommt der Landwirtschaft zu gute; sie zeigt, daß die Preise steigen. Ersparnisse werden bei den laufenden Ausgaben des Heeres nicht gemacht werden können. Wir haben die Pflicht, über die Sanitätsfrage im Heere zu wachen; es ist ein Punkt zurückgeblieben; die Sanitätsoffiziere sind nicht so gestellt, wie es der Fall sein sollte, namentlich bezüglich der Oberstabsärzte. Der Kriegsminister sollte diese Frage einer wohlwollenden Prüfung unterziehen. Ein Mangel ist die große Restverwaltung bei dem Heere. Der Kriegsminister sollte der Budgetkommission darüber eine Aufstellung vorlegen; die Reste sollen sich auf mehr als hundert Millionen belaufen.

Ich komme nun zum Marineetat, der um 3 1/2 Millionen höher dotirt ist als im laufenden Jahre. Für die Personalvermehrung habe ich mich früher erklärt; wenn wir die Schiffe einmal haben, müssen wir sie auch besetzen. Große Absätze werden bei dem ordentlichen Etat nicht gemacht werden können. Anders steht es bei den einmaligen Ausgaben. Sie ergeben gegen das Vorjahr ein Plus von nicht weniger als vierzig Millionen Mark. (Hört! im Zentrum.) Diese rapide Steigerung ist höchst bedenklich. Der Marineetat betrug im ganzen 1874 98, 1890 72, 1895 86 Millionen und beträgt jetzt 129 Millionen Mark. Es sind nicht nur Absätze notwendig, sondern sie müssen sogar in ganz beträchtlichem Maße gemacht werden. Die Ausgabe für die Marine von 129 Millionen Mark ist größer als das ganze russische Budget für die Marine, welches sich auf 58 Millionen Mark stellt. Neben den Schiffsbauten ist auch das Trockendock noch in Aussicht, sodas wir im nächsten Jahre wieder große Ausgaben zu machen haben. Dann wird man schließlich für neue Steuern stimmen müssen, wenn man diese Gelder bewilligt, und man wird diese neuen Steuern bei den Wahlen vor den Wählern vertreten müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Bier- und Tabaksteuer werden dann wiederkommen. Wenn man nach dem bisherigen Verfahren 10 von Hundert des Bauwertes der Flotte zu einmaligen Ausgaben verwendet, dann kommt man auf 32 Millionen, und nicht auf 60 Millionen. Entweder hat also das Marineamt seine Grundsätze gewechselt, oder der Etat ist nicht im Marineamt allein ausgearbeitet worden. (Weiterkeit.) Wir haben 8 erste Raten von je 4 Millionen, also 32 Millionen. Das hat man im vorigen Jahre nicht voraussehen können, nachdem wir dem Marineamt so entgegengekommen sind. Der Besoldungsetat hätte im vorigen Jahre wohl ohne weiteres Erfolg gehabt, aber die hohen Ausgaben für die Marine gefährden diesen Etat sehr erheblich. Für „Kaiser Wilhelm“ soll ein Ersatz geschaffen werden, während dieses Schiff doch erst mit großen Kosten

repariert wurde. Es scheint also das Schiff doch nicht so gut zu sein, wie man allgemein annahm. Ueber die Bewahrung der Schiffe der Brandenburgklasse wurde vor Jahresfrist ein sehr herbes Urtheil gefällt. Trotzdem soll eine dritte Rate bewilligt werden, während noch nicht einmal eines von den anderen zwei Schiffen fertig ist. Da müssen wir ruhig werden. Zwei neue Kreuzer sind etwas zu viel. Unsere Werften sind nicht hinreichend für solche Bauten. Die Kanonenboote wurden vor kurzem schlecht gemacht und als Ruffschalen bezeichnet. Jetzt kommt man mit neuen Forderungen dafür. (Weiterkeit.) Für ein Schiff der Sachsenklasse wird eine große Nachforderung verlangt. Da müssen wir doch schließlich die Geduld verlieren. Ein neues Zentralverwaltungs-Gebäude soll gebaut werden, während uns beim Bau des Hauses in der Poststraße gesagt wurde, damit sei der Bedarf für absehbare Zeiten gedeckt. Ich möchte bitten, daß die Absätze mit einer großen Mehrheit erfolgen. Denn bei einer kleinen Mehrheit werden die Forderungen im nächsten Jahre wiederkommen. Alle Parteien, welche gegen die Marineforderungen sind, müssen sich vereinigen und mit überwiegender Mehrheit fünf oder sechs Positionen absetzen; das ist wichtiger, als wenn wir sieben oder acht Positionen mit wechselnden Mehrheiten streichen. Wir sind seit Jahren zur Sparsamkeit gemahnt worden und jetzt sollen wieder so viel Schulden kontrahiert werden. Ich denke, der Reichstag wird die Besonnenheit haben und einen mittleren Weg einschlagen. Er wird sich nicht in uferlose Pläne einlassen, wie sie im Militär-Wochenblatt von Herrn v. Lüttich aufgestellt werden, der die deutsche Flotte der englischen gleich machen will; im Reichs-Marineamt werden diese Pläne nicht getheilt, aber sie haben eine starke Strömung hinter sich. Wenn da verlangt wird, daß unsere Flotte so stark sein soll, daß sie unsere Kolonien gegen die Flotten der ganzen Welt verteidigen kann (Weiterkeit), so ist das einfach lächerlich. Wir, wenigstens meine politischen Freunde, wollen uns nicht bis aufs Blut auspressen lassen; wir wollen nicht Phantomen einer Weltpolitik nachjagen, welche die Kraft und die Herrlichkeit des alten Reichs zu Grunde richten können. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär v. Bötticher: Die Besorgnis des Vorredners, daß mit dem Ausscheiden meines verehrten königlich preussischen Kollegen, des Herrn von Berlepsch, aus seinem Amt ein Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung eintreten werde, ist durch die Vorlage der Novelle zur Unfallversicherung und zur Alters- und Invalidenversicherung widerlegt worden. Ich bin außerdem autorisiert zu versichern, daß keine der verbündeten Regierungen daran denkt, auf diesem Gebiet die Politik zu verlassen, die das Reich bisher befolgt hat; und wenn wir bei der Fortbildung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung uns auch fern von dem Grundsatze leiten lassen, daß ihre Ausgestaltung keine Verletzung im allgemeinen und der wirtschaftlichen Interessen involviren dürfe, so wissen wir uns mit der überwiegenden Mehrheit des Hauses einig. Die Frequenz auf dem Nord-Ostsee-Kanal ist im Vergleich zu ähnlichen Unternehmungen im Auslande eine durchaus erfreuliche und hoffnungsvolle. Die Einnahmen der Kanalverwaltung sind seit der Tarifserhöhung vom 1. September d. J. im Steigen begriffen, und es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit auch die Schiffe des Auslandes immermehr den Kanal benutzen werden. Die heimische Landwirtschaft gegen die Einschleppung von Seuchen zu schützen, ist immer unser Bestreben gewesen. Gegen die Einfuhr dänischer Schweine ist unsere Grenze bereits gesperrt, und gegen die Einfuhr von dänischem Rindvieh schützen unsere Quarantäne-Anstalten. Außerdem hat die dänische Regierung im Interesse ihrer eigenen Viehzüchter mit großer Bereitwilligkeit nach den ersten Krankheitsfällen die Ausfuhr aus den Inseln Seeland und Faland verboten.

Abg. Richter (H. Pp.): Wenn bei den günstigen Finanzverhältnissen noch die geforderten Steuern bewilligt werden wären, so hätten auf Grund des Automatengesetzes den Einzelstaaten Ueberweisungen von 40 Millionen Mark gemacht werden müssen, während die Einzelstaaten selbst sich in günstigen Finanzverhältnissen befinden. Außerdem hätte man 25 Millionen in den Ausgleichsfonds legen können. Der Schatzsekretär meinte 1895, daß man durch das Automatengesetz das Schuldbuch des Reiches geschlossen hätte; diese Schließung erfolgt jetzt ohne neue Steuern. Vielleicht giebt das Jahr 1896/97 sogar noch einen Ueberschuß. Selten ist ein Steuerprojekt so gerichtet worden, wie die Tabaksteuer. Trotzdem tritt auch jetzt noch der Reichs-Schatzsekretär für den Automaten ein. Der vom Reichstage zum laufenden Etat beschlossene Schuldentilgung ist es zu danken, daß das Schuldbuch des Reiches geschlossen ist. Trotz dieser guten Bewandlung ist der neue Etat nicht danach eingerichtet. Der Anleihebedarf wird nicht vermindert, sondern von 30 auf 60 Millionen gesteigert, und die Ueberweisungen werden wie früher den Einzelstaaten gegeben. Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und Verbrauchssteuern sind nur mit 534 Millionen veranschlagt, während schon jetzt 575 Millionen Mark sicher gerechnet werden können. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten werden 70 Millionen mehr betragen. Und da steigert man den Anleihebedarf (Hört, hört! links und im Zentrum), obwohl die Einzelstaaten sehr günstig gestellt sind durch die Konvertirung ihrer Schulden. Die preussischen Eisenbahnen ergeben ferner 60 Millionen Mark mehr. Die Einzelstaaten können Schulden tilgen, während das Reich Schulden machen soll, was um so widerwärtiger ist bei dem unproduktiven Charakter der Schulden des Reichs. Wenn die Regierungen mit so leichtem Herzen die Mehrausgaben für das Heer und die Marine bewilligt haben, dann sollten sie auch operwillig sein zur Deckung der Ausgaben und auf die Ueberweisungen verzichten. Denn wenn die Wirtschaft so weiter geht wie jetzt, dann wird schließlich die Nothwendigkeit neuer Steuern wieder hervor-treten, und das müssen wir verhindern.

Die Einnahmen aus dem Stempel von Börsengeschäften haben sich um 40 pCt. vermindert; das ist eine Wirkung des Börsengesetzes, das seine Schatten vorauswirft. Selbst die Agarien müssen jetzt schon erkennen, daß sie durch die Aufhebung des Terminhandels ihre eigenen Interessen geschädigt haben. Wenn die Berliner Preise nicht so steigen, wie man erwarten sollte, so liegt das an der Unterdrückung der Spekulation. Das Gesetz hat sich als unhaltbar erwiesen. Man muß entweder zurückgehen oder man muß weitergehen zur vollständigen Anhebung des ganzen Getreidehandels. Möglicher war kein Risiko als das der Zuckersteuer (Sehr richtig! links), namentlich wenn ich mir vergegenwärtige, welche hohen Ton damals der Reichsschatzsekretär mir gegenüber angelagert hat, wofür er lebhaften Beifall auf der Rechten, in der Mitte und bei den Nationaliberalen fand. (Weiterkeit.) Man ruft nach einem neuen Zuckersteuer-Gesetz und bildet inzwischen zur Hebung der Preise Ringe, die zu einer exorbitanten Ausbeutung führen werden. Die Ringe führen entweder zur Schädigung des einheimischen Konsumenten, oder durch Beschränkung des Außenbaues zur Schädigung der Landwirtschaft. Vereinigen Sie sich doch mit uns zur Beschränkung oder Aufhebung der Prämien oder zur Fixirung der Einnahmen des Reiches auf 60 Millionen Mark, damit der Auslandsmarkt durch

Ermäßigung der Verbrauchsteuern ausgedehnt werden kann. Die Reichs-Eisenbahnen versprechen mehr, als im Etat angelegt ist, und wenn die einmaligen Ausgaben der Post sich beschränken, dann wird der Ueberschuss der Post sich noch höher stellen als jetzt, d. h. es wird dann eine Verkehrssteuer erhoben. In Preußen verlangt man eine Reform der Eisenbahn-Tarife, aber im Reich bleibt jede Reform der Posttarife aus, nicht einmal die Gewichtsgrenze für die Briefe wird von 15 auf 20 Gramm heraufgesetzt. Auch die Telephongebühren werden nicht ermäßigt für die kleinen Ortschaften, und trotz der Privatanklagen werden die Tarife für Stadtbriefe in Berlin nicht ermäßigt. Die Frage des Postzeitungs-Tarifs bleibt immer noch unentschieden, trotzdem sie tief einschneidet in das ganze Zeitungswesen. Der frische Reformzug in der Postverwaltung hat längst aufgehört. Der jetzige Zeitungstarif ist eine Prämie auf die Herausgabe von unpolitischen Zeitungen, die zur Verimpfung des Publikums führen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Den Etat der Befoldungsverbesserungen haben wir noch nicht prüfen können; unsere Stellung hängt ab von der Gesamtlage des Etats. Den Löwenanteil an der Befoldungsbesserung haben jedenfalls das Heer und die Marine davongetragen. Mit der Erhöhung der Befoldung der Offiziere ist es nicht abgethan; da kommt auch die Erhöhung der Pensionsausgaben hinzu, namentlich bei den höheren Offizieren. Die Regiments-Kommandeure sind nur 4 Jahre in ihrer Stellung. Wenn sie jedes Jahr 600 M. mehr erhalten, so ist das weniger wichtig, als wenn sie nachher 20 Jahre lang eine erhöhte Pension beziehen. Es wird zu prüfen sein, ob die Unterbeamten, welche dieselbe Arbeit thun, bei den verschiedenen Behörden je nach dem Rang derselben, verschieden behandelt werden, ob man die Verbesserung nicht lieber an das Anfangsgehalt als an die höheren Dienstaltersstufen anknüpfen soll. Ferner müssen die Fragen erörtert werden, ob die Reisekosten und Diäten anderweit geregelt und die Kommunalsteuer-Privilegien der Beamten und Offiziere beseitigt werden, was schon in den 70er Jahren vom Fürsten Bismarck feierlich versprochen ist, endlich, ob man dazu über gehen wird, das Gratifikationswesen abzuschaffen. Der Kolonialetat verlangt in diesem Jahre eine Million Mark mehr für die theilweise Aufrechterhaltung der Verstärkung der Schutztruppe. Jeder in Ostafrika vorhandene Deutsche hat drei Schutzleute zur Verfügung. (Weiterkeit.) Drei Millionen Mark mehr sollen ausgegeben werden für einmalige Ausgaben. Sollen daraus Kabel angelegt werden, damit die Postposten auf unjeneren eigenen Drähten schneller hierher kommen? (Weiterkeit.) Das sollte wenigstens klar dargelegt werden. Von den Kolonien haben wir nichts gutes gehört. Der Ministerialdirektor Kayser deutete auf die Gottesgerichte hin, welche jetzt heringebrochen sind; er meinte da den Fall Peters und Schröder. Herr Wismann geht nicht mehr nach Ostafrika zurück; die Sache sieht sich allerdings in einer Villa im Grunewald viel besser an. (Weiterkeit.) Herr v. Wismann verständigte bei seiner Ankunft in Ostafrika, daß nunmehr die wirtschaftliche Erschließung der Kolonie in Angriff genommen werden müsse. Es wird wohl ein anderer Offizier hingeschickt werden, der in kostspieligen Gefechten mit den Eingeborenen seine Bravour beweisen wird. Herr v. Wismann warnte davor, zu große Anforderungen an die Kolonialverwaltung zu stellen, trotzdem empfiehlt er den Bau von Eisenbahnen. Es hat vielfach übersehen, daß der Direktor Kayser die Pläne ins Korn warf, nicht wegen des parlamentarischen Widerstandes, sondern wegen der Selbstsucht und wegen des Ehrgeizes der Beteiligten, wie er in seiner Abschiedsrede ausdrückte. Er führte eine Unterredung an, die Herr Arndt mit ihm gehabt hat, der für Herrn Peters um eine feste Prämie warb, indem er mit dem mächtigen Freunde desselben drohte. Was sind das für Dinge! Personen, die sich mit ihrer nationalen Gesinnung brüsten, suchen die Kolonialpolitik durch Erlangung hochdotirter Stellen auszubenten für ihre eigene Persönlichkeit; sie suchen das durch Drohungen zu erlangen. So etwas hat man im Reichs- und Staatsdienst noch nicht wahrgenommen. (Sehr richtig! links.) Schmeichelhaft ist diese Sache nicht für Herrn Kayser, denn in welchem Ansehen muß er gestanden haben, daß sich die Herren so etwas erdreisteten. Ich bedaure, daß er ihnen nicht die richtige Antwort angedeihen ließ. Solche Achtung, wie sie Herr Kayser Herrn Arndt bezeugt hat, kann ein Abgeordneter, der in dieser Weise seine selbstthätigen Interessen verfolgt, gar nicht mehr beanspruchen. (Sehr richtig! links.) Was soll eine solche Begünstigung einzelner Personen, die sich gar nicht im Amte bewährt haben, für einen Eindruck machen auf die Beamten, welche jahrelang erst gearbeitet haben müssen, ehe sie in eine so hohe Stellung kommen.

Die Ausgaben für das Reichsheer sind um 6 1/2 Millionen, die des Marine-Etats um 8 1/2 Millionen, beim Pensionsfonds um 2 Millionen Mark gestiegen; dazu kommen die Befoldungsverbesserungen mit 6 Millionen. Der Rücktritt des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff hat allgemein überrascht. Er war nicht unser politischer Vertrauensmann, Herr v. Goltz ist derselbe, nur eine andere Nummer. Die Personen sind es nicht, welche die Ueberraschung hervorgerufen haben, sondern die besonderen Umstände. Man glaubte selbst im Reichs-Anzeiger eine Erklärung darüber abgeben zu müssen. Aus Gesundheitsrücksichten ist damals Delbrück gegangen, ebenso Fürst Bismarck; Gesundheitsrücksichten sollen auch bei Herrn v. Bronsart maßgebend gewesen sein. Nun, wenn jeder sich so selbstthätig fühlt, wie Herr v. Bronsart, so kann er froh sein. In der Erklärung des Reichs-Anzeigers wird das Militärkabinett als eine Kanzlei des Kaisers bezeichnet, der Chef desselben habe keine selbständige Stellung. Das ist selbstverständlich. Aber der Monarch kann nicht alles selbst bearbeiten, die Person des Vortragenden wird daher immer von großem Einfluß sein, wenn sich die Arbeiten auch nur auf die Kommandogewalt beschränken. Kommandogewalt ist ein sehr deutungsreicher Begriff. Jedenfalls hört sie da auf, wo die Geldfrage anfängt, wo der Kriegsminister allein verantwortlich ist. Wenn das Infanterie-Regiment plötzlich halt nur für den Sommer, für das ganze Jahr zusammengehalten wird, so entstehen unheimliche Mehrausgaben, ebenso bei Gewährung von Unterhaltungen und Gnadenbewilligungen, für welche Mittel im Etat nicht ausgeworfen sind. Die Anstellung und Verabschiedung der Offiziere hängt mit dem Stellenetat zusammen. Wenn der Chef des Militärkabinetts seinen Schwager vorschlägt für die Stelle eines Kommandanten, die etatsmäßig künftig wegfällt, dann entsteht daraus eine Schwierigkeit, die der Kriegsminister nicht vertreten kann. Die Pensionierung der Generale von Epich und von Schlichting, die Versehung der nächsten Mitarbeiter des Kriegsministers in den Frontdienst und ähnliche Dinge kann sich schließlich kein Kriegsminister gefallen lassen, solche Ernennungen und Entlassungen können nicht ohne Veranlassung des Ministers geschehen. Die Geschichte des preussischen Militärkabinetts ist die Geschichte der Hintertreppchenpolitik, des Doppelspiels und der Intrigue. Lesen Sie doch die Tagebücher des General v. Werlich nach, wie er gegen den Ministerpräsidenten austrat. Das war so schlimm, daß der Ministerpräsident sich Spione besorgen mußte, um über das Treiben des Herrn v. Werlich näheres zu erfahren. (Hört, hört! links.) Auch die Denkwürdigkeiten des Grafen v. Moon geben darüber Aufschluß. Und der gegenwärtige Kriegsminister befindet sich noch dazu in einem niederen militärischen Range gegenüber dem Chef des Militärkabinetts.

Von den Mehrausgaben des Heeres entfällt die

Hälfte auf die Mehrausgaben für Naturalverpflegung. Entsprechen die angelegten Preise den wirklichen Marktpreisen, oder sind bei dem Bestreben, möglichst von den Produzenten zu kaufen, höhere Preise normirt worden? Mit welcher Dreistigkeit die Agrarier vorgehen, haben die Veröffentlichungen aus Pommern gezeigt, wo sogar eine Kontrolle über die Preise, welche die Provinzialämter gezahlt haben, verlangt wird. Die Intendantur lehnte das ab, und die Herren hatten sogar die Stirne, sich darüber beim Landwirtschaftsministerium zu beschweren (Weiterkeit), aber die Geheimnisträgerei der Militärverwaltung. Die Mehrausgaben fallen hierbei der Allgemeinheit zur Last. Aber wenn für die Menage die Kartoffeln theurer bezahlt werden, wie das aus Schlesien berichtet wird bezüglich der Artillerie-Abtheilungen, so muß das bei anderen Lebensmitteln eingebracht werden, da hierfür nur ein Pauschquantum ausgeworfen ist.

Die Kosten der Umformung der vierten Bataillone sind um 800 000 M. höher angelegt, weil man 40 neue Musikkorps schafft. Wir haben überhaupt Bedenken gegen die Vermehrung der Militärmusiker wegen der Konkurrenz, welche sie den Zivilmusikern machen und wegen der Vorgänge, die sich gezeigt haben bei der Königsberger Vörsengarten-Affäre, wo die Militärmusiker zum Kontraktbruch aufgefordert wurden. (Hört, hört! links.) Nebenher verweist auf die Vermehrung der Bespannung der Artillerie; auf die Verstärkung der Meldeleiter-Abtheilung, auf die Vermehrung der Zahl der Offiziere und Unteroffiziere, die man übertragen sollte durch Ersparnisse bei anderen Positionen.

Die sachlichen Kosten der Marine erhöhen sich, je komplizierter die Schiffe werden. In der Denkschrift der Marineverwaltung hieß es, es genüge, daß die Hälfte der Panzer für das ganze Jahr in Dienst gestellt sei, während sie früher nur für das Sommerhalbjahr in Dienst waren. Jetzt werden sämtliche Panzer I. Klasse in Dienst gehalten und von den 14 Panzern II. Klasse werden 9 in Dienst gehalten; das geht weit über die Denkschrift hinaus. Für den auswärtigen Dienst sind keine Schiffe vorhanden, für Paradedeck konnte man dem Kaiser eine Flotte vorstellen, wie man sie noch nicht gesehen hatte; das hat freilich den Kaiser von Rußland noch nicht einmal veranlaßt, die deutsche Admiralitätsumform anzulegen. (Weiterkeit links.) Statt der Abtheilung See-Infanterie werden Matrosen auf die Schiffe gesetzt; aber man sollte dann die See-Infanterie entsprechend vermindern, das geschieht aber nicht. Weiter wird eine neue Kompanie See-Artillerie geschaffen. Beide Maßregeln bedeuten thätlich eine Vermehrung des Landheeres. Was der Vordredner über das Steigen des Extra-Ordinariums sagte, kann ich nur vollständig unterschreiben. Die 60 Millionen Mark, welche ausgesetzt sind, entfallen mit 50 Millionen auf die früher bewilligten Schiffsbauten. In früheren Jahren ist man zu splenidide gewesen. Jetzt ist man schon soweit gekommen, daß das, was bei der Aufstellung des Etats maßgebend war, bei der Vorlegung desselben nicht mehr gilt. Von den letzten Schießversuchen in Neppen soll eine neue Armirung der Schiffe herrühren. Welche Bedeutung in finanzieller Beziehung hat diese neue Armirung? Es wird eine neue Torpedodivision gefordert; sie ist wohl nur bestimmt, um der parlamentarischen Taktik zum Opfer zu fallen, um die Panzer zu retten. (Weiterkeit.) Ursprünglich sollen in dem Etat noch mehr Schiffsbauten gefordert worden sein, als jetzt darin stehen; aber der Bundesrath habe widersprochen. Dann würde es noch gefährlicher sein, denn dann kommen die Forderungen im nächsten Jahre wieder. Bei der Interpellation des Grafen Hompesch erklärte der Staatssekretär v. Marschall: Die kontinentalen Mächte in Europa hätten im nächsten Jahre gar keine Veranlassung, die Gegensätze gegen einander zu verschärfen, denn es länden für sie Fragen im Vordergrund, welche mit der Entwicklung der überseeischen Interessen zusammenfallen und die ihnen voranschreitend in Zukunft Gelegenheit geben würden, mit denjenigen Mächten wieder zusammen zu gehen, mit denen sie im vorigen Jahre zusammengegangen seien. Das ist eine Anspielung auf die Intervention mit Frankreich und Rußland gegen Japan. Also die Inszenierung einer überseeischen Dreieinigkeit neben der europäischen! Sollte etwa die überhäufte Vermehrung der Schiffe im Zusammenhang stehen mit diesem Projekt? Dann müßten uns doch mindestens die Grundlinien dieser Politik näher dargezogen werden. Vielleicht kann uns der Herr Staatssekretär für das Auswärtige Amt beruhigen, aber wer bürgt uns, daß er noch lange im Amt bleibt, und daß Herr Hollmann auch lange im Amt bleibt? (Weiterkeit.) In Marinefragen herrscht nicht bloß eine Doppel-, sondern eine Dreipolregierung: Marineministerium, Marinekabinett und Oberkommando. In militärischen Dingen herrscht noch immer eine gewisse Mächtigkeits-, eine prosaische Auffassung, in überseeischen Sachen aber hat der Chauvinismus keine Grenzen: zwar nicht im Volke, wie der Fall Haffs beweist, wo „Allddeutschland“ aufgerufen wurde für eine Vermehrung der Flotte — es sind nur 10 000 M. eingegeben — aber in einflussreichen höheren Kreisen. Wenn erst die Phantasie anfängt, sich mit dem Begriff Weltpolitik zu befassen, dann habe der Chauvinismus gar keine Grenzen.

Herr Freylen sagte im vorigen Jahre mit Recht: Die Weltpolitik ist im Staate dasselbe, was der Größenwahnsinn für den einzelnen Menschen. Meine Freunde sind angefaßt aller dieser Umstände zu dem Entschluß gekommen, in diesem Jahre überhaupt keine ersten Raten für den Marine-Etat zu bewilligen, weil es nicht gerechtfertigt ist, die Bewilligungen noch zu steigern, ehe nicht die in Angriff genommenen Bauten fertig sind. Dann würden wir etwa 20 Millionen von dem Extra-Ordinarium des Marine-Etats absehen.

Auch der Militäretat bedarf sehr erheblicher Beschränkungen; es geht nicht an, daß man in dieser Weise die Kerze zugleich an zwei Enden anzündet. Für Festungsbauten, für Militär-Eisenbahnen u. s. sind noch mehr als 100 Millionen bewilligte Kredite zur Verfügung; und hinter den ersten Raten in diesem Jahre für Bauten geforderten 9 Millionen stehen 79 Millionen weitere Raten. Man hat den Plan, für Kasernenbauten jährlich 20 Millionen auszugeben, ich rechne aber 26 Millionen heraus. Wenn wir, wie bei der Marine, auch beim Militäretat 20 Millionen abschreiben, sparen wir 40 Millionen.

Wenn uns so große Bewilligungen angenommen werden, müssen wir besonders drängen, daß die Zusagen des Reichslanzlers genau innegehalten werden. Am 27. Juni d. J. erklärte der Reichslanzler, es sei die Absicht der Regierung, das Verbot der Verbindung politischer Vereine miteinander aufzuheben. Was erleben wir aber in Preußen? Diese Absicht ist der Ausgangspunkt von Verhandlungen im preussischen Ministerium, die eine allgemeine Revision des Vereinsgesetzes bezwecken und dahin führen werden, Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes vorzuschlagen! Wenn das auch nicht nach dem Wortlaut der Erklärung des Reichslanzlers ausgeschlossen war, so hat ihn doch jeder dahin verstanden, daß mit der Aufhebung jenes Verbotes nicht eine Revision bezw. eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsgesetzes verbunden sein sollte. Wir hätten den Anspruch, daß uns ein Landtag ein Gesetz vorgelegt würde, daß nicht weiter enthielte als die Aufhebung jenes Verbots. Dazu bedurfte es nicht erst langer Erwägungen im Staatsministerium. Wenn Sie erst anfangen zu erwägen, werden weitere Freiheiten dabei nicht herauskommen. (Weiterkeit links.)

Bezüglich der Militär-Strafprozess-Ordnung mußte der Wechsel im Kriegsministerium Bestrebungen erwecken, denn Herr v. Bronsart hatte erklärt, wenn er sähe, daß er mit dieser Reform nicht durchdringe, würde er den Monarchen um seinen Abschied bitten. Nun haben wir aber gehört, daß Herr v. Goltz denselben Entwurf befürwortet. Die Frage ist also nicht akut geworden durch den Wechsel, aber die Thatsache besteht doch, daß über ein Jahr, nachdem der Entwurf im preussischen Ministerium angenommen ist, die Sache liegen gelassen ist. Am 18. Mai erklärte der Reichslanzler, man dürfe die Erwartung hegen, daß im Herbst die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die Militär-Strafprozess-Reform vorgelegt werde. In der letzten Zeit, etwa im Oktober, ist im Reichs-Anzeiger erklärt worden, daß die Militär-Strafprozess-Reform im Herbst dem Bundesrath vorgelegt werden sollte. Damals waren es die gesetzgebenden Körper, jetzt nur der Bundesrath. Damals mußte man annehmen, daß die Verhandlungen im Bundesrath so rasch erfolgen würden, daß noch im Herbst die Vorlage an den Reichstag käme. Das sieht so nicht aus. Der Herbst läuft kalendermäßig mit dem 21. Dezember ab, dann fängt der Winter an. (Weiterkeit.) Ob dann die Reform an den Reichstag kommt, scheint mir nicht sicher zu sein. Wir lesen, daß jetzt erst in Bayern Verhandlungen stattfinden, um sich über die Stellungnahme dazu schlüssig zu machen. Wenn früher Militärvorlagen an den Bundesrath gelangten, kamen sie nach 8 Tagen an den Reichstag; man hatte sich also wohl mit den Kontingentsstaaten vorher über die Grundsätze verständigt. Das nahm ich auch bei dieser Vorlage an und dachte, sie würde rasch aus dem Bundesrath herauskommen. Aber es kommt nicht so darauf an, daß die Vorlage an den Reichstag gelangt, sondern was an den Reichstag gelangt. Wir wissen nun, daß man die bayerische Regierung zu Kompromissen zu bestimmen sucht, damit diese gewisse Berichte ausspricht, während der Reichstag verlangt, daß gewisse Vorzüge des bayerischen Militär-Strafrechts für das Reich verallgemeinert werden. Selbst wenn die Vorlage an den Reichstag gelangt, scheint sie mir wenig aussichtsvoll zu sein. Bei der Justiznovelle haben wir so viel Unannehmbarkeiten-Erklärungen gehört, als wir selbst beim Fürsten Bismarck nicht gewohnt waren. Wenn auf diese Weise gegenüber der Ueberzeugung der Mehrheit im Reichstage jedesmal eine Unannehmbarkeits-Erklärung erfolgt, dann ist das in der That geeignet, das Interesse an diesen Verhandlungen außerordentlich abzuschwächen. (Sehr wahr! links.) Dann sind diese Verhandlungen nicht weiter als ein unverbindlicher Meinungsaustrausch; dann wird den Mitgliedern zugemuthet, im Interesse des Zustandekommens des Ganzen ein Opfer ihrer Ueberzeugung zu bringen, dann fördern diese Verhandlungen nicht das Ansehen des Reichstags, und das wirkt auch auf die Präsenz der Mitglieder des Hauses. Gegenwärtig ist die Mehrheit des Hauses selbst daran schuld, wenn sie so behandelt wird; sie hat sich viel entgegenkommender, viel konsequenter verhalten, als die Sache rechtfertigt. Wenn das „Unannehmbar“ vom Bundesrath seitens des Hauses ein entsprechendes Echo fände, würden wir uns viel besser gegenseitig verständigen. Ich halte das für durchaus erforderlich im Interesse der Erhaltung einer soliden Finanzwirtschaft. (Beifall links.)

Reichslanzler Fürst zu Hohenhausen: Ich habe nicht die Absicht, auf die Ausführungen des Herrn Vordredners über die Organisation des Militärkabinetts einzugehen. Auch kann ich ihm nicht auf das Gebiet der geschichtlichen Entwicklung des Militärkabinetts folgen. Ich will nur erklären, daß dem Reichslanzler die Verantwortung auch für die Maßregeln obliegt, welche sich auf die Verwaltung der Armee-Angelegenheiten nach Maßgabe des Etats beziehen. Ich kann versichern, daß, so lange ich die Ehre habe, mich in meiner gegenwärtigen Stellung zu befinden, keine Maßregel getroffen ist, welche ich nicht mit meiner Verantwortlichkeit hätte decken können. Glaubt daher der Herr Vordredner Anlaß zu haben, irgend eine Anordnung seiner Kritik zu unterziehen, so überlasse ich ihm, diese Kritik allein mir gegenüber geltend zu machen und davon abzugehen, andere Organe, welche wie das Militärkabinett des Kaisers eine parlamentarische Verantwortlichkeit nicht zu tragen haben, verantwortlich zu machen. Was den seit der letzten Tagung eingetretenen Wechsel in der Person des künftigen preussischen Kriegsministers anlangt, so ist die Ernennung und Entlassung der Minister nach preussischem Verfassungsrecht ausschließlich ein Recht der Krone. Ich habe in meiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident keinen Anstoß genommen, die Ordre gegenzusenden, durch welche das Aufhebungsgesetz des Ministers von Bronsart genehmigt wurde, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß der Minister nicht geneigt war, sein Gesuch zurückzuziehen.

Darauf verlegt das Haus die weitere Berathung. Persönlich bemerkt Abg. Haffs (natl.): Der Abg. Richter hat auf das Ergebnis einer Sammlung hingewiesen und angedeutet, daß ein Aufruf des Verbandes „Allddeutschland“ erfolgt sei. Ein solcher Aufruf ist nicht erfolgt, aber trotzdem habe ich die Erfahrung gemacht (Präf. v. Quol unterbricht den Redner und erklärt die Bemerkung nicht für persönlich), daß in weiten Kreisen des Volkes ein größeres Interesse für die Marine vorhanden ist (Präsident v. Quol erklärt wiederum die Bemerkung für nicht persönlich) als beim Abg. Richter. (Präsident v. Quol: Auch das war nicht persönlich. — Große Heiterkeit.)

Schluß nach 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Lesung des Etats.)

Tokales.

Turnverein Fichte. Recht gleichgiltig nahmen wir eine Karte in Empfang mit der Aufschrift: „Turnverein Fichte“, Berlin. I. Damen-Abtheilung. Einladungskarte zum Schauturnen am Sonntag, den 29. November 1896, in der Turnhalle Gräfrstr. 87/88.“ Was konnte das viel auf sich haben, das Schauturnen einer Damen-Abtheilung? Doch wir hielten das einem Fremde gebende Versprechen, gingen hin, und müssen erklären, daß uns eine Ueberraschung geboten wurde, so herzerfrischend, als ob plötzlich ein sonniger Frühlingsschwind in die kalte Novembererde hereingebrochen wäre. Gegenwärtig junge Mädchen — auch einige Frauen sind unter ihnen — marschiren unter dem Kommando ihres Lehrers, des Herrn Wohlschlag, in geschlossenem Schritt in den Saal. Sie tragen ein einfaches Turnkostüm von derber grauer Leinwand, welches an Hals und Schulter mit roten Bändern, deren Anordnung dem Geschmack jeder einzelnen überlassen bleibt, ansprechend besetzt ist. Das von einem Gürtel zusammen gehaltene Kleid läßt dem Körper völlig freie Bewegung, das Korsett ist selbstverständlich streng verboten. Es sind Arbeiterinnen, die wir vor uns sehen. Arbeiterinnen, die tagsüber an der Nähmaschine oder am Fabrikstuhl mit redlichem Fleiß ihre paar Pfennige zum Lebensunterhalt verdienen müssen, finden sich zweimal wöchentlich zusammen, um in systematischer Uebung ihren Körper zu fühlen. Die aufrechte Haltung der Turnerinnen, die in ihrer Ungezwungenheit wiederum nichts verräth, was an die Abgeschmacktheiten militärischen Drills erinnern könnte, zeigt uns, wie wohlthätig körperliche Uebungen wirken auch auf den weiblichen Körper.

Nach einer Ansprache des Lehrers beginnt das Schauturnen. Zuerst Stabübungen und Ringenturnen an Balken und Schankel. Man sieht den Damen an, mit welcher Freude sie ihrer Arbeit obliegen, und wie sie sich bemühen, sich und ihrem Lehrer Ehre zu machen. Dann kamen Gangübungen, deren Harmonie von einem aus sechszig Reblen freisch hervorgeschmetterten Marschliede begleitet ist. Nachdem

dies vorüber, machen sich einige Turnerinnen an einem befeideten Kasten zu schaffen und bald kommen Florets, Brustpanzer, Handschuhe und Fichtstange zum Vorschein. Wir folgen durch ein von einer Damenriege angeführtes Florettschreiten überbrückt werden, und der Lehrer glaubt, sich wegen dieser Neuerung vor dem Publikum durch eine Rede entschuldigen zu müssen. Sehr mit Unrecht. Das nach allen Regeln der Kunst angeführte Fichten beehrte uns, daß nicht allein Körperkraft und Gewandtheit, sondern auch Grazie und Eleganz die Früchte sind, die im Verein „Fichte“ von den Turnerinnen erwartet werden; die Sicherheit und Ruhe, mit der der Stößbogen von den Fichtlerinnen gehandhabt wurde, ließ erkennen, daß keine Paradekünste gemacht wurden, sondern daß planmäßige Ausbildung das Streben des Lehrers bleibt. Was weiter folgte: ein wiederum von frischem Gesang begleiteter Reigen, Keulenübungen und Ball-, sowie Seilriebe mäßigster Art, befruchtete uns auf neue in der Überzeugung, daß Arbeiterinnen in der Damen-Abteilung des „Turnvereins Fichte“ wohl aufgehoben sind und daß der Verein unter Berlins Proletarierinnen weit, weit mehr bekannt zu werden verdient, als es gegenwärtig noch der Fall ist. Wir wünschen ihm und vor allem seinen Damen-Abteilungen ein kräftiges Gedeihen!

Bei den **Arztkammer-Wahlen** für den Stadtkreis Berlin sind die von dem Geschäftsausschuß der Berliner ärztlichen Standesvereine und dem Vereine zur Einführung freier Arztwahl aufgestellten Kandidaten sämtlich durchgedrungen, bis auf zwei, deren Wahl im übrigen ebenfalls mehr als wahrscheinlich ist. Die Arztkammer dürfte somit auch in ihrer neuen Zusammensetzung vollkommen auf dem Boden der letzten Kammer stehen. Zum ersten Male haben sich jetzt auch die Militärärzte die Ausübung ihres Wahlrechts angelegen sein lassen.

Eine **Mertzin** hat die Orts-Krankenkasse für das Buchdruckergewerbe für die weiblichen Kassen-Mitglieder angestellt. Er ist dies Frau Dr. Czempin. Ein weiterer sehr bemerkenswerther Beschluß geht dahin, das erforderlich werdende Plombieren von Zähnen auf Kosten der Kasse vornehmen zu lassen.

Der **modernen Ausbeutungspraktik**, welche die Frau in das Joch des Kapitals spannt, sind wiederum einige junge Menschenleben zum Opfer gefallen. Am Montag Vormittag geriet in der Wohnung des Schlossers Rudolf Meyke, Steinmehlsstraße 54, ein Kinderwagen in Brand, welcher zu nahe der heißen Thür des Kachelofens stand. Das 9 Monate alte Kind Walter verbrannte, sein 2 1/2 Jahre alter Bruder erlitt. Bei letzterem wurden erfolglos Wiederbelebungsversuche angestellt.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich Ufedomstraße 32, wo ein Korb mit Wäsche in der Wohnstube und die Gardinen in Brand gerieten. Ein Mädchen von fünf Jahren und ein Knabe von zwei Jahren waren durch den Rauch bewußtlos geworden und wurden in Sicherheit gebracht, worauf die Samariter der Feuerwehr sie ins Leben zurückriefen.

In beiden Fällen waren die Eltern auf die Arbeit gegangen; um Brot zu schaffen, mußte außer dem Vater auch die Mutter aus dem Hause und ihr Liebster allen Gefahren des Zufalls überlassen. Die „göttliche Weltordnung“ wollte es so. Es ist nicht allein eine ökonomische, sondern auch eine sittliche Nothwendigkeit, diese Ordnung durch eine menschliche zu ersetzen.

Der **Feuersprechverkehr mit Sprottan** und Primkenau ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt je 1 M.

Die **Leiche** der Choristin Klara Schlicht, die sich, weil sie von ihrem Geliebten, einem Gardelieutenant verlassen worden war, mit Sublimatpillen vergiftet hat, ist von der Staatsanwaltschaft zur gerichtsarztlichen Besichtigung beschlagnahmt worden. Das Mädchen hat kurz vor seinem Tode den sonderbaren Wunsch geäußert, im Morgenrock beerdigt zu werden. Die Angehörigen der Verstorbenen glauben, daß aus ihrem Nachlaß Sachen verschwinden seien und wollen nicht an ihren freiwilligen Tod glauben.

Ein **neues Liebesdrama**. Gestern Mittag 12 Uhr verfuhr der Schuhmacher Paul Finger, 24 Jahre alt, Kreuzstr. 42 wohnhaft, die verehelichte Schloffer Bertha Paul geb. Böcker, 31 Jahre alt, in ihrer Wohnung Fürstendammstr. 8 zu tödten, indem er zwei Schüsse auf sie abgab und sie am Kopf erheblich verletzte. Er selbst schoß sich sodann in die rechte Schläfe. Beide wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo Finger hoffnungslos darniederliegt. Die Ursache der That scheint verschmähte Liebe zu sein.

Einen **Selbstmordversuch** hat Sonntag Abend in einem Zuge der Ringbahn zwischen Wilmersdorf und Schöneberg ein Nordmacher B. aus der Zietenstraße in Nizdorf verübt. Derselbe fuhr in einem Wagen III. Klasse auf der bezeichneten Strecke in dem um 10 Uhr 44 Minuten in Schöneberg eintreffenden Zuge und brachte sich kurz hinter Wilmersdorf einen Revolver-Schuß in die rechte Schläfengegend bei. Man fand ihn in Schöneberg bestimmungslos im Kopfe liegen und sorgte sofort für seine Unterbringung im Elisabeth-Krankenhaus.

Eine **Explosion** erfolgte gestern Nachmittag 2 Uhr in den Kellereien des Droguengeschäfts von Neumann Nachf., Alexanderstraße 70, Ecke Königsgraben. Zwei Hausdiener, die im Keller beschäftigt waren, wurden schwer verbrannt und konnten aus den raucherfüllten Räumen, da die Kellertreppe infolge des Qualms unpassierbar geworden war, nur dadurch gerettet werden, daß die Feuerwehr das Mauerwerk an den Kellereinführungen fortzuschlug und dadurch ihnen einen Weg schaffte. Die beiden Männer, namens Karl Trepp und Wilhelm Tschach, wurden von dem Arzt Dr. Salomon mit Hilfe der Samariter der Feuerwehr verbunden und in die Charite geschafft. Ein Straßenpassant, der im Augenblick der Explosion an der Kellertreppe vorüberging, wurde durch den starken Luftdruck auf den Straßenrand geworfen und erlitt einige erhebliche Verletzungen, ein Profschneidmesser wurde vom Bod gefaßt, ohne sich zu verletzen. In dem Hause, in welchem die Explosion stattfand, sowie in der Umgebung sind zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert worden. Das Feuer, das infolge der Explosion im Keller entstanden war, löschten die mit Rauchhelmen ausgerüsteten Feuerwehrleute schnell.

Vor den **Augen** von Zuschauern stürzte sich Sonntag Nachmittag um 3 1/2 Uhr ein Mann, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte, kopfüber in den Fluthgraben vor dem Schlesischen Thore. Der Mann ist ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Wegen **unrechtmäßigen Erwerbs** der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst ist, einem Soldatblatt zufolge, gegen den Sohn eines hiesigen bekannten Gastwirths und Inhabers eines Tanzsaales, Herrn R., die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der Sohn, welcher sein Militärljahr als Einjähriger bereits abgedient hat, ist verhaftet und befindet sich im Untersuchungsgefängnis in Moabit. Der junge R., welcher auf der Schule schwer fortkam, aber gern als Einjähriger diente hätte, fand in einem Bekannten, der bereits diese Berechtigung besaß, gegen Entgelt einen anscheinend nur allzubereiten Helfer zur Durchführung seines unehelichen Planes. Dieser absolvierte auf den Namen des jungen R. nochmals einen Kursus zur Vorbereitung und machte schließlich auf den Namen des R. das Examen. Im Besitze der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst trat nun der junge R. in ein Berliner Garde-Regiment ein und diente sein Militärljahr ab. Vor zwei Jahren wurde er vom Truppendienst entlassen; seit dieser Zeit fehlten, wie die Angehörigen des R. behaupten, die Helfer in dieser Sache die Schraube gegen ihn an und versuchten andauernde Erpressungen. Er ging schließlich auf einige

Zeit in das Ausland; bei seiner Rückkehr wurde er auf die gegen ihn erstattete Strafanzeige verhaftet.

Ein **neues Opfer des Ringbahn-Betriebes**. Am Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr wurde der etwa 39 Jahre alte, zur Bahnmeisterei 7 (Stralau-Mummelsburg) gehörende Bahnarbeiter Christian Spinuler, in Friedrichsberg wohnhaft, beim Begehen der Bahnstrecke am Stein 8 in der Nähe des Verlorenen Weges an der Schwarzen Brücke vom Nordringzuge 1357 überfahren und sofort getödtet.

Das **Dienstmädchen** Viktoria Gazelachowski, welches bei einem Schlächtermeister in der Klosterstraße in Dienst war, ist als Polizeigefangene in die Charite geschafft worden. Sie wird beschuldigt, ein Kind, welches sie am Sonntag gebar, getödtet zu haben.

Die **brennende Petroleumlampe** hat in der Nacht zum Sonntag ein Opfer gefordert. In der Stettinerstr. 54 bewohnte in dem kleinen Seitengebäude der 40 Jahre alte Schuhmacher Hermann Schwaninger ganz allein eine kleine Stube. Am Sonntagabend war er angetrunken nach Hause gekommen und hatte, als er zu Bett ging, die Hängelampe brennen lassen. Als am Sonntag Mittag die Fenster an seiner zu ebener Erde gelegenen Stube austauten, sah man, daß das ganze Zimmer verqualmt war. Hausbewohner erbrachen die Thür und fanden Schwaninger in einem unburchbringlichen Qualm todt im Bette liegen. Die Lampe, die an der Decke hing, war ausgebrannt, der Zylinder gesprungen. Die Polizei hat Schwaningers Leiche beschlagnahmt und seine Stube geschlossen.

„**Verschwinden**“ ist der Gastwirth Wilhelm Wagner, Große Frankfurtstr. 128. Als „verschwinden“ gemeldet wird ferner ein Redakteur Karl Schmidt aus Halensee.

Ein **schwerer Einbruchdiebstahl**, dessen Thäter sich nebenbei durch rohe Zerstückungsbemerkbar machten, hat am Sonnabend in der Friedenstr. 5 stattgefunden. Als der dort im Erdgeschoß wohnende, in der Großschuldschen Wäldschlerei angestellte Meister M. mittags in seine Wohnung zurückkehrte, fand er die Flurthür erbrochen und die Wohnung in einem unbeschreiblichen Zustand vor. Tische, Stühle, Schränke, kurzum das gesamte Mobiliar war durch Beiliebe zertrümmert und unbrauchbar gemacht. Die Betten und Wäschegegenstände hatten die Einbrecher zerstückelt und die gesamte Garderobe, sowie alle Werthgegenstände gestohlen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Raubact handelt.

Aus dem **Polizeibericht vom 30. November**. Am Sonnabend Abend wurde in der Elbasserstraße der Sohn des Kaufmanns Springlee durch den ohne Rücksicht auf die Fußgänger in schärfer Gangart die Straße entlang fahrenden Schlächtermeister R. umgestoßen, anscheinend jedoch nicht erheblich verletzt. — Im Laufe des Tages fanden fünf unbedeutende Feuer statt, von denen nur eins durch Vernichtung von Boaren in dem Schuhmacherladen Linkstraße 45 größeren Schaden anrichtete. — Beim Festlegen des Vorderraumes eines durch die Brunnenstraße fahrenden Pferdeabwagens der Linie Kreuzberg-Demmlerstraße fiel nachmittags der Maschinenmeister Wilhelm Bogen hin, gerieth unter die Räder und erlitt eine erhebliche Quetschung der Leber des linken Fußes. Er erhielt auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße einen Verband. — Heute Nacht verlor das 24jährige Dienstmädchen Hedwig St. sich in der Wohnung des Schlächtermeisters B. in der Adniederstraße, bei dem sie sich besuchsweise aufhielt, zu erhängen. Sie wurde jedoch noch lebend aus ihrer Lage befreit und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Heute früh wurde auf dem Kohlenplatze von Pardau u. Höper auf dem Leichter Güterbahnhofe die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden und nach dem Schauhause gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Aus der **Volksschule**. Die „höheren Töchter“ sollen bekanntlich in den oberen Schulklassen künftig mit „Sie“ angedredet werden, damit das Ehrgefühl der jungen Damen gestärkt werde. Anders steht es in den Volksschulen aus, wie folgender Fall zeigt, der uns aus Weisensee berichtet wird: Die 13jährige Marie Tengler, Schülerin der zweiten Klasse der Gemeindevolksschule in der Langhansstraße, kam am Montag aus der Schule mit geschwollenem Gesicht nach Hause und klagte gleichzeitig über Schmerzen im Kopf und im Rücken, welche ihrer Angabe nach von Mißhandlungen, die sie durch den Lehrer Böckerling erlitten, herrührten. Derselbe sah sich veranlaßt, weil folgen den Angaben der Schülerin L., eine Schülerin wegen Unachtsamkeit in den Rücken zu knuffen. Hierdurch erschreckt, stieß die Marie L. wie sie angibt, gleichzeitig mit einer andern Schülerin ein unwillkürliches Ach! aus. Dieser Schreckenslaut erregte den Zorn des Lehrers derart, daß er beiden Schülerinnen eine Anzahl Püffe in den Rücken versetzte. Marie L. will deren etwa zwölf erhalten haben, die Mitschülerin kam etwas glimpflicher davon. Dann packte der Lehrer die Mädchen an den Ohren und stieß sie verschiedne Male mit den Köpfen aneinander, worauf er ihnen zum Schluß noch einige Stöße mit dem Kohrstock verabreichte. Marie L. konnte infolgedessen während der ganzen Woche die Schule nicht besuchen und klagte auch am Sonnabend noch über Schmerzen. Ihre Gefährtin nahm noch zwei Tage am Unterricht theil mußte dann aber gleichfalls wegen Kopf- und Rückenschmerzen zu Hause bleiben.

Kürzlich verkündete die Ordnungspresse die folgende, angeblich vom Ober-Verwaltungsgericht gefällte Entscheidung in bezug auf das Zuchtigungsrecht der Lehrer: „Der Lehrer ist zur Vornahme empfindlicher körperlicher Zuchtigungen“, und zwar bei Schülern einer andern, wie auch bei solchen seiner eigenen Klasse absolut berechtigt. Da das Verhalten der Schüler auch außerhalb der Schule der Schulzucht unterliegt, so darf die Zuchtigung seitens des Lehrers auch außerhalb der Schulkollegien stattfinden. Dasselbe Recht hat auch der Geistliche in seiner Eigenschaft als Religionslehrer. Die Schulzucht kann nur dann Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden, wenn eine merklige oder wesentliche Verletzung des Schülers stattgefunden hat. Als merklige oder wesentliche Verletzung des Schülers gilt aber nur eine solche, welche Gesundheit und Leben des Schülers „nachweislich“ gefährdet. Blut-entziehungen, blaue Flecken und Striemen gehören nicht hierzu; denn jede empfindliche Strafe läßt solche Erscheinungen zurück.“

Wir haben diese wohl in jedem anderen Kulturstaate unmögliche Entscheidung u. a. im Sächsischen „Volk“ abgedruckt gefunden. Es ist dies dasselbe Blatt, welches die Infamie des, den vom Bräutigam verübten Todtschlag als „Ehren-Notwehr des Königs“ zu verherrlichen. Die das Recht auf Prügelpädagogik formulierende Gerichtsentscheidung wird von dem Organ für pöfliche Nothheit als „eine sehr wünschenswerthe Festlegung des Zuchtigungsrechts“ bezeichnet. Wenn gewisse, nicht auf der Höhe der Bildung stehende Elemente unter den Lehrern in „christlichen“ Blättern derartig die Prügelpädagogik verherrlichen sehen, so müssen sie sich geradezu angefaßt fühlen, Thaten, wie die aus Weisensee berichteten, zu begehen.

Kunst und Wissenschaft.

Bei dem **Orgelwettbewerb** in der Marienkirche am nächsten Mittwoch (Mittags 12 Uhr) werden mitwirken: Fräulein Helene Vinsener, Frau Emilie Jesche und Herr Organist Friedrich Finke aus Spandau. Der Eintritt ist frei.

Zulassung der Frauen zu den höchsten Kunstschulen in Frankreich. Die französische Kammer hat einen Votum von

9900 Fr. (7920 M.) in das Budget der schönen Künste eingeschoben, um den Besuch der Ecole des Beaux Arts (Schule der schönen Künste) für Schülerinnen zu ermöglichen.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Zu dem glänzenden Ausfall der Wahl in Gräfzath bei Solingen, wo unsere Parteigenossen drei Mandate gewannen, wird uns von dort noch mitgeteilt, daß jetzt die dritte Abtheilung ganz in unseren Händen ist. Ob die Solinger Genossen nicht bald ebenfalls einsehen werden, daß nur Einigkeit stark macht?

Der glänzende Sieg unserer Parteigenossen in Ronneburg hat die gesammten Gegner mit Angst und Schrecken erfüllt und Hals über Kopf wollen sie jetzt eine Aenderung des Wahlrechts herbeiführen, damit den „Nothen“ ferner der Eintritt in das gewählte Stadtparlament verschlossen ist. Dieser Konjunktionschritt am Freitag vollzogen werden, ist aber wegen eingetretener Umstände auf Sonnabend Abend vertagt worden.

In Langenberg (Weich j. L.) sind unter sechs Gemeindevorordneten fünf Sozialdemokraten gewählt.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Chemnitz betrug unsere höchste Stimmzahl 3882, gegen die Wahl im vorigen Jahre ein Mehr von 528 Stimmen. Außer diesem beträchtlichen Zuwachs haben unsere Genossen noch erreicht, daß sämtliche Erfahrmänner Sozialdemokraten sind. Treten also im Stadtverordneten-Kollegium Vorkämpfer ein, so werden sie durch Angehörige unserer Partei besetzt.

In Dresden besteht die Ungeheuerlichkeit, daß die Stimmensammlung geheim erfolgt. Infolgedessen ist nicht zu ermitteln, wie viel bei der jetzigen Stadtverordnetenwahl, wo wieder die Gegner fliegten, unsere Genossen Stimmen erhalten haben.

Von der **Agitation**. In Plauen im Voglande sprach am Sonntag Vormittag Reichstags-Abgeordneter Liebknecht über die politische und ökonomische Lage, und am Nachmittag hielt er in Adorf zum Stiftungsfest des dortigen Arbeitervereins einen längeren Vortrag über die Ziele der Arbeiterbewegung. Auch Genossen aus den umliegenden zum theil weit entfernten Orten hatten sich bei den Versammlungen eingefunden, und Liebknecht benutzte die Gelegenheit, um die Nothwendigkeit einer festen Partei-Organisation zu betonen, eine Nothwendigkeit, die um so brennender sei, als wir auf baldige Neuwahlen gefaßt sein müßten.

In Rauen sprach kürzlich in einer Volksversammlung Genosse August Schröder aus Spandau unter lebhaftem Beifall über das Thema: Die nächste Reichstagswahl. Genosse Willenstedt berichtete dann über die Kreis-Konferenz in Belien. Als Vertrauensmann wurde wieder Genosse C. Kieper gewählt.

Aus **Nachen**. Genosse Josef Deben, Alexanderstr. 109, ist als Vertrauensperson wiedergewählt. Ferner ist eine aus drei Genossen bestehende Preßkommission eingesetzt, die u. a. die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß das „Nachener Volksblatt“ von Neujahr an dreimal, anstatt zweimal wöchentlich wie bisher, herausgegeben wird. Der jetzige Zeitpunkt scheint für diese an sich ja gewiß recht wünschenswerthe Vergrößerung des Blattes nicht gerade gut gewählt zu sein, denn, wie man uns schreibt, liegen in Nachen und Umgebung circa 2000 Webstühle still, wodurch etwa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen schon seit Wochen arbeitslos sind. Aussicht auf Besserung des Geschäftes sei vorläufig gar nicht vorhanden.

Aus **Solingen**. Ueber den Verlauf der letzten Kreis-Konferenz wird uns vom Schriftführer derselben folgendes geschrieben: Es waren 26 Delegirte anwesend. Von den Anhängern der „Arbeiterstimme“ wurden 12 Mandate angedacht, weil die Inhaber derselben nicht politisch organisiert seien; da sie jedoch den sozialdemokratischen Arbeitervereinen in Solingen und Hülshof angehörten, wurden die Mandate als gültig anerkannt. Die Abrechnung des Kreis-Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 748,88 M., eine Ausgabe von 718,86 M. und einen Bestand von 29,82 M. Als Kreis-Vertrauensmann wurden gewählt Genosse Ernst Bergmann in Solingen, als Stellvertreter Genosse Otto Hoppe in Hülshof-Kaiternberg. Nach langer, oft sehr persönlich gefallener Debatte wurden folgende Anträge aus Obligs angenommen:

I. Die Parteiversammlung von Obligs erklärt sich gegen den Beschluß der letzten Kreis-Parteiversammlung in bezug auf Wahl der Preßkommission und zwar aus folgenden Gründen: Die erste Kreis-Konferenz des Kreises Solingen hat den Beschluß gefaßt, eine Preßkommission zu wählen, und hat diese Wahl (also der Mitglieder der Preßkommission) alljährlich in einer öffentlichen Kreis-Parteiversammlung stattfinden lassen. Die letzte Kreis-Parteiversammlung hat ohne weiteres den Konferenzbeschluß beiseite geschoben und einen Antrag angenommen, wonach die Mitglieder der Preßkommission in örtlichen Parteiversammlungen zu wählen seien. Die Parteiversammlung von Obligs ist nun der Ansicht, daß die Kreis-Parteiversammlung nicht das Recht hatte ohne Konferenzbeschluß eine derartige Aenderung einzutreten zu lassen und hält die heutige Parteiversammlung nach wie vor an dem Beschluß der Konferenz fest und bezieht darauf, daß, so lange der Konferenzbeschluß nicht von der Konferenz umgewandelt, auch nur die Kreis-Parteiversammlung die Mitglieder der Preßkommission wählen kann.

II. Die Parteiversammlung von Obligs beantragt, die Kreis-Konferenz wolle den Beschluß fassen, daß es den Kreis-Parteiversammlungen untergeordnet sei, über andere Punkte als die auf der vorher auf der Tagesordnung stehenden und bekannt gegebenen zu verhandeln.

III. Die „Bergische Arbeiterstimme“ hat mit dem Schreiben der Artikel-Serie: „Solinger Geschichten“ aufzuhören. Endlich wurde noch folgender, von Solingen gestellter Antrag angenommen: Die Kreis-Konferenz erklärt: die „Berg. Arbeiterstimme“ ist so lange nicht mehr als Partei-Organ anzuerkennen, bis sie die falschen Anschuldigungen gegen den Abgeordneten Schumacher (als: Reichlinger's Antrag etc.) die dessen Unmündigkeitserklärung durch den Solinger Provinzial-Parteitag veranlassen, zurückgenommen hat.

Aus **New-York** wird uns geschrieben: Da binnen kurzem die von der Legislatur des Staates New-York beschlossene Vereinigung der Städte New-York, Brooklyn und Long Island City nebst angrenzenden Distrikten zu einem Gemeinwesen vor sich gehen wird, so macht sich dort eine Reorganisation der Partei nöthig. Das neue „Groß-New-York“ wird mit seiner Einwohnerzahl (ca. 8 Millionen) diejenige von 41 der 45 Staaten der Union übertreffen. Es ist in Aussicht genommen, bei der Neuorganisation auch auf Maßnahmen bedacht zu nehmen, um mit (sowohl propagandistischem als auch praktischem) Erfolg an den Munizipalwahlen theilnehmen zu können.

Von der Parteilitung ist jetzt das Resultat der Urabstimmung über die Beschlüsse bekannt gemacht, die auf der Parteikonvention im Juli gefaßt worden sind. Als besonders bemerkenswerth ist davon anzuführen, daß die Indossierung der „Socialist Trade and Labor Alliance“ gegen nur 64 Stimmen gutgeheißen wurde, ebenso gegen nur 85 Stimmen der Beschluß, wonach das Exekutivkomitee alle Mittel anwenden soll, um die tägliche Herausgabe des englischen Parteiorgans „The People“ zu bewerkstelligen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Fein, Redakteur des „Lübecker Volksboten“, hat die 15monatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Preßvergehen auferlegt ist. Die wärmsten Wünsche aller Genossen, daß er die überaus harte Strafe überleben möge, ohne an seiner Gesundheit unheilbaren Schaden zu erleiden, begleiten ihn in den Kerker.

Das Landgericht in Hagen sprach den Genossen Theiß

von der Anklage frei, durch eine Mittheilung in Nr. 188 der „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg.“ den Polizei-Sergeanten Dide in Schwerte beleidigt zu haben. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis als im wesentlichen geliefert an.

Der Stadtrath von Zwickau i. S. verbot eine Versammlung, weil dort Redakteur Rosenow aus Chemnitz sprechen sollte.

Gewerkschaftliches.

Zuzug von Arbeitern nach den deutschen Seestädten ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegungen aufs strengste fernzuhalten!

Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (N. Willarg, Berlin S.O., Annenstr. 16)

Von Berlin aus sollen sich größere Truppen Arbeitsloser, die im Winter die Hölle und Wärmehallen bevölkern, aufgemacht haben, um in Hamburg Arbeit anzunehmen. Sie müßten, weil vollkommen mittellos, zu Fuß gehen und unterwegs betteln. Viele würden ihr Ziel schon wegen des Gefängnisses nicht erreichen.

Diese tüchtige Geschichte wird in der „Germania“ veröffentlicht. Für den Fall, daß es sich um mehr als um die frivole Esindung eines zeilenhungrigen Reporters handelt, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeit in den Häfen eine der schwersten ist, die es giebt. Sie stellt an den Körper die außerordentlichsten Anforderungen; die durch Entbehrungen geschwächten Arbeitslosen sind deshalb der Hafenarbeit schon aus diesem Grunde gar nicht gewachsen. Lasse sich also kein Arbeitsloser durch die Noth verlocken, nach Hamburg zu gehen. Er würde dort bei der schweren, ungewohnten Hafenarbeit einfach seine Gesundheit zu Grunde richten und überdies von den Hamburger Proben erbarmungslos auf Pflaster geworden werden, sobald diese von dort kräftigere Leute bekommen.

Sehr nöthig ist es, daß die organisierten Arbeiter jetzt in allen Städten die Herbergen besuchen, um dort die Zugereisten zu warnen, sich etwa für den Hamburger Kapitalmoloch zu opfern.

Zum Streik in Lübeck. Unsere Mittheilung, daß der Vorsitzende des Lübecker Ortsvereins der Klempner, Fleischmann, sich nach Berlin begeben habe, um hier Streikbrecher anzuwerben, hat am Freitag in der Sitzung des Berliner Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter ein Mitglied zu einer Anfrage an den Vorstand veranlaßt. Die Anfrage wurde dahin beantwortet, daß Herr Fleischmann sich hauptsächlich in Berlin seines Auftrags zu entledigen suchte, angeblich aber keine Arbeiter bekommen hat. Wedrigens wurde das Auftreten des Herrn Fleischmann allgemein gemißbilligt und damit entschuldigt, daß der Lübecker Gewerkschaftsverein der Klempner erst seit 2 oder 3 Monaten bestehe, Herr Fleischmann also vielleicht über die Prinzipien des Gewerkschaftsverbandes in Streikfragen nicht orientirt sei.

Vom Vorsitzenden einer Gewerkschaft — welche Stellung Herr Fleischmann einnimmt — sollte man aber doch erwarten, daß er weiß, wie er sich bei Arbeits Einstellungen zu verhalten hat. Und was sagen die Mitglieder zu den Ansichten der Generalsekretäre Mach und Leitner?

Arbeiter, Genossen!

Der schon sechs Wochen andauernde Streik des Emailierwerks Carl Thiel u. Söhne zu Lübeck ist noch immer nicht beendet. Wie bekannt, ist der Ausstand unter wichtigen Vorwänden von der Fabrikleitung provoziert worden in der absichtsvollen Absicht, alle für die Organisation agitatorisch thätigen Arbeiter abzuschreiben. Die Herren hatten offenbar geglaubt, leichtes Spiel mit ihren Vätern zu haben, mußten aber zu ihrem großen Leidwesen erfahren, daß sie sich irren. Die Ausständigen haben sich bisher trotz der unerbürdeten Provocationen musterhaft gehalten, während die Fabrikanten, denen zwar ein lösspieliger, aber werthvoller großer Trost hundert zusammengewürfelter Kucharbeiter zur Verfügung steht, trotz ihrer hochtrabenden gegentheiligen Andeutungen auf dem letzten Loche pfeifen. Gätten sie nicht gewissermaßen ihre Kapitalistenehre verpfändet und verträten sie nicht gleichzeitig das gemeinsame Interesse aller hiesigen Metallindustriellen, die diese Bewegung als eine Art Kraftprobe betrachten, sie würden längst nachgegeben haben. So aber wehren sie sich mit dem Muth der Verzweiflung bis auf das äußerste.

Jedoch deuten alle Anzeichen darauf hin, daß ihnen nachgerade der Muth ausgeht. Wenn nicht alles trägt, dürfte bald die Entscheidung fallen. Deshalb ist es gerade jetzt doppelt nöthig, daß der Zuzug ferngehalten wird; vor allem dürfen Metallarbeiter aller Branchen sich nicht verlocken lassen, bei Thiel in Arbeit zu treten, denn gerade der Mangel an solchen macht den Herren am meisten Herzbeulen. Das richtigste ist, wenn die Angehörigen dieses Berufes einweilen Lübeck überhaupt meiden.

Aber auch pekuniäre Unterstützung ist noch immer dringend erforderlich. Denn es sind noch 311 Streikende zu unterstützen, darunter 80 Frauen und Mädchen. Verbeirathet sind 196, sie haben 363 Kinder zu ernähren.

Arbeiter, Genossen! Es handelt sich hier um Sein oder Nichtsein blühender, leistungsfähiger Organisationen. Ihr Sieg ist Euer Sieg. Deshalb beweist auch und gegenüber Eurer heiß bewährte Solidarität!!!

Das Streikkomitee:

J. A.: H. Schweizer in Lübeck, Lederstr. 8.
Alle Anfragen und Geldsendungen sind zu richten an Ernst Bendsfeldt, Lederstr. 8.
Alle Parteiblätter und Gewerkschaftsorgane werden um Abdruck gebeten.

Der Arbeiterstreik in Oldenburg hat infolge des Zustromens von Streikbrechern aus Ostdeutschland, insbesondere aus Schlesien und Brandenburg, seinen Zweck nicht erreicht. Maurer, die ihr Gewerbe ordentlich verstehen, waren die Streikbrecher natürlich nicht. Die meisten mußten ihr Bündel schnüren, als die Oldenburger die Arbeit wieder aufnehmen, und jetzt ist die Zahl derer, die noch in Oldenburg sind, bereits unter zehn gesunken. So schreibt ein bürgerliches Blatt, der in Varel erscheinende „Gemeinnützige“, der als hauptsächlichste Ursache des schnellen Abgangs der Streikbrecher ausdrücklich angiebt, daß sie hinsichtlich der technischen Tüchtigkeit den Oldenburgern nicht gewachsen waren. Dennoch haben die Oldenburger Baumunternehmer die Nichttduner beschäftigt; da werden die Bauten schon zusammengepflückt worden sein!

Diejenigen Arbeiter, die anstatt im Anschluß und in der Treue zur Gewerkschaft, in der Streikbrecherei ihr Heil erblicken, können an dem Schicksal ihrer Gefinnungsgenossen beim Oldenburger Arbeiterstreik wieder sehen, daß ihre Rechnung ein großes Loch hat. So hoch willkommen der Streikbrecher dem Unternehmer in der Noth ist, er ist der erste, der auf die Straße flieht, wenn wieder Friede geschlossen wurde.

Der Streik der Böttcher der Fabrik von R. Wehrhahn u. Co. in Harzburg hat damit geendet, daß der Firmeninhaber zwar zwei Arbeiter nicht wieder einstellt, jedoch folgende Forderungen anerkennt: 25 pCt. Lohnerböschung, wöchentliche Lohnzahlung, Freigabe des 1. Mai, Wegfall der Kündigungfrist.

Soziales.

Von der am 2. Dezember 1895 für Preußen stattgehabten Volkszählung liegt jetzt in der „Statist. Corr.“ das endgültige Resultat vor. Während am 1. Dezember 1890 im

preussischen Staatsgebiet 29 957 867 ortsanwesende Personen gezählt wurden, waren es bei der letzten Zählung 31 855 123. Die Bevölkerung hat also seit 1890 um 63,35 auf Tausend zugenommen. Die Bevölkerung der inwärtigen mit Preußen vereinigten Insel Helgoland ist da selbstverständlich mitgerechnet. Die durchschnittliche jährliche Volkszunahme betrug somit 12,36 auf Tausend. Das ist die höchste Ziffer seit Errichtung des norddeutschen Bundes. Die durchschnittliche jährliche Volkszunahme betrug nämlich

in der Zeit	
vom	bis zum
3. Dezember 1867	1. Dezember 1871: 6,9
1. „ 1871	1. „ 1875: 10,5
1. „ 1875	1. „ 1880: 11,7
1. „ 1880	1. „ 1885: 7,3
1. „ 1885	1. „ 1890: 11,2

Die männliche Bevölkerung hat stärker zugenommen als die weibliche. Der zahlenmäßige Ueberschuß des weiblichen über das männliche Geschlecht hat sich zwar während des letzten Jahrzehntes noch um 13 088 Personen erhöht, aber im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung erheblich vermindert. Männliche Personen zählt man 15 645 439, weibliche 16 209 684. Dem Religionsbekenntniß nach gab es am 2. Dezember 1895 in Preußen 20 351 448 Evangelische, 10 999 505 Katholiken, 119 245 andere Christen (Brüdergemeinden, Deutsch-Katholische, Baptisten, Freireligiöse etc.) 379 716 Juden und 5209 anderen oder unbekanntem Bekenntnisse. Die Zahl der Evangelischen hat etwas weniger als die der Katholiken zugenommen; wie die „Statistische Korrespondenz“ bemerkt, wohl hauptsächlich durch den zwischen Nord- und Süddeutschland durch Wanderungen bewirkten Bevölkerungsaustausch. Sehr hoch war die Zunahme bei den „anderen“ Christen, sehr niedrig bei den Juden. Reichs-Ausländer wurden gezählt 205 818, davon 27 087 im Stadtkreis Berlin, und 54 813 in der Provinz Rheinland. Ihre Zahl ist seit 1890 stark angewachsen.

Die volkreichste Provinz ist Rheinland mit 5 106 002 Personen, dann folgt Schlesien mit 4 415 309. Im Stadtkreis Berlin und in der Provinz Brandenburg zusammen wurden 4 498 999 Personen gezählt. An der Spitze der Regierungsbezirke steht Düsseldorf mit 2 191 359 ortsanwesenden Personen, dann folgt Oppeln mit 1 710 181, an dritter Stelle steht der Stadtkreis Berlin mit 1 677 304 Personen. —

Krankenkassenwesen. Das preussische Handelsministerium hat der Rathenower Sozial-Kranken- und Sterbefasse aller gewerblichen Arbeiter (G. H.), der Allgemeinen Unterstützungs- und Krankenkasse (G. H.) in Epplein i. Lannus, der Kranken- und Sterbefasse der vereinigten Kleidermacher-Meister, Gesellen und Lehrlinge (G. H.) in Varmen, der Kranken- und Sterbefasse (G. H.) zu Brandobendorf, dem Unterstützungsverein der Zigarrenarbeiter zu Osnabrück, der Kranken- und Begräbniskasse der Fabrik- und Handarbeiter zu Briesen (G. H.), der Allgemeinen Schuhmacher-Krankenkasse (G. H.) in Wiefelsfeld und der Kranken- und Sterbefasse der löblichen Schiffesimergesellen-Brüderschaft zu Danzig (G. H.) die Versicherung ertheilt, daß sie den Anforderungen des § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Der Stand des englischen Arbeitsmarktes im Oktober. In den 111 Gewerkschaften mit zusammen 437 371 Mitgliedern, die für den Monat Oktober Berichte aus Arbeitsdepartement des englischen Handelsministeriums ein sandten, wurden am Ende des Monats 14 582 oder 3,3 pCt. Arbeitslose gezählt. Das giebt, verglichen mit dem Monat September, eine Abnahme der Arbeitslosen um 0,8 pCt.; im Oktober 1895 hatten 88 Gewerkschaften mit 395 991 Mitgliedern 4,9 pCt. als arbeitslos angegeben.

Die Zahl der im Oktober ausgebrochenen Streiks betrug 55, wovon 11 000 Personen berührt wurden gegen 51 Streiks mit 9000 Personen im September und 77 Streiks mit 18 000 Personen im Oktober 1895. Fünfzehn betrafen die Maschinen- und Schiffbau-Branche, je 8 die Bau-, Bergbau-, Steinbearbeitungs- und Textilindustrie; die verschiedenen Metallbranchen waren mit 5, die Bekleidungsindustrie mit 3, verschiedene andere Gruppen mit 8 Streiks beteiligt. — Von den 55 alten und neuen Streitfällen, die im Oktober als erledigt gemeldet wurden, sind 21 Fälle mit 4700 Personen zu gunsten der Arbeiter, 17 mit 3100 Personen zu gunsten der Unternehmer beendet; 10 Fälle mit 1100 Personen kamen durch Kompromiß zur Beendigung, während das Resultat von 7 Streiks mit 6100 Personen noch nicht festgestellt werden konnte.

Von einer Veränderung der Lohnhöhe wurden 12 000 Personen berührt, davon hatten 11 800 eine Erhöhung des Lohnes von durchschnittlich 1,58 M. pro Kopf und Woche zu verzeichnen; 167 Personen erlitten eine Lohnreduktion. Die Lohnerböschungen kommen zu drei Vierteln der Maschinen- und Schiffbau-Industrie zu gute. Die Löhne der Landarbeiter in Norfolk stiegen um 1 Schilling wöchentlich. Die übergroße Mehrzahl der Lohnerböschungen wurde ohne Streik durch Unterhandlungen erreicht.

Veränderungen der Arbeitszeit betrafen 3823 Personen, von denen 3623 eine Verkürzung um durchschnittlich 2,77 Stunden wöchentlich erlangten, während 200 sich eine Verlängerung um 2 Stunden wöchentlich gefallen lassen mußten.

Soziale Reaktspflege.

Im Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts theilte der Vorsitzende Assessor v. Schulz zur Frage, ob die bei Gastwirthen etc. beschäftigten Hausdiener, Köchinnen und ähnliche Angehörige als Gewerbegehilfen oder als Diensthöfen anzusehen sind, mit, daß die nachgesuchte Entscheidung der Minister für Handel und Gewerbe und des Innern der Ansicht des Gewerbegerichts entsprechend ausgefallen sei. Diese Frage lasse sich, so heiße es in der Entscheidung, im allgemeinen nicht beantworten. Doch ergebe die Praxis, daß die Hausdiener, Köchinnen und ähnliche Angehörige der Restaurateure etc. fast stets im Gewerbebetriebe thätig sind, und daher auch als Gewerbegehilfen anzusehen sind. Diese Auffassung habe nur dann nicht stattzufinden, wenn erwähnte Gehilfen vorwiegend im privaten Hausdienst thätig sind. In den allermeisten Fällen unterliegen daher obgenannte Personen der Gewerbegerichtsbarkeit. Bedenklich ist in dieser Angelegenheit, daß die Köchinnen, Hausdiener und ähnliche Angehörige der Gastwirthe etc. fortan nicht mehr den Bestimmungen der Besinde-Ordnung unterliegen. In dieser nunmehr endgiltig im Sinne des Gewerbegerichts entschiedenen Frage ist es, wie erinnerlich, mehrfach zu Missbilligungen zwischen Polizeipräsidium und Gewerbegericht gekommen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beleidigung der Gendarmenbrigade war, wie bereits mitgeteilt, Genosse Jahn wegen einer angeblichen Neuerung in einer Versammlung am 8. August d. J. in Baum-schulenweg angeklagt und auch vom Schöffengericht des Amtsgerichts II Berlin zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Die gegen dieses Urtheil eingelegte Berufung hatte aber keinen Erfolg, da im Termin am 30. November vor der Strafkammer des Landgerichts II, Berlin (Vorsitzender Landgerichts-direktor Marschkeim) das Urtheil erster Instanz bestätigt wurde. Als Zeugen waren erschienen der Gendarm Thinius, Drechsler Teutsch, Student Krebbs und Metallarbeiter Pletsch. Während der Gendarm auf seine Behauptung bestand, daß Jahn die Neuerung gethan haben sollte, bestritten Jahn und die übrigen Zeugen ganz entschieden, daß diese Neuerung auch nur dem Sinne nach gemacht worden sei. Rechtsanwält Dr. Herzfeld beantragte Einstellung des Verfahrens, da der Chef der Gendarmenbrigade die Klage

zur Einsicht auch verlangt und auch keinen Strafantrag gestellt habe, wozu die erforderliche Zeit bereits verstrichen sei. Falls diesem Antrage nicht stattgegeben werde, beantragt der Verteidiger event. Beweisführung durch Vorlegung der Notizen, die sich der Gendarm gemacht haben will, andernfalls aber gänzliche Freisprechung. Für Staatsanwalt und Richter schienen aber die Angaben des Gendarmen, besonders für den Staatsanwalt unzweifelhaft, als wahrheitsgemäß, da wegen der vielen Vorstrafen Jahn's wegen „Beleidigung“ ihm wenigstens dem Sinne nach auch diese Beleidigung zuzutrauen sei. Eine direkte Beleidigung sei aber geschickterweise von ihm als geübtem Redner vermieden worden, weil er aus Erfahrung wisse, daß er sich dadurch strafbar mache. Aus all diesen Gründen habe der Gerichtshof die Anträge des Angeklagten und Verteidigers abgelehnt und sich auch nicht veranlaßt gesehen, auf eine Geldstrafe oder ein niedrigeres Strafmaß zu erkennen, vielmehr die Berufung verworfen. Jahn wird gegen dieses Urtheil noch Revision einlegen.

Die Geschworenen beim Schurkenricht des Landgerichts I hatten gestern einen schweren Tag. Es wurde ein Prozeß zu Ende geführt, der sich gegen zehn weibliche und einen männlichen Angeklagten handelte und wobei es sich um Verbrechen gegen das feimende Leben richtete. Die Geschworenen hatten nicht weniger als 60 Fragen zu präsen. Am Nachmittag glaubte man an nachgehender Stelle, daß der Schluß der Verhandlung erst nach Mitternacht zu erwarten sei.

Der Verleumdungsprozeß des Arbeitsausschusses der Berliner Gewerbe-Ausstellung gegen den Berliner Freireisenden-Korrespondenten der „Hamburger Nachrichten“, Eugen Reichel, hat durch außergerichtlichen Vergleich seinen Abschluß gefunden. Der Beklagte hat sich (Berl. Arb.-Ztg.) zufolge verpflichtet, 100 M. an das Asyl für Obdachlose zu zahlen, und hat eine Erklärung abgegeben, worin er alle seine gegen den Arbeitsausschuß gerichteten Verdächtigungen widerruft und sein Bedauern über seine That ausdrückt.

In Hannover wurde Sonnabend in dem Prozeß wegen des Einbruches des Thurmes der neuen Garnisonkirche im Sommer 1893 nach dreitägiger Verhandlung vor der Strafkammer, in deren Verlaufe 16 Sachverständige und 81 Zeugen vernommen worden waren, das Urtheil gefällt. Prof. Dehl-Charlottenburg wurde als Leiter des Baues dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf Grund des § 330 des Strafgesetzbuches (Verloß gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst) zu 500 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurtheilt. Die Mitangeklagten Maurermeister Müller und Bauarbeiter Feinze wurden freigesprochen. — Falls dies Urtheil Rechtskraft erlangt, so wird, dem „D. V. H.“ zufolge, das bisher suspendirte Verfahren wegen Zahlung der Kosten des Neubaus, welche etwa 60 000 M. betragen, wieder aufgenommen werden.

Vermischtes.

In Leipzig wurde am Sonntag in der siebenten Abendstunde ein Raubanfall auf den Barbierstube-Inhaber Leonard verübt. Durch die Hilferufe des Ueberfallenen aufmerksam gemacht, blieben die Straßenpassanten stehen. Der Thäter wurde dadurch verschont, von einem herbeigerufenen Schuttmann jedoch zwei Stunden später im Keller in einer Badewanne aufgefunden. Derselbe war nicht vernehmungsfähig, da er ansehend in den Keller geführt ist. Er wurde als ein 27jähriger Expedient aus Plogwitz bei Leipzig rekonnostrirt, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte.

In Ludwigshafen sind am Sonntag beim Schlittschuhlaufen drei junge Leute ertrunken.

In West brach Sonntag Morgen ein heftiges Feuer in dem Maschinenraum des Transportschiffs „Drome“ aus, an dessen Bord sich 60 Tonnen Pulver befanden. Dank den Anstrengungen der Marinetruppen konnte man das Feuer Herr werden. Der Schaden ist beträchtlich.

In Bärlich beschloß der Stadtrath die Erbanung einer neuen südlichen Gasanstalt mit einem täglichen Lieferungsvermögen von 100 000 Kubikmetern. Die Gesamtkosten betragen 7 800 000 Franken.

Am Budapest wird berichtet: Infolge der Explosion einer Güterzug-Lokomotive bei Dunapentele, wobei der Maschinist, der Heizer und ein Ingenieur getödtet wurden, ist der Bahnkörper arg zerstört.

In Livorno wurde Sonntag früh eine starke in wellenförmiger Bewegung verlaufende Erderschütterung verspürt. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine große Bestürzung; ein Schaden wurde nicht angerichtet.

In Velle France wurden infolge Kettenbruchs 8 Wagen eines Personenzuges vollständig zertrümmert. Eine Person wurde getödtet, sechs verwundet.

In Mantere ist in einer Fabrik für Kohlenspitzen zu elektrischen Lampen der Kessel explodirt. Vier Arbeiter wurden getödtet.

Nach Meldungen aus New-York wüthete in den Thälern des Missouri und Mississippi und zwar hauptsächlich in Minnesota, Dakota, Montana und Idaho ein Schneesturm. Der Schnee liegt stellenweise 5 Meter hoch. Es herrscht große Kälte. Die Eisenbahnsüge treffen entweder gar nicht oder mit Verspätung ein. Viel Vieh ist zu Grunde gegangen, 5 Menschen sind als erfroren gemeldet; man befürchtet, daß noch mehr Personen ums Leben gekommen sind.

Am Bombay wird berichtet, daß sich in Baroda während des Festes zu Ehren des Vizeroins ein schwerer Unglücksfall ereignete. In ei Menschenhaufen begegneten sich auf einem schmalen Wege, dabei wurden 29 Personen getödtet und mehrere verletzt.

Witterungsübersicht vom 30. November 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = 4° F.).
Swinemünde	764	WSW	8	wolfig	2
Hamburg	768	WS	8	bedeckt	1
Berlin	768	W	4	bedeckt	-0
Wiesbaden	773	NO	1	bedeckt	-6
München	771	NO	1	wolkenlos	-11
Wien	768	W	4	bedeckt	-5
Paparanda	750	Still	—	wolfig	-8
Petersburg	769	NO	0	Dunst	-13
Oslo	768	DSO	7	wolfig	7
Aberdeen	772	W	1	heiter	2
Paris	770	ONO	2	wolkenlos	-6

Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. Dezember 1896.
Ein wenig wärmer, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

Varmen, Allgemeiner Arbeiter-Verein. Das Genosse Poludnik in einer Versammlung den „Vorwärts“ und die Ebersfelder „Freie Presse“ wegen ihrer Haltung zu seinem Kongressprojekt angegriffen hat, sowie das er gegen den „Baubandwerker“ u. a. bemerkt, Genosse Kessler habe bei seiner Anwesenheit in Varmen für die Form des dortigen Allgemeinen Arbeitervereins geschwärmt, sei an dieser Stelle erwähnt, daß die Auslassungen allgemeinen Werth nach keiner Richtung hin haben.

Arbeiter-Sanitätskommission.

Nachrichten.

Kastanien-Allee 179 in der Wäschefabrik von Sohn u. Glöckner sollen in der Plätterei für ca. 100 Arbeiterinnen 1 oder 2 Klosets, in der Zuschneiderei und Näherei für ca. 25 Personen beiderlei Geschlechts 1 Kloset sein, in welchem sich zugleich die Wasserleitung befindet. Auch soll ein Ankleidezimmer fehlen. Unserem Kontrolleur wurde der Eintritt verweigert, man scheint demnach die Kontrolle zu fürchten, was den Fabriksinspektor hoffentlich zu baldigem Besuche veranlaßt.

Schillingstr. 12 in der Wäschefabrik von J. Jacoby wird in der Plätterei über große Hitze geklagt, da mit Gas geplättet wird. Der Ankleidezimmer ist für zirka 80 dort beschäftigten Arbeiterinnen zu klein und wird überdies als Lageraum verwendet.

Schillingstr. 12 in der Wäschefabrik von Wohl u. Heimann ist für zirka 35-45 Arbeiterinnen und mehrere männliche Arbeiter ein gemeinschaftliches, dunkles Kloset. Ankleidezimmer nicht vorhanden. Die Arbeiterinnen müssen sich auf ihrem Platz umziehen.

Grüner Weg 8. In der Wäschefabrik von Arndt ist für ca. 25 Arbeiterinnen ein auf dem Boden gelegenes Kloset, ohne jegliche Belüftung und Ventilation vorhanden. Ankleidezimmer soll nicht vorhanden sein, die Beschäftigung desselben wurde unserem Kontrolleur verweigert.

Gleimstr. 15. Der Käsefabrikant Doffe hat das Nachtquartier für 2 junge Leute in einem engen Stalle aufgeschlagen, in welchem 2 Pferde stehen und die Betten beschmutzt. Im Winter sind außerdem noch ca. 14 Hühner in denselben untergebracht. Die Müllabfuhr ist sehr unzulänglich, dazu kommt der starke Geruch aus der Käserei, wodurch die nach dem Hofe zu wohnenden Mieter kaum in der Lage sind, ihre Fenster zu öffnen.

Fruchtstr. 42, Eingang Friedenstr. im Vorderhause befindet sich eine Kellervohnung, Laden, Wohnstube und Küche, die für menschlichen Aufenthalt und zur Aufbewahrung von Waaren gleichermaßen unbrauchbar ist. Die Wände sind naß, der Kalk fällt von ihnen ab; Thürfüllung und Fußboden von Schwamm zerfressen. Die Wohnung ist 1,30 Meter unter dem Strohhöhepunkt. Die Bewohner kränkeln; die Waaren verderben, zumal es auch hinein regnet.

Siegenstr. 30, Vorderhaus parterre im Restaurations-Geschäft. Die Wohnung feucht, die Wände schimmelig. Unter dem Laden ein Bierkeller, dessen Decke durch die Risse defekt ist. Schon vor einem Jahre sind Reparaturen (neue Schalbreiter) deshalb erfolgt, doch wäre es auch an anderen Stellen nötig gewesen.

Langestraße 71, Hof links part. Wohnung feucht und dunkel, trotz fleißiger Lüftung stets dämpfiger und muffiger Geruch. Die Frau leidet an Kopfschmerzen. Gemacht wird nichts. Auch der vorige Mieter ist gezogen, weil seine Kinder erkrankten und nichts gemacht wurde.

Bwinglistr. 14d, Vorderhaus parterre im Restaurant. Die Wohnung feucht, Luft modrig, die Sachen verschimmeln, die Kinder und Frau sind krank. Kechnlich ist es in den übrigen Wohnungen (Neubau). Der Wirth läßt nichts machen.

Brunnenstr. 122. Auf dem 2. Hof, Quergebäude im Keller, befindet sich eine Metallgießerei ohne jeden Abzug für Rauch und Dampf, so daß der Treppenhof oft durch Qualm völlig unpassierbar ist und die in der oberen Etage beschäftigten ca. 55 Arbeiter sehr beim Athmen belästigt werden.

Feldstraße, Ecke Dussitenstraße, befindet sich im Keller, ca. 10 Fuß unter dem Straßenniveau, die Gießerei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Der auf die Straße bringende Rauch belästigt die Anwohner und Passanten oft außerordentlich.

Brunnenstr. 6-7. Für die Bewohner der beiden vorderen Höfe, ca. 60 Mieter, die Arbeiter verschiedener Werkstätten und Besucher einer Restauration, im ganzen 150-200 Personen, befinden sich nur 3 schmutzige unzureichende Klosets. Dahinter das unsaubere Pissoir ohne Thür.

Ackerstr. 68, Gartenhaus zu ebener Erde, Wohnung bestehend aus Stube, Kammer, Küche. Wände sind naß, Schwamm in den Dielen, muffiger Geruch, Gesundheitszustand der Bewohner mangelhaft.

Kunst und Wissenschaft.

Josef Kuebler ist den Lesern des „Vorwärts“ nicht fremd. Vor einiger Zeit war in unserem Feuilleton ein Roman des Münchener Schriftstellers veröffentlicht worden. Am jüngsten Sonntag nahm die neugegründete „Dramatische Gesellschaft“ eine Bühnenstudie „Die Fahnenweibe“ von Kuebler auf. Im Theater des Westens bestand Kueblers dramatische Fühlungsarbeit die Bühnenprobe. Für die dramatische Gesellschaft handelt es sich nicht, wie seinerzeit für die freie Bühne, um ein bestimmtes Kunstprinzip, sie will im allgemeinen auf neue Talente aufmerksam machen.

Auf Josef Kuebler aufmerksam zu machen, war nicht mehr notwendig. Daß er scharf und klug beobachtet, seine Beobachtungen gern in bittere Satire umprägt, wußte man bereits. Seine „Fahnenweibe“, eine ländliche Komödie, ist ein Zeugnis mehr für seine stark satirische Begabung. Wollig Neues in der Form, Neues an Ideegehalt bringt sie nicht. Wenn das Stück, auf dessen besonderen Vorzug im „Vorwärts“ neulich hingewiesen wurde, noch nicht auf das reguläre Theater kam, so lag es daran, daß die Direktoren sich scheuen, dem Publikum herbe Wahrheiten aufzutischen, zumal jetzt, da gerade das lehrhafte Märchen, die vage Träumerei, romantische Phantasie, ja selbst romantische Maskerade modisch sind. Zu diesen sanften Darfentönen will Kueblers gellendes Gelächter nicht passen.

Kuebler, der selber begüterter Bourgeoiskreisen entstammt, wird in der „Fahnenweibe“ zum heftigen Ankläger des Mammonismus. Seine Komödie spielt im bayerischen Oberland, etwa in der Gegend von Tegernsee. Kapitalistische Einflüsse reichen von München herüber; die „Freundenindustrie“ beginnt; die Großstadt entsendet widriges Raubzeug; eine alte, vielleicht beschränkte, aber in ihrer Einschränkung feste soziale Ordnung, die im eingeseffenen Bauernthum ihre Wurzeln hat, fängt an zu wanken. Man gründet Bauerntheater und -Hotels, ein Theil der Bauernschaft, die aus ihren gewohnten ökonomischen Bedingungen hinausgedrängt wird, findet keinen Halt mehr an ihrem naiven Sittenkodex; und die andere bäuerliche Partei geht in grosser Empörung, die sich im Haberseldtreiben Luft macht. Sie ist aber schon zu schwach geworden, das Verhängnis aufzuhalten. Die freudige Korruption, die mammonistische Macht triumphiert über die ethische Einsicht!

Man hat in Kueblers „Fahnenweibe“ bloß den Spott über die falsche Wiederkehr der Bauern herausgehört wollen; ein Thema, das seit Jahrzehnten in der französischen Literatur geläufig ist und am lautesten von Sardou in der Satire „Unsere braven Landleute“ angeschlagen wurde. Damit

Für die Arb.-San.-Kommission gingen ein: 5 M. von der Zentr.-Hilfsklasse der Zimmerer.

Verfassungen.

Der Ausstand in der Eisengießerei bei Hartung beschäftigt eine gut besuchte Versammlung, die am Sonntag im Kolberger Salon tagte. Aus den Ausführungen des Referenten O. Räther sowie den der nachfolgenden Redner war zu entnehmen, daß die Lage des Streiks eine wesentliche Veränderung nicht erfahren hat. Von den 43 in Ausstand getretenen Formern und Gießerei-Arbeitern hat sich bis jetzt kein einziger gefunden, der die Arbeit in dieser Fabrik wieder aufgenommen hat. Als Ersatz für die Ausständigen sind bisher sieben, fast alles jüngere Arbeiter, eingetreten, die bei derartigen Gelegenheiten immer zu haben sind. Der Former Rehnert, der mehrere Jahre die Gastwirthschaft betrieben hat und in dieser Zeit nicht mehr in seinem früheren Beruf thätig war, hat sich gleichfalls veranlaßt gesehen, an Stelle der Streikenden die Arbeit bei der Firma Hartung aufzunehmen und hat derselbe, wie behauptet wurde, in einer Woche auf Akkord 2,40 M. verdient. Daß sich trotz Inerats, in welchen hohe Löhne und dauernde Beschäftigung versprochen werden, und den bekannten Maßregeln auf dem Unternehmer-Arbeitsnachweis keine bedeutenden Kräfte gefunden haben, gilt als ein Beweis der Solidariät der in betracht kommenden Arbeiter. Seitens des Arbeitsnachweises in der Gartenstraße versucht man noch rücksichtsloser als bisher vorzugehen, um der Firma Streikbrecher zu verschaffen. So wurde mehreren Arbeitern der Schein, der ausweist, daß die betreffenden in einer Fabrik Arbeit erlangen können, einfach zerrissen und ihnen die Abstampelung verweigert. (Nach dem Abkommen der Metallindustriellen dürfen nur solche Arbeiter eingestellt werden, die den Schein im Arbeitsnachweis abgestempelt erhalten.) Aber die einzelnen Fabrikanten stehen gleichfalls nicht zurück, unter allen Umständen die Arbeiter zu veranlassen, den Ausständigen in den Rücken zu fallen. Wie angeführt wurde, ist bei einer bekannten Firma ein Kernmacher entlassen worden mit der Weisung, er möge sich bei Hartung hinbewähren und dort in Arbeit treten. Von allen Rednern wurde die Situation als günstig für die Arbeiter bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die Kunden der Firma wohlfaumgewillt sein dürften, mit der Ausführung der gemachten Bestellungen noch länger zu warten und dies wird wohl nicht ohne Einfluß auf die Firma sein. Ein Antrag, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen, lediglich zu dem Zweck, um das Vorgehen der Kernmacher vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen, wurde von allen Rednern auf das lebhafteste bekämpft und zwar einerseits deshalb, um nicht den Anschein der Muthlosigkeit zu erwecken, andererseits weil die Erfolge, welche das Einigungsamt in den verschiedenen Fällen erzielt hat, nicht besonders dazu angethan waren, die Sympathie bei den Arbeitern zu erhöhen. Nachdem noch wiederholt aufgeführt worden war, auch in Zukunft den Zug zu halten, bis die Firma gezwungen ist, mit der Kommission in Verhandlung zu treten, gelangte auch in dieser Versammlung eine Resolution zur Annahme, in der den Ausständigen volle Sympathie zugesichert wird und alle Metallarbeiter verpflichtet werden, für die Sammlungen zu öffentlichen Fonds einzutreten. Wie mitgeteilt wurde, haben die Vertrauensmänner der Former und Gießerei-Arbeiter beschlossen, pro Woche eine Mark an den Fonds abzuführen. Zum Schluß wurde ersucht, alle Maßnahmen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern an zuständiger Stelle zu unterbreiten und bekannt gegeben, daß den Gemapregelten die notwendige Unterstützung zu theil wird.

Eine gut besuchte Versammlung der Brauerei-Arbeiter tagte am Sonntag im Englischen Garten, um zu den bevorstehenden Wahlen zum Kuratorium des Arbeitsnachweises Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hatte Kollege W. Heine-Hannover übernommen, der nach einer eingehenden Schilderung des Uebergangs vom kleinen und handwerkswässigen Betrieb der Brauereien zu modernen kapitalistischen Großbetrieben die daraus für den Arbeiter gegebenen Schlussfolgerungen zog und nachdrücklich dazu anforderte, bei den Kuratoriums-Wahlen dafür zu sorgen, daß Kandidaten der Arbeiter gewählt werden, die auch mit den

Uebelständen der Arbeitsverhältnisse in Berlin bekannt und entschlossen sind, berechtigten Beschwerden Abhilfe zu schaffen, damit Herr Dr. Freund, wenn er wieder gefragt werde, nicht abermals sagen könne: Es hat nur eine Beschwerde stattgefunden, und die mußte zu gunsten des Arbeitgebers entschieden werden. Außerdem möge man die Organisation stärken, damit die neugewählten Kuratorium-Mitglieder an der ev. einen festen Rückhalt haben. In der Besprechung bezeichneten verschiedene Redner die Satzungen des Arbeitsnachweises als so mangelhaft und das dort geübte Verfahren als so ungerecht und einseitig, daß es besser sei, keinen Arbeitsnachweis zu haben. Es werde dort nicht bloß von den Arbeitssuchenden ein Befähigungsnachweis gefordert, sondern auch eine geordnete Reihenfolge der Arbeitslosen nicht mehr innegehalten. Das habe zur Folge, daß alle Brauereiarbeiter zu den Kuratoriumsmitgliedern gehen und diese bitten, ihnen Bevorzugung zu theil werden zu lassen und ein gutes Wort für sie einzulegen. Von anderer Seite wurde diesen Ausführungen widersprochen. Mühten auch die Mängel des Arbeitsnachweises anerkannt werden, so werde es gerade Aufgabe der zu wählenden Kuratoriumsmitglieder sein, für die Abstellung dieser Mängel zu sorgen. Den Arbeitsnachweis auflösen, oder dahin zu wirken, daß er aufgelöst werden muß, das sei nicht schwer; aber sehr schwer würde es sein, einen neuen, den Wünschen der Arbeiter besser entsprechenden Arbeitsnachweis zu gründen. Einer der Redner fühlte sich gedrungen, Mitgliedern des Arbeitsnachweises in der Desoenerstraße in ziemlich unerbittlicher Form den Vorwurf der Befähigungslosigkeit zu machen und zwar unter mehr als drastischen Ausdrücken, so daß er vom Vorsitzenden unter dem Beifall der Versammlung zur Ordnung gerufen wurde. Ohne Widerpruch beschloß die Versammlung die Theilnahme an den am 6. Dezember er. stattfindenden Kuratoriumswahlen und stellte für diese Wahlen folgende Kandidaten auf: a) für die Brauer: Richter und Bauer und als deren Vertreter: Heyder, Köpisch, Wunderlich und Knieg. b) für die Böttcher und Hilfsarbeiter: Gillingen (Böttcher) und Weges (Hilfsarbeiter), und als deren Vertreter: Bälow (Böttcher) und Senftleben, Krumbach und Franke (Hilfsarbeiter). Unter „Verschiedenes“ wurde gefragt, ob das Gerücht sich bewahrheitete, daß in der Norddeutschen Brauerei die Forderungen der Arbeiter sämtlich bewilligt seien und diese Brauerei ihre Arbeiter durch den Arbeitsnachweis erhalte? Die Frage wurde aus der Versammlung dahin beantwortet, daß diese Behauptungen nicht zutreffen, vielmehr Herr Krenndt erklärt habe, er wolle von organisierten Arbeitern nichts wissen und würde die Agitationskommission, wenn sie zu ihm käme, hinauswerfen. Ein Mitglied der letzteren bemerkte darauf, die Agitationskommission habe Herrn Krenndt ihren Besuch angemeldet und werde denselben voraussichtlich im Laufe dieser Woche abstaten.

Eine öffentliche Gärtners-Versammlung tagte am 26. November bei Henke in der Nauengasse. Der Besuch war nur mäßig; aus diesem Grunde wurde der Vortrag des Genossen M. Heine für eine spätere, besser besuchte Versammlung vertagt. Der Vertrauensmann Heinrich berichtete sodann über seine Thätigkeit während des abgelaufenen Geschäftsjahres. Neben der Veranhaltung von 4 öffentlichen und 2 speziellen Werkstätten-Versammlungen habe das Sammelwesen eine unausgesetzte Thätigkeit beansprucht. Im Laufe des Jahres seien zirka 6000 M. an Räder abgeliefert und zwar nur aus kleineren Werkstätten. Diese Summe setzt sich zusammen aus Zeller-Sammlungen, Listen-Sammlungen, Ueberesch eines kleinen Vergnügens und den Verkauf von Maimarken und Gewerkschafts-Marken. Von den zirka 3000 Grütlern in Berlin haben zirka 300 den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. In anbeacht der großen Zahl derer, die am 1. Mai gearbeitet, seien die Eingänge für die Maimarken recht niedrig zu bezeichnen. Nachdem der Redner Veranlassung genommen hatte, an dem lauen Verhalten der Kollegen aus einigen Werkstätten Kritik zu üben, kam er auf den in der Montag-Versammlung in Sanssouci erneuten Beschluß vom 7. Mai zu sprechen, der die Fortsetzung der 50 Pf. Beitragserhebungen bis auf weiteres anordnet, und erklärte, daß die Versammlung nicht umhin könne, diesen Beschluß ebenfalls zu akzeptieren. Nach kurzer Diskussion wurde Sudek zum Vertrauensmann ernannt. Heinrich hatte abgelehnt, ersuchte nun aber die Kollegen, die noch

schätzt man die Absicht Kueblers zu gering ein. Dieser Irrthum ist durch eine künstlerische Schwäche im Stück zu erklären. Von zwei sozialen Schichten, die aneinander geraten, ist die parasitisch vordringende in grell satirischen Farben lebhaft geschildert, die andere, die sich verzweifelt wehrt, wird nur matt behandelt. Es hätte freilich größerer poetischer Vertiefung bedurft, um sie in ihrem Kampfe, ihrer Abwehr begreiflich erscheinen zu lassen.

Der Kampf der Parteien wird um eine Wiese, die Gregori-Wiese, geführt. Sie ist Gemeingut, ein Lebensbedürfnis der bäuerlichen Gemeinschaft. Man denke nur an die Wannwälder mancher Dörfer oder an Fuchsmühl. Diese Wiese ist Spekulationsobjekt geworden. Ein Münchener Bürger, Herr Schlegel, ist im Markt Posthalter geworden. Er hat das Leben in die Wüste gebracht. Er hat's aufgemischt, wie man im Süden sagt. Allein außen hui, innen psui! Den Postgasthof erhält der Posthalter nur dadurch, daß seine Frau sich prostituiert und er beide Augen zudrückt. Die seine Familie hat einen Goldfisch geangelt, den faden, eitelten Reservelieutenant und Großhändler Kettinger. Will Herr Kettinger kausern, so erinnert ihn Herr Schlegel mit dem schlagbereiten Nachdruck eines Zuhalters an seine Lage. Der große Schlag, den das Ehepaar Schlegel plant, ist der Erwerb der Gregori-Wiese. Dort soll ein großes Fremdenetablissement entstehen, und um als Wohlthäter der Gemeinde zu gelten, erbaut Herr Schlegel auf der Gregori-Wiese ein Findelhaus, seine theure Gattin, die zu ihrem Herzensstolz neben dem feinen Reservelieutenant sich noch einen stämmigen Bauernschauspieler als Liebhaber hält, sisset eine prächtige Fahne zur Weibe des Findelhausvereins. Das ist das Bodmittel des Raubzuges, das in die bäuerliche Härde einfällt. Die Würdenträger des Ortes sagen: Leben und leben lassen! Der Bürgermeister, schon ein Halbbauger und Unternehmer, wird als Maurermeister am Hotel verdienen; der Gemeindevorstand ist ein Kaufmann, auch ihm winkt Profit. Der Amtsrichter amüsiert sich gern. Der Pfarrer ist gern der Geldmache dienlich; und unter dem zum theil mit angelegten Bauern findet sich ebenfalls ein Anhang; kurz, der Raubhandel wird abgeschlossen. Die Gregori-Wiese wird dem Verderber zugeschlagen. Darob empört sich, was noch an Kraft übrig blieb im Bauernthum. Die Haberer eilen aus Werk, nie war Volksnothwehr gerechter, als in diesem Fall. Aber Herr Schlegel lacht auf dem Geldsack des Liebhabers seiner Frau. Die Haberer, die Bauernlämmer waren so dumm, auch beim Pfarrer und Amtsrichter zu treiben. Das freut Herrn Schlegel. Den Kettinger hält er mit derben Zuhaltersäufen fest und die Macht-haber erfahren dieselbe Volksjustiz, wie er. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Die Fahnenweibe wird abgehalten, die Haberer sind weggezogen. Pfarrer und Richter, Bürgermeister und Vorstand, sowie das biedere Ehepaar Schlegel sitzen freudlich wieder beisammen in der Festhale. Das Festspiel zur

Fahnenweibe beginnt und drei Münchener Dirnen segnen als weiße Engel mit goldenen Flügeln die feierliche Gesellschaft. Mit diesem blutigen Hohn endet die Komödie, in der Herr Bonn als Rettinger einen überraschend treuen Münchener Typus schuf. Weniger sicher trafen den Ton unbewußter Verderbtheit Herr Hofpauer und Frau Buge (das Ehepaar Schlegel).

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Ein Bild des Jammers zog vor dem Publikum vorüber, das sich hatte verleiten lassen, am Sonnabend in die „italienische“ Troubadour-Vorstellung zu gehen. Eine Vorstellung, in der der Titelheld seine Ahnung vom Singen hat und an das Mitleid der Zuschauer appellirt, weil er nicht dafür kann, daß er an der exponirten Stelle steht. Wie neulich, so war auch an diesem Tage urplötzlich ein Sänger kontraktbrüchig geworden, so daß in der Roth ein Chorist den Manrico dahergrißeln mußte. Es ist merkwürdig, wie Künstler, von denen man denken sollte, daß ihnen die Gelegenheit angenehm wäre, in Berlin aufzutreten, unter der Direktion Samst mit einem Male kontraktbrüchig werden und spornstreichs in Nacht und Nebel verschwinden. Als zweites Malheur wurde noch verkündet, daß der Vertreter des Luna krank geworden sei und daher ebenfalls sich vertreten lassen müsse. Leider war auch der Theil der italienischen Gasse, der glücklich auf die Bühne hinaufgelockt worden war, nicht von einer Qualität, daß sich ein ernsthaftes Eingehen auf ihre Kunst verlohnte. Wir sind nicht optimistisch genug, um zu hoffen, daß Herr Samst, durch die Vorgänge vom Sonnabend gewihigt, von Experimenten ablassen wird, die über den Horizont seines Hauses gehen.

Im Volks-Theater in der Reichensbergerstraße wird jetzt Räders urwollige Pöffe „Robert und Vertram“ mit gutem Gelingen gegeben. Das lustige Gagabundensstück ist neuerdings mit unrecht vernachlässigt worden; trotz seines vierzigjährigen Alters erscheint es durch seinen klotten Humor so frisch, daß manche neue Quälerei, die zum Amüsement des Publikums dienen soll, sich beschämt vor ihm verkrüppeln müßte. Im Volks-Theater ist die Pöffe gut einstudirt und so gediegen gegeben, wie man es an dieser Bühne nur verlangen kann. Die beiden Gagabunden fanden in den Herren Winkler und Conrad ein paar Vertreter voller Laune und Gewandtheit, und als bärbeißiger Invalide Strombach that Herr Heinrich Richter sein Bestes. Drollig wurde auch der Banquier Fagelmeier von Herrn Keiz gespielt, wie denn überhaupt so ziemlich ein jeder auf der Bühne sich bemühte, die Pöffe wirkungsvoll zu gestalten. Bemerk sei noch, daß die in der ersten Etage befindlichen Säle des Volks-Theaters durch Guirlanden, Tannenbäume und Bilderschmuck hübsch zur Weihnachtszeit hergerichtet sind; in gleichen verdienen einige Spezialitäten, die in den Pausen aufzutreten, gelobt zu werden.

nicht mit ihm abgerechnet haben, dies bei der nächsten Konferenz am Mittwoch zu thun.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger hat nicht — wie seiner Zeit irrtümlich berichtet wurde — die Beiträge ermäßigt, sondern den bisherigen Beitrag beibehalten. Der Antrag auf Ermäßigung wurde abgelehnt.

Im Verein der Zimmerer hielt am 22. November Genosse W. R. ein sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. Unter gewerkschaftlichem Ermahnen F. J. die Mitglieder, mehr den „Baubandwerker“ zu unterstützen. Auch soll der Vorstand mit der Redaktion unterhandeln, damit die Berichte wieder Aufnahme finden.

Die Stummacher beschäftigten sich in einer Versammlung, die am 23. November tagte, mit der Organisation für eine Lohnbewegung. Nach einem Referat des Genossen L. O. T., dem eine längere Debatte folgte, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Anwesenden verpflichteten, für eine Verkürzung der Arbeitszeit, sowie für entsprechende Lohnerhöhung einzutreten.

In der Freien Vereinigung der Kaufleute sprach am Mittwoch, den 25. v. M., in einem außerordentlich gut besuchten Vortragabend Dr. P. in über „Geschichtslagen“. Dem Vortrage schloß sich eine längere Diskussion an. Stahl verlas sodann die Protesterklärung, welche der Vorstand an das königliche Polizeipräsidium bezüglich der Offenhaltung der Geschäfte an den Sonntagen vor Weihnachten abgefaßt hat. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß der nächste Vortrag am 2. Dezember die öffentliche Versammlung ist, erst am 9. Dezember stattfindet, und wird in dieser Versammlung Genosse G. L. über „Ursache und Bekämpfung der Verbrechen“ referieren.

Charlottenburg. Das hiesige Gewerkschaftskartell nahm in einer Versammlung am 19. November Stellung zur Zwangsorganisation des Handwerkerhandes. Nach einem Referat des Genossen S. F. a. d. G., dem sich eine längere Diskussion angeschlossen, gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung ist der Meinung, daß durch die moderne Produktionsweise das Kleinewerbe immer mehr und mehr zu Grunde geht. Den Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsorganisation des Handwerks, hält sie für verfehlt und sieht des ferneren in dem Entwurf eine große Schädigung der Arbeiterinteressen. Des weiteren protestiert die Versammlung energisch gegen die Annahme dieses Entwurfs durch den Reichstag.

Friedrichshagen. Im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein sprach am 21. November Genosse W. a. g. in sehr interessanter Weise über das Thema: Volksbildung und Klassenbewußtsein. Die Versammlung beschloß sodann, 50 M. für Agitationszwecke zu verwenden. Unter Verschiedenem machte Sonnenburg einige Mitteilungen über Verhandlungen aus der Gemeinderats-Sitzung, die zu einer längeren Debatte führten. — Die nächste Versammlung findet am 12. Dezember im Waldhause statt.

In der Festsche (Kreis Niederbarnim) fand am 22. v. M. im Wohler'schen Lokale eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Stadthagen in einem interessanten Vortrage über das Thema sprach: Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht zahlt, ist ein Bluthund. Der lebhafteste Beifall, den der Vortragende am Schluß seines Vortrages erhielt, zeigte, daß die Worte auf guten Boden gefallen waren. In der Diskussion nahm von den Gegnern trotz lebhafter Aufforderung seitens des Vorsitzenden niemand das Wort. Im Laufe des Vortrages verlangte der überwachende Werdarm, daß die anwesenden Frauen den Saal verlassen müßten. Von einem Genossen auf das ungeschickliche seines Verlangens aufmerksam gemacht, erwiderte er: Es sei eine politische Versammlung, mithin die Teilnahme der Frauen ausgeschlossen. Natürlich wird hiergegen Beschwerde erhoben werden. Genosse Stadthagen forderte sodann die Anwesenden auf, in der

nächsten Versammlung recht zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen.

Charlottenburg. Am 26. v. M. fand hier im Lokale bei Leder, Widmarstr. 74, eine öffentliche Versammlung der Delegierten des Charlottenburger Gewerkschaftskartells statt, in der Genosse B. o. g. über die Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer in Halle berichtete. Da der Bericht hierüber bereits seinerzeit im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, besprach Redner die Verhandlungen nur in aller Kürze und gab zum Schluß seiner persönlichen Meinung Ausdruck. In der sich anschließenden Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Berichterstatters und betonten, daß eine Revision gegen die Urtheile des Gewerbegerichts im allgemeinen zu verwerfen sei. Ebenso empfahlen die meisten Redner, das Organ „Gewerbegericht“ fleißig zu lesen, um sich auf dem Laufenden zu erhalten. Ueber die Vornahme der Wahl der Gewerbegerichts-Beisitzer am Sonntag sind verschiedene Meinungen vorherrschend. Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Regelung des öffentlichen Versammlungswesens am Orte, wurde nach einer längeren lebhaften Debatte schließlich ein Antrag Blech angenommen dahingehend, daß in alternativer Zeit eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen sei, die sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen hat.

Friedenau. Die Mechaniker und Optiker hielten am 24. November eine Versammlung ab, die sehr günstig für die Organisation verlief, da sich mehrere von den Anwesenden als Mitglieder aufnehmen ließen. Sodann wurden die Arbeitsverhältnisse bei der Firma E. Bamberg besprochen und dabei mitgeteilt, daß diese Firma Arbeiter mit 15—18 M. Wochenlohn beschäftigt. Mit der Aufforderung, in anbetragt des Vorgehens der Metallindustrie eifrig die Sammlungen für den öffentlichen Fonds zu betreiben, schloß die Versammlung.

Charlottenburg. Am 26. November tagte hier eine öffentliche Versammlung der Maurer, in welcher der Vertrauensmann Schulz den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben während seiner Thätigkeit erstattete. Die Versammlung betraute ihn hierauf aufs neue mit diesem Amte und wählte Pranger und Wiener zu Revisoren. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wies Silberschmidt auf das Vorgehen der Junngewerkschaft hin und ersuchte die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen. Sodann gelangte die Resolution zur Annahme, die bereits in den Berliner Versammlungen zum Beschluß erhoben wurde.

Niedorf. Die hiesige Zahlstelle der Bauarbeiter beschäftigte sich am 22. November nach einem Vortrag des Genossen K. e. r. a. mit der Stellungnahme zum Kongreß der Bauarbeiter. Die Beschlüßfassung hierüber wurde einer öffentlichen Versammlung überlassen. Die übrigen Gegenstände der Verhandlung betrafen lediglich interne Angelegenheiten.

Niedorf. In der letzten Kartellversammlung erstattete der Vertrauensmann Julius B. i. e. w. g. Bericht. Es fanden im letzten Halbjahre 6 Kartellstiftungen statt. Vertreten sind im Kartell die baugewerblichen Arbeiter, Böttcher, Buchdrucker, Holzarbeiter, Maurer, Maler, Möbelpolier, Metallarbeiter, Schmiede, Schuhmacher, Steinseher, Textilarbeiter, Sattler, Tapezierer, Tabakarbeiter, Zimmerer, Frauen. Es hatten gefehlt in 4 Sitzungen die Böttcher, in 3 Sitzungen die Zimmerer und Sattler, in zwei Sitzungen die Schmiede, in einer Sitzung die Tabakarbeiter, Maler, Textilarbeiter und die baugewerblichen Arbeiter. Die Schuhmacher haben ihren Delegierten zurückgezogen. Es haben 45 öffentliche Gewerkschafts-Versammlungen stattgefunden, welche beim Vertrauensmann angemeldet waren. Der Kassenabschluss vom letzten Monat ergab eine Einnahme von 26,15 und eine Ausgabe in der Höhe von 1,05, so daß ein Bestand von 25,10 zur Verfügung steht. In der letzten Kartellstiftung legte der Vertrauensmann Julius Bieweg sein Amt nieder. An seine Stelle wurde Müntzer, Sattler, Hermannstr. 55, S. 2, gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß

sämtliche Gewerkschaften pro Kopf und Werkjahr 2 Pf. an das Kartell zu zahlen haben und daß die Karten abgefaßt werden sollen.

Weißensee. Eine gut besuchte Versammlung des Arbeitervereins hörte am 24. November einen Vortrag von Dr. J. o. i. über die Erforschung des Nordpols. Nach dem Vortrag beschäftigte sich die Versammlung mit den Maßnahmen der hiesigen Behörden dem Verein gegenüber. So wurde hervorgehoben, daß bei Versammlungen des Arbeitervereins der Wirth des Lokals nur bis 10 Uhr Konfession hat, während man nicht einwendet, wenn ein anderer Verein in demselben Lokal noch nach 11 Uhr tagt. Irrend welche harmlose Vergnügungen, wie Cassale-Feier, Stiftungsfest Weihnachtsfeier, ja sogar eine Theater-Vorstellung wurden dadurch inoffiziell gemacht, daß man den Frauen und Kindern den Zutritt verweigerte, mit der Motivierung, es seien Vereinsversammlungen. Auch die Vorstandssitzungen werden in letzter Zeit polizeilich überwacht. Demgegenüber vergeht fast kein Sonntag, wo nicht ein beliebiger anderer Verein mit Pauken und Trompeten auf den Straßen Weißensees herumzieht. Auf die Dauer seien derartige Zustände nicht haltbar, und es müsse energisch Protest dagegen erhoben werden. Eine Resolution, in welcher der Vorstand des Vereins aufgefordert wird, bei sich wiederholender Inhabirung eines Vereinsvergügens den Beschwerdeweg, event. den Instanzenweg einzuschlagen, wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem verlas P. a. w. a. d. eine Zeitungsnote aus dem Weißenseer „Amtsblatt“ laut welcher die Behörde beabsichtigt, zur Feier des 100jährigen Geburtstages Kaiser Wilhelm I. den Grundstein zu einem Denkmal zu legen. Nach den Ausführungen des Herrn Amtmann sind die Mittel hierzu in der Gemeinde vorhanden. Die Versammlung will veranlassen, daß durch öffentliche Versammlungen und Einreichung von Protestpetitionen energisch dagegen protestiert wird. Wenn die Gemeindevorstellung wirklich überflüssige Mittel zur Verfügung hat, so möge sie dieselben zu Zwecken, welche der gesamten Gemeinde zu gute kommen, verwenden. Namentlich sollen die äußerst minimalen Forderungen, welche bei Gelegenheit der letzten Kommunalwahlen von den Arbeitern aufgestellt wurden, berücksichtigt werden.

Arbeiter-Bücherverbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Polizeivaterstr. 2. Alle Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Körner, Wartenbergstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Bücherverbund Berlin und Umgegend. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Köpenicker Baum 73.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 8—10½ Uhr: Süd-östl. Schule Waldemarstr. 11; Prutz (Die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — Aufsätze). Herr Heinrich Schulz — Nordostschule, Brunnenstr. 26; Nationalökonomie (Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftssysteme, Entwicklung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Welt- und Reichthumstheorie). Herr Dr. Konrad Schmidt.

Deutsche Gesellschaft für volkthümliche Naturkunde. Mittwoch den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Bürgerhause des Rathhauses: Öffentlicher Vortrag des Herrn Professor Dr. Scheide über „Kleinigkeiten, Vorkommen und Verwendung des Diamanten“ (mit Demonstrationen).

Deutscher Verein für volkthümliche Wissenschaft. Gute Abend 8½ Uhr bei Genel, Brunnenstr. 173, Vortrag über Spittellismus, freie Diskussion. Antrag auf Verlegung der Sitzungen auf Montag. Gütliche willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6—7 Uhr statt.

J. P. Danzig. Uns leider unbekannt.

Achtung! Parteigenossen und Genossinnen!

Dienstag, den 1. Dezember 1896, abends 8 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23:

Große Volksversammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Bruno Schoenlank über: „Die politische Lage.“ 2. Diskussion.
Um regen Besuch besonders der Frauen bittet
Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Mittwoch, den 2. Dezember, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen:

- West und Südwest bei Jubell, Lindenstraße 106.
 - Süd-Ost bei Kautenberg, Oranienstraße 180.
 - Osten im Lokal des Herrn Heise, Lichtenbergerstraße 21.
 - Rosenthaler- und Schönhauser Vorstadt bei Mörschel, Schönhäuser Allee 28.
 - Wedding und Gesundbrunnen in Raabe's Salon, Kolbergerstraße Nr. 23.
- Folgende Werkstätten sind hierzu eingeladen: Schaar, Chausseestr. 89; Gär, Liebenwalderstraße 89; Dobber, Hochstraße 82.

Moabit im Lokale Churmstraße 84.

Branche der Parquetbodenleger bei Jubell, Lindenstraße 106 (mit Zuziehung der Kommission). Die Kollegen der Firma Mittag sind hierzu eingeladen.

Arbeits- und Werkstättenverhältnisse.

Jede Werkstätte ist verpflichtet, einen Vertrauensmann zu entsenden.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 2. Dezember 1896, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Kautenberg, Oranienstraße 180:

Bezirks-Versammlung für Südosten (Görlitzer Viertel).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Jöhl über: „Die Entdeckung des Nordpols.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten (Neuwahl der Bezirksleitung). Gäste willkommen! Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß ein sanfter Tod am 27. d. M. die jahrelang geduldig ertragenen Leiden meines lieben Vaters, des Arbeiters

Heinrich Anders

im 69. Lebensjahre ein Ende bereitet. Um stille Theilnahme bittet
Der tiefbetrübte Sohn
Paul Anders.
17355
Die Beerdigung erfolgt Dienstag, den 1. Dezember, Nachm. 8 Uhr vom städtischen Krankenhaus am Urban aus.

Todes-Anzeige.

Nach langen schweren Leiden entschlief sanft Sonnabend, 28. Nov., mittags 12½ Uhr, mein lieber guter Mann, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Buchbinder Gießerath. Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 2½ Uhr vom Trauerhause aus statt.
Die trauernde Wittwe 17455
Franziska Gießerath nebst Kindern.

Nachruf.

Am 19. November verschied im besten Mannesalter von 91 Jahren unser seit 8½ Jahren thätiges Mitglied

Otto Kiesel.

Derselbe war stets ein gern gesehener Mitglied. 17396
Ehre seinem Andenken.
Der Rauchklub Sudan.

Danksagung.

Hiermit sagen wir allen denen, die meinem Mann, unserem Vater und Schwiegervater Carl Otto die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Wahlkreis im 4. Wahlkreis (Südost), dem Gesangsverein St. Urban und dem Posa- und Musikklub Morgenröthe unsern besten Dank. 1741b
Die Hinterbliebenen Berlin-Stettin.

Kranzbinderet und Blumenhandlung

Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
Widmungs-Kränze, Girlanden, Ballsträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Nussbaum-Einrichtung

Neue, bestellte Arbeit, sof. bill. verk. Admiralstr. 8, v. 1 Tr. L.

Musikinstrumenten-Arbeiter!!

Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 2. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Henke, Nauynstr. 27.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Streik. 2. Verschiedenes. Die Liquidations-Kommission.

Achtung! Maurer! Achtung!

Dienstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

der Maurer Berlins und Umgegend
im Louisenstädtischen Pongertshaus, Alte Jakobstraße Nr. 87.
Tages-Ordnung:
1. Vorschläge der Lohnkommission zu einem neuen Kontrollsystem.
2. Diskussion und Besprechung der Resolution der Versammlung vom 24. November im Schweinmünder Gesellschaftshaus. 3. Gewerkschaftliches.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins.
182/8

Achtung! Berliner Buchdrucker!

Kollegen! Die Berliner Bauerversammlung vom 25. November hat zur Vorstandswahl Stellung genommen, indem sie sich für nur 11 Kandidaten entschied, gerade für diejenige Zahl von Personen, welche absolut nothwendig ist. Unter diesen Umständen kann aber von einer eigentlichen Wahl keine Rede sein, weshalb nun in Ergänzung der jetzt vorliegenden Liste folgende weitere Kandidaten vorgeschlagen werden: Als Vorsitzende die Kollegen: Rudolf Wendt und Paul Wüster; als Schriftführer Tenfert und Paul Rosenhal; als Beisitzer: Dittmann, Marini, Michaelis, Wefenberg als Segler; Müller und Wilhelm Maser als Drucker; Kämmerer als Gelehrter. — Die Kollegen, welche ihre Stimme den vorgenannten Kandidaten nicht geben wollen, werden gebeten, weiße Zettel abzugeben. Weiter bitten wir, dieses Inserat auszuschneiden und in den Druckereien resp. Kollegentreifen zirkuliren zu lassen, da ein besonders zirkular uns nicht zuverlässig genug erscheint. Mit kollegialischem Gruß
Die Berliner Vertreter der Opposition. 35/3

Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 6. Dezember, nachm. 2½ Uhr,
I. Gastspiel von Sofie Burska.

Romeo und Julia.

Trauerspiel von Shakespeare.
Julia: Sofie Burska; Romeo: Rich. Jürgas (Reising-Theater); Mercutio: R. Jaffé; Lorenzo: Wilh. Ruff; Capulet: Wilh. Karfiol
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.
Abonnementkarten, gültig für drei Vorstellungen zu 1,60 M., sind ebenfalls in allen Zahlstellen zu haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 1. Dezember:
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schauspielhaus. Faust.
Deutsches Theater. Dannel's Himmelstahrt. Vorher: Ohne Liebe.
Berliner Theater. König Heinrich.
Lesing-Theater. Madama Sans-Gêne.
Theater des Westens. Schiedsmann Hempel.

Neues Theater. Wochsprünge. Vorher: Eine sittliche Forderung.
Residenz-Theater. Verschwinden.
Schiller-Theater. Todemann.
Thalia-Theater. Das Wetterhäuschen. Darauf: Zwei Schwiegeröhne.
Felle-Alliance-Theater. Pumpackabundus.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Robert und Bertram.
Theater Unter den Linden. Der Mikado. Darauf: Unter den Linden.

Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Vor Sonnenaufgang.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Bausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: **Edeum.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Edeum.**

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.

Das Wetterhäuschen.
(Weather or no.)
Musikal. Genrebild von Adrian Koh.
Deutsch von Hermann Fischer.
Musik von Bertram Guard Selby.
Darauf:

Zwei Schwiegeröhne.
Schwan in 4 Akten von M. Voucheron.
Deutsch von Max Schönan.
Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Carl Weisk.
Der deutsche Michel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, Nachmittags 3 Uhr:
Marianne,
das Weib aus dem Volke.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
Gyaußestr. 25/26. Dir. Max Samst.
Zum letzten Male:
Vor Sonnenaufgang.
Soziales Drama in 5 Akten
von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch und Donnerstag:
Die Geier-Wally.
Schauspiel in 5 Akten
nach dem gleichnamigen Roman von
Wilhelm von Harn.

Billets zu haben an der Theaterkasse,
ausserdem im „Juwelendank“, Unter
den Linden 24, im Cigarrengeschäft von
Paul Kowatz, Leipzigerstr. 6, und bei
Julius Bengelsfeld, Markgrafenstr. 50.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Kinder-
Vorstellung: **Der Rattenfänger von
Häutlin.**
Sonntag, nachm. 8 Uhr: Klassiker-
Vorstellung. **Wilhelm Tell.** Schauspiel
in 5 Akten von Schiller.
Freitag und Sonntag: Opern-Vorstellung
zu gewöhnl. Preisen (Parquet
1 Mark):
Der Troubadour.
Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Der Billeterverkauf hat begonnen.

Alexanderplatz-Theater.
Volks-Vorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
**Nansen's Reise
nach dem Nordpol.**
Ausstattungsstück mit Gesang
in 4 Akten (8 Bildern) von Hugo Busse.
Musik von Albert Wicher.
Anfang 8 Uhr.
Sonst, auch die zu „Ohne sittlichen
Halt“ ausgegebenen, behalten ihre
Gültigkeit.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittags: „Nansen's
Reise nach dem Nordpol“.
In Vorbereitung: „Sein Verhältnis“
Berliner Sittenbild in 8 Bildern von
Karl Pöble. Pikante Novität!

Edison Scientific Theater
Kinograph und Grapho-Phonograph
Mauerstr. 66, nahe Leipzigertrape.
4-10 Uhr nachmittags (sonstlich):
„Ein Tag in der Schweiz“ - Eintritt
50 Pf. Kinder und Militär die Hälfte.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrt. Stadthaushof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.

Zum Theater-Saale täglich 8 Uhr
abends Vorträge, mit Experimenten und
großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesauschläge.

Passage-Panoptikum.

Traumbilder.
Eine Weihnachtsfeier
mit Musik und Gesang.
Ohne Extra-Entrée
Neu!
Hundert Jahre
Mode.

**Castan's
Panoptikum**
Neu! Die wunderbaren
Neu! indischen
Neu! Pygmäen
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Mr. Ganivet
und
12 Debuts.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Volks-Theater

34 Reichenbergerstr. 34,
nahe dem Kottbusser Thor.
Eröffnung
der Festsäle im
Weihnachtschmuck
Von 6 Uhr ab:
Konzert
der Rumänischen Nationalkapelle
Jvan Senescu aus Bukarest.
Um 8 Uhr
in glänzender Ausstattung:
Robert und Bertram.
Große Posse mit Gesang u. Tanz
in 4 Akten von G. Käder.
Neu! Miss Irma Ordasany Neu!
mit breifirten Papageien.
Gustav Cordes, Gesangshumorist
und sämtl. Spezialitäten.

Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.
Heute sowie jed. Dienstag:
**Stettiner
Sänger**
(Meysel,
Pietro,
Britton,
Stedl,
Krause,
Röhl
und
Schrader.)
Wiederauftreten
des „kleinen Pietro“
nach seiner Krankheit.
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Zum Schluss:
Neu! Finke's Neu!
Schelmenreiche
Ensemble von Mesjel.
Mittwoch:
Moabiters Stadttheater.

**M. Krüger's
Speise-Feinöl**
ist das anerkannt beste. Zu haben in
allen Kolonialwarenen und Vorkost-
Geschäften. Fabrik-Lager: Berlin,
Skalitzerstr. 105.
Verloren eine Telefonhörermappe.
Abzugeben bei Tiege, Dramenstr. 2, S. I.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Zum 78. Male:
Emil Thomas a. G.

Eine wilde Sache.
Große barocke Ausstattungsposse
mit Gesang und Tanz in 6 Bildern
von W. Mannstädt und J. Freund.
Musik von J. Gindshofer.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Alcazar.

Variété und Spezialitäten-
Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstrasse 42/43.
Heute durchweg neues Programm.
Im Heirathsbureau
oder:
Zawohl, Herr Lehmann.
Posse mit Gesang in 1 Akt.
Mita Roselli, Chansonnetten-Diva
allerersten Ranges.
The two Avelli, Kraft- u. Ringturner.
Alwino Montzel, Equilibristin
auf rollender Kugel.
Brothers Lilburns, Handstand-
Akrobaten u. a. m.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entrée 30 PL.
E. Winkler.

Vogler's Casino

(ehemal. Welt-Restaurant,
Dresdenerstr. 97.)
Variété- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Auftreten von Kunstkräften nur
I. Ranges.
Im vorderen Saal täglich:
Großes Konzert
der
unübertrefflichen italienischen
National-Sänger- und Tänzer
Gesellschaft
Dominico Conti.
Entrée vollständig frei.
Im großen Theateraal:
Das Versprechen hinterm Herd
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Billards. 4 neue Kegelbahnen.
Sorgfältig gepflegte Biere,
anerkant gute Küche.

Schippanowsky's

Internationale Konzerte
Spandauer Brücke — Stadtbahnhof
! Im Frühlingsglanze!
Neue phänomen. Ausstattung.
Heute konzertieren:
Im Pfloderhals: Wiener Damen-
Kapelle „Wiener Herzen“
Rosenlando: Elite-Orchester „Al
Bell“.
Obstgarten: Ital. Sänger-Gesell-
schaft „Sacco“.
Kopfenlaube: Instrument „Lacy“.
Welaberg: Tiroler Sänger- und
Tänzer-Gesellschaft „Eder“.
Theater-Abteilung:
■ Unabdinglich Auftreten von ■
Humoristen, Komikern, Duettisten
u. s. w.
Anfang Wochent. 6 Uhr Nachm.
Entrée frei.
Vorzügliche und billige Küche.
Table d'hôte à Couvert 75 Pf.

Bekanntmachung.

**Die feierliche Eröffnung des
Weihnachtsmarktes**
im
Messpalast, Alexandrinenstr. 110,
findet am
Dienstag, den 1. Dezember, abends 6 Uhr
statt.
Entrée frei!
Grosses Konzert, elektr. Illumination, plastische
Darstellung von Weihnachtsmärchen. Volksbelustig-
ungen all. Art. Marionettentheater. Dampfkaraoussel.
Neueste Sehenswürdigkeit Berlins.

Lungenleiden

a. sog. unheilbare beh. u. besond. bewährt. Methode in
vorzügl. Erfolge Dr. Thamm, Alexanderstr. 31.
Goldwaaren und Uhren,
reichhaltiges Lager, vortheilhafte Bezugsquelle für
Weihnachts-Geschenke. — Spezialität: Trauringe,
geschliffen gestempelt, niedrigste Fabrikberechnung.
Werkstatt für Reparatur und Reparaturen.
Hermann Gotthilf, Alexandrinenstraße 64,
Goldschmiedemeister.
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Norrtöten 1 M.
Plomb. 1.50. Theilzahlg. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6 Uhr.

Circus Busch.

(Bahnhof Börse.)
Dienstag, den 1. Dezember 1896,
Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung
Zum 1. Male in dieser Saison:
Phäns, das Waldmädchen.
Gr. Manège-Schauspiel in 5 Akten.
Vollständig neu ausgestattet u. inszeniert
vom Dir. Busch.

Außerdem: Vier gezähmte Zebbras,
nur noch einige Male.
Lepicq-Trio, unübertreffl. Lustturner.
Zum 1. Male: Große Batonde,
ausgeführt von den besten Springern
der Gesellschaft. Vorführen u. Reiten
der bestbesetzten Freizeits- und Schul-
pferde. Spezialitäten I. Ranges. Vor-
zügliche Clowns.
Morgen: Zscheus. — 4 Zebbras. —
Lepicq-Trio.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig.
1 Stück Lanolinseife und ein reines
Handtuch liefert ich f. 10 Pf. p. Woche.
Handtuch-Verleih-Institut L. Fiquor,
1928* Neue Königstr. 17.
Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

6 Pfund Brot für 50 Pf.

liefert
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8. Langestr. 26
Falkensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Für 36 M.

feiner Winter-Paletot nach Maß;
für 36 M. ff. Anzug nach Maß;
für 8 M. ff. feine Hose nach Maß;
Reste u. groß. Knaben-Anzüge 2-3 M.
Krausenstr. 14, 1 Er. Kein Laden.

Damen-Mäntel.

Nach beendeter
Engros-Saison ver-
kauft zu noch nie da-
gewesenen billigen
Preisen
Jaquets und Kragen
1-5-6-7-9-10
14-16 M.
Abendmäntel und
Reisemäntel 6-7-9-10-12-14
16-22 M.

Die Damen-Mäntel-Fabrik

Neue Grünstraße 2, 1 Er.,
an der Kommandantenstraße.
Verlauf von 9-7 Uhr.

Hohenzollern-Mäntel,

Joppen, Paletots, Hosen, Anzüge, von
einer Eifererin zurückgelassen, vor-
läufige, nach Maß bemalt, nicht ab-
geholt, verlaufe Hälfte Kostenpreis
Münstr. 4, Engol.

Sophastoffe

auch **Reste**
in Hips, Damast, Cröpe,
Phantastik, Gobelins und
Püsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefevre, Berlin S.,
Oranienstraße
158.

Winterpaletots, Ang. Hol. Wäldge,
Granatichm., spottb. Reanderstr. 6 Pfund.

Neueste

Doppel-Panzerkette
von echt Gold nicht zu
unterscheiden mit 18ka-
rätig. Gold im Feuer ver-
goldet unter 5jähriger
schriftlicher Garantie.
Herrenketten Stück
4,50 Mk.,
Damenketten mit Quaste
Stück 5,00 Mk.

Wecker- Uhren,

prima Qualität, genau
regulirt.
Stück 2,85 Mk.
Alb. Rosenhain,
Berlin SW.,
Leipzigerstrasse 72.
Grösstes
Special-Geschäft
für Neuheiten.
Illustrierter Pracht-
katalog
gratis und franco.

Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Sämtliche Utensilien zur
Cigarren-Fabrikation. Billiger
wie jede Konkurrenz. (Neue Formen
à Mark 1,40.) Man verlange Preis-
Verzeichniss.

Heinrich Franck,

Nr. 185, Grunendrasse Nr. 185.

Tuch- u. Bukskin-Reste

zu Knabenanzügen, spottbillig, umsonst
zugeschnitten, Herrenhosen, Hefter von
2 Mk. an, gute Qualitäten, Paletot u.
Anzug-Reste. Münstr. 4, Engol.

Für 12 Mark

Stoff zu einem Herren-Anzug. Für
15 Mark ff. Kammgarn oder Casviot.
ff. Winter-Paletotstoffe. Reste Tuch-
Lager C. Hoher Steinweg No. 4.

Christbaum-Konfekt,

reizende Neuheiten, nur genießbare
Baare. 1 Kiste fort. Inhalt ca. 430 Stk.
ff. Winter-Paletotstoffe. Reste Tuch-
Lager C. Hoher Steinweg No. 4.

Achtung!

Künstl. Zähne u. 8 M. an, Theilg.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Knechtöden bei
Bestellung umsonst.
Gndel, Saufherplatz 2, Eissasserstr. 12,
Steglyerstr. 71, 1.

Zum Klosterstüb'l

30 Königstr. 30.
(Ecke der Neuen Friedrichstraße.)
Ganz neues Programm!
15 internationale Damen
Auftreten berühmter Spezialitäten
ersten Ranges.
Ganz neu für Berlin!
Auftreten der 8 elektrischen Nord-
sterne. Bräulein Bagera Blume, Lieder-
und Walzerfängerin. Fräul. Martha
Kolat, Längerin. Herr Pödel, Cha-
rakter-Komiker und Gesangshumorist.
Herr Barton, Charakter-Komiker.
Auf. wochentags 5 1/2, Sonnt. 4 1/2 Uhr.
Entrée für Herren gänzlich frei.
1510b) Die Direktion: S. Bergemann.

Wer — Stoff — hat!

fertige Anzug, 20 M., feinste Futter,
saubere Arbeit, 2 Anproben, Hufe 3,50,
Winterpaletot 18 M., wollenes Futter,
Sammeltrogen. Münstr. 4, Engol.

Zwei junge Leute

suchen ein gemüthlich möblirtes Zimmer
bei Parteigenossen. Nähe Wedding.
Off. Swienty, Neue Hochstr. 21. (17400
Gute Schlafstelle Reichorfstr. 26 S. 1.
Möbl. Schlafstelle f. 2 Herren, auch
Damen. Zwinglstr. 13, v. 4 Tr. 1.
Möbl. Schlafst. Ritterstr. 116, v. IV L.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Vergolder!
Wegen Nichtbewilligung der auf-
gestellten Forderungen ist bei der Firma
**Hufenbeck, Alte Jakobstr. 6, die
Arbeit eingestellt.**
Zugung ist fernzuhalten.
225/5 Die Kommission.

Reites Mädchen,

das in der Schule
gut näher gelernt und Lust zum Nähen
hat, gegen monatliche Vergütung von
10 Mark gesucht.
Kramptz, Burgdorferstr. 2.
Gute Arbeiterinnen
auf Sommerhänge verl. Lehmann,
Rohrstr. 17. 1744b
Ein Cigm. 4000 d. W., Lützenerstr. 48.
Nitter verlangt Friedenstr. 10. (1757b
Farbigmacher verlangen Hugo
Hauke & Co., Fichtestr. 9. (1758b
Perfikerer verlangt Hildebr.,
Schönweiderstr. 27. 1751b*

Diverse Artikel.

Hosenträger,
Paar v. 5 Pf. an bis z. d. feinsten.
Taschentücher
von 4 Pf. an.
==== Leinene ====
Damen-Taschentücher
von 12 Pf. an.
Bunte Herren-Taschentücher
von 9 Pf. an.
Echt engl.
Cambric-Taschentücher
10 Pf.
Echt Schweizer
Battist-Taschentücher
m. gestickten Buchstaben 15 Pf.

Herren-Cravatten

Täglich Neuheiten.
Grosse Auswahl
Westen-Cravatten
5 Pf.
Schleifen
von 5 Pf. an
bis zu den elegantesten
zu staunend bill. Preisen.
Lavallières.

Weisse Stickereien.

Bunte Stickereien
für
Wäsche, Kleider und Schürzen.
Leinene Spitzen,
Meter von 2 Pf. an.
Weisse Baumwoll-Spigen
Meter 1 Pf.
Echt engl. Trimmings
Meter von 3 Pf. an.

Schürzen.

Kindereschürzen
von 15 Pf. an.
Damenschürzen mit Laq
von 20 Pf. an.
Kinderkleidchen.
Damen-Haushalts- und Fantasie-Schürzen
in
Cachemire, Seide, Etamin- und Spitzen-Stoffen, Halbleinen, Hausmachertuch, Chiffon und Battist.

Neues Waarenhaus

MAX SIMON

Rosenthaler-strasse 49

Ach löse

mein Leinen- und Baumwollwaaren-, Gardinen- und Teppichgeschäft vollständig auf und kommen sämtliche Waaren zu ganz enorm herabgesetzten Preisen zum

Total-Ausverkauf

Bei allen Waaren ist neben den bisherigen Preisen der Ausverkaufpreis deutlich mit Plauktist vermerkt.
Hermentuch jeht Mtr. 19 Pf. | Damen-Hemden jeht Stk. 88 Pf. | Große Teppiche jeht 3,25 M.
Seit-Damast jeht Mtr. 31 Pf. | Damen-Piquojacken j. Stk. 95 Pf. | Plüsch-Vorlagen jeht 90 Pf.
Feder-Julett jeht Mtr. 43 Pf. | Woll-Damenbeinkl. j. Paar 68 Pf. | Gardinen, das Fenster jeht 1,25 M.
Laken-Leinen jeht Mtr. 53 Pf. | Herren-Hemden jeht Stk. 95 Pf. | Woll-Atlas-Steppdecken j. 4,00 M.
Velv-Piqué jeht Mtr. 96 Pf. | Herren-Oberhemden j. Stk. 2,25 M. | Tischdecken, einfarbig, jeht 1,75 M.

Normal-Wäsche, wollene Damen-Unterzeuge, Blonsen, Kostüme und Morgenröcke.

Kleiderstoffe

während des Ausverkaufs zum großen Theil zu halben Preisen.
Lama Warp, Kleid 6 Meter doppeltbreit 1,50 M. | Englische Neuheiten, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 4,80 M.
Cheviot, reine Wolle, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 3,20 M. | Neue Faros, blau, grün, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 5,40 M.

W. Pestachowski, Große Frankfurterstraße 86,
zwischen Markus- und Marfiliusstraße.

Hälfte der natürlichen Größe.



Auf Wunsch 8 Tage zur Probe.

Kräftiges Messer

sendet die Stahlwaaren-Fabrik von **Paul Hartkopf in Solingen** dem Einsender dieser Annonce. Ein hochfeines Taschenmesser mit 2 Klingen und Korkzieher, echte Hirschhorn-Schalen, feine Neusilber-Beschläge Nr. 203 zu Mark 1,60. Besteller verpflichtet sich, den Betrag hierfür binnen 8 Tagen einzusenden, oder das Messer unbeschädigt zurück zu senden. Preis- und Musterbuch gratis und frei.

Karl Scholz, Brangelstraße 32,
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Wästen und Bildern
Lassalle, Marx, Engels u. a.
in diversen Größen, in sauberster Ausführung. Lager von Stahl- u. Kupferstichen, Delgemälde, alle Sorten Rahme. Besonders zu Geschenken geeignet
Der 1. Mai.
Für Vereine und Klubs Preisermäßigung.
Nach Auswärts brieflich gegen Nachnahme. 291L

Meine Fabrikate sind weit bekannt als gut und billig!
Rem. Nickel M. 6.—
" Silber 600/1000 " M. 10.—
" Goldr. M. 10.—
Ancre Spir. Breguet 15 Stein. M. 16.—
mit 16 Stein, 1 Chäton, Syetem Glashütte M. 20.—
Wecker, leuchtend M. 2.70
Regulatur 1 Tag Geh- u. Schlagw. M. 8.50
Regulatur 10 Tag. Geh- u. Schlagw. M. 12.—
Illustr. Preiskourant über Uhren, Ketten, Wecker, Regulateure, Gold- und Silberwaaren gratis u. frko. Nicht Passend, wird umgetauscht oder der Betrag zurück-erstattet.
Eug. Karecker, Uhren-Fabrik,
Lindau i. B., Nr. 47. früher Constanz.
2 Jahre Garantie!

Beachtenswerth für Schneider!
Sonnabend: Resterverkauf.
Anzug- u. Paletotstoffe.
Brenner & Cie.
Alte Jakobstrasse 57/59.

Müneh's Heiz-Apparate
3,50 Mk.
unentbehrlich für jeden Haushalt.
Man achte auf die Patent-Nr. 39 427,
da Nachahmung nicht genügend heizen.
Zu haben in allen Eisengeschäften.
Intensiv-Oefen gut u. schnell heizend.
A. Münch, Brannenstr. 82.
Unfalljahren, Alagen, Eingaben, Puzger, Steglitzerstr. 65

Fordert nur
Tippenriller
in allen Ausverkauflokalen Berlins.

Photograph W. K. Böhme
Berlin, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstrasse, liefert für **Vier Mark** zwei Kabinet- und zehn Visitbilder, auch nach eingesandten Bildern Verfertiger u. dgl.
Das Atelier ist täglich, auch Sonntags, bis 3 Uhr geöffnet.



Loh-Tannin-Bad
Neu eröffnet!
nur Chausseestr. 35, F. Pettersson.

Brunhilde, selbstgewebte, echtfarbige u. unverwundliche Haus-Kleiderstoffe. Ortrud und Rosalinde, neueste und M^e elegante Promenaden-Kleiderstoffe. Portiären in größter Auswahl.
Alle Aufträge von 20 Mark an und Muster stets franko.
Carl H. Klippstein & Co. in Mühlhausen i. Thür. 11.
Weberei und Versand-Geschäft.

Johannisbeerwein weiss u. roth, Stachelbeer-, Heidelbeer-, weiß u. Flache (ex. Liter) 75 Pf. Ananas-Pflaich, Erdbeerboule u. Flache 50 Pf.
Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 61., Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstraße 21., Oranienstraße 150., Genthinerstr. 29., Gruner Weg 36., Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 48.
Künstl. Zähne. H. Steffens, Rosenthalerstr. 61., 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.
Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Geschäftshauses Gebr. Grunmach, Königsstraße 57a, bei.

M. Schulmeister
Schneidermeister, 57948*
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:
Hohenzollern-Mäntel mit einer weiten Pelorino in schwarz, grau, blau und modif. von M. 25 an.
Winter-Paletots aus Eskimo-Stoffen, Floconné u. Mouffe-Stoffen, schwarz, blau, braun und modifarben, 1- und 2reihig, mit Lama gefüttert. 18-45
Jaquet-Anzüge in gebieg. wollenen Zwirnstoffen, 1- u. 2reihig 16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1- u. 2reihig 20-35
Jaquet-Anzüge modernster Farben in Satin- u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung 22-36
Mod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons 25-38
Mod-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Façons 30-42
Gehrod-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel von 9 M. an.
Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot. von M. 5-10
Knabenpaletots, Knabenanzüge, kleidsam. Façons in gr. Auswahl.
Schulanzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig von 5 M an.
Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Begründung des Geschäfts 1878.

B. Günzel, Lothringerstraße 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Lassalle, Marx u. in Cigarrenspitzen, Pfeiffen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen, Bildern u. dergl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preislistant.)